

Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

März 2025

23. Jahrgang - Ausgabe 120

Einzelpreis: 4,50€

ISSN 1612-7366



Schwerpunkt:
„Zeitenwende“ in Bildung
und Hochschule

(Re)Militarisierung der Bildung

Bundeswehr goes TikTok

Forschung mit friedlichen Zielen

Gaza: Gibt es Hoffnung?

Trump und die Mittelstreckenwaffen in Deutschland

IMI Informationsstelle
Militarisierung e.V.

Schwerpunkt

- Editorial – **Thomas Gruber/Christoph Marischka** – 3
(Re)Militarisierung der Bildung – **Reza Schwarz** – 4
Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr gegenüber Schüler:innen – **Henri Seiler** – 7
„Wehrkunde“ – ein Blick nach Lettland – **Interview** – 9
Bundeswehr goes TikTok – **Jacqueline Andres** – 11
Rekrutierungsprobleme, Reserve und der Neue Wehrdienst – **Martin Kirsch/Jürgen Wagner** – 14
Zeitenwende und Rechtsruck in Bayern – **Mark Ellmann** – 17
Frankfurter Erklärung – **Dokumentation** – 19
Kampf um die Köpfe – **Sophie Voigtmann/Matthias Rude** – 21
KI außer Kontrolle – **Jens Hälterlein** – 25
Forschung mit friedlichen Zielen – **Hannes Jung** – 28
Binäre Konstruktionen von Freund und Feind – **Barbara Stauber** – 31
Eigentlich unglaublich – **Sophie Linde** – 34

Magazin

Östliches Mittelmeer & Regelbasierte Ordnung

- Gaza: Gibt es Hoffnung? – **Pablo Flock** – 35
Syrien und Ukraine: Regelbasierte Ordnung vs. Völkerrecht – **Bernhard Klaus** – 41

Techwars

- Die Kampfdrohne als Peripheriegerät des Internet – **Christoph Marischka** – 43

Bundeswehr, Rüstung & Sozialabbau

- „Europa“ am Katzentisch – und mit Truppen in der Ukraine? – **Bernhard Klaus** – 45
Kursverschärfung: Militarisierung nach der Wahl – **Andreas Seifert/Jürgen Wagner** – 48
Schutz der Zivilbevölkerung: KSK Übung – **Bernhard Klaus** – 50
Militärausgaben: Nicht verwirren lassen! – **Andreas Seifert** – 51
Rüstung statt Rente – **Jürgen Wagner** – 52

Atomrüstung

- Friedensfähig statt erstschlagfähig! – **Jürgen Wagner** – 54
Trump und die Mittelstreckenwaffen in Deutschland – **Christoph Marischka** – 55
NATO: Nukleare Zeitenwende? – **Jürgen Wagner** – 60

Lösungsansätze

- Rüstungskontrolle – Zurück zur Kooperation – **Marius Pletsch** – 63
Solidarität stärken, Militarisierung und Repression überwinden! – **Claudia Haydt** - 67

Editorial

Von Thomas Gruber/Christoph Marischka

Der erste **Ausdruck** nach unserem IMI-Kongress hat über die letzten Jahre einige Entwicklungen durchgemacht. Inzwischen veröffentlichen wir nicht mehr nur eine kurze Kongressdokumentation, sondern drucken Einzelartikel der Vortragenden vom Kongress als eigenen **Ausdruck**-Schwerpunkt. Der diesjährige IMI-Kongress „‘Zeitenwende’ in Bildung und Hochschulen“ hat uns eindrucksvoll gezeigt, wie weit Militarisierung, Rekrutierung, aber auch der Widerstand gegen beides im Bildungssektor und der Forschung fortgeschritten sind.

Schon bei den ganz Kleinen in Kita und Schule wird inzwischen der Kontakt zur Bundeswehr aufgebaut (S. 4) und gerade in den Abschlussjahrgängen müssen die Schüler*innen dann einiges an Bundeswehrpropaganda über sich ergehen lassen (S. 7). Einen interessanten Blick über den Tellerrand bietet das Beispiel Lettland, wo der Wehrkundeunterricht ein Pflichtfach in der Schule ist (S. 9). Neben direkter Werbung an den Schulen macht sich die Bundeswehr auch überall in den Social Media breit (S. 11). Ob die exzessive Werbung die massiven Personalprobleme des deutschen Militärs lösen wird, darf allerdings bezweifelt werden. Schon längst schießt die Politik auf die Wiedereinführung von Wehrdienst und Wehrpflicht (S. 14).

Bundeswehr und Kriegspolitik drängen seit Jahrzehnten auch immer mehr an die Hochschulen. Dass der Widerstand gegen Militarisierung dort ungebrochen ist, zeigt die bundesweite Zivilklausel-Bewegung (S. 19). Doch leider wächst auch der politische Druck auf Bildungs- und Forschungseinrichtungen, eigene Grundsätze und Ideen militärischen Interessen unterzuordnen, bei-

spielsweise durch das Bayerischen Bundeswehrgesetz (S. 17). Auch in der Tübinger Stadtgesellschaft und an der Universität tobt ein „Kampf um die Köpfe“, bei dem die Kriegstreiber*innen auf erfolgreichen Widerstand stoßen (S. 21).

Kritische Stimmen innerhalb von Forschung und Wissenschaft sind wichtig und unerlässlich. So analysiert zum Beispiel die Forschung zu „Meaningful Human Control“ den Einfluss menschlicher Entscheidungen auf automatisierte oder angeblich autonome Waffensysteme (S. 25). An den großen europäischen Teilchenbeschleunigern ist die erneute Blockbildung zwischen den NATO-Staaten und Russland schmerzhaft spürbar, aber auch hier gibt es Widerstand (S. 28). Hier zeigen sich auch im wissenschaftlichen Betrieb vergleichbare Freund-Feind-Schemata, jene Differenzbildung, welche gleich zu Anfang des Kongresses ganz grundsätzlich dekonstruiert wurde (S. 31).

Nicht als eigener Text dokumentiert ist ein einleitender Vortrag, der den aktuellen Diskurs und die aktuelle Politik grundsätzlichen Forderungen der zivilen Konfliktbearbeitung und der (Friedens-)Pädagogik gegenüberstellte und die Militarisierung von Bildung und Hochschulen damit als Prozess der „De-Zivilisierung“ beschrieb. Das ist so selbstverständlich, dass hier vielleicht die zweite Folie des Beitrages ausreicht, um den Inhalt wiederzugeben.

Wie gewohnt sind die Audiobeiträge des diesjährigen IMI-Kongresses als Links auf unserer Website zu finden, bereitgestellt mithilfe des freien Radios Wüste Welle (Danke auch nochmal an dieser Stelle).

Zivilität

Gegner/Kontrahenten verstehen
Legitime Interessen anerkennen
Konfliktursachen suchen
Konflikte friedlich lösen
Das Kriegshandwerk verlernen
Gewalt ächten
Jedes Leben wertschätzen
Den Planeten erhalten

vs.

De-Zivilisierung

Der Gegner ist böse
Der Gegner ist böse
Der Gegner ist böse
Entscheidung auf dem Schlachtfeld
„Kriegstüchtig“ werden
Gewalt propagieren
Den Gegner dehumanisieren
Den Planeten riskieren

(Re)Militarisierung der Bildung

Zugang der Bundeswehr zu Kitas und Schulen in der Geschichte und Gegenwart der BRD

von Reza Schwarz

Wenn über Militarisierungstendenzen gesprochen wird, werden oft klar mit Zahlen quantifizierbare Vorgänge herangezogen, wie die Aufstockung von Truppenstandorten, die Erhöhung der Militärausgaben als Anteil des Bruttoinlandsprodukts oder beispielsweise das Verhältnis von (para-)militärischem Personal gegenüber der Zivilbevölkerung. Dieser quantitative Grad der Militarisierung wird auch Globaler Militarisierungsindex (GMI) genannt. Dieser GMI umfasst aber nicht die Militarisierungstendenzen außenpolitischer Positionen von Staaten oder von gesamtgesellschaftlichen Vorgängen. Der Militarisierungsbegriff muss deshalb erweitert werden.¹

Eine geeignete Erweiterung stellt hierbei das Phänomen des „banalen Militarismus“ nach Thomas und Virchow dar. Dieser umfasst „die Veralltäglichung des Militärischen im Zivilen“, indem die Gesellschaft sich anhand vielfältiger Prozeduren an Denkmuster, Einstellungen und Verhaltensweisen gewöhnt, die mit einem „militärischen Habitus“ verbunden sein können. Ziel ist hierbei eine Hinwendung zu Prozessen, die weitestgehend in den Alltag eingelassen sind und somit zu einem selbstverständlichen Bestandteil gemacht werden sollen. Einige Beispiele für diese Prozesse sind die Verherrlichung von Kriegen, die Einordnung des Heeres als „Erziehungsinstitution“, Zapfenstriche, Gelöbnisse, Social-Media-Kanäle der Bundeswehr oder auch die Kulturindustrie mit Filmen (z.B. Avengers), Computerspielen (z.B. Call of Duty, Far Cry...) oder (Kinder-)Serien (z.B. Paw Patrol). Ein besonders erwähnenswerter Zusammenhang zwischen quantitativer Militarisierung und banalem Militarismus ist, dass die beschriebenen Militarisierungstendenzen in Bildung, Kultur und Unterhaltungssektor sowie innerhalb der Außenpolitik zunehmen können, während aber gleichzeitig rein quantitativ abgerüstet wird.² Dieses Paradoxon war auch von 2011 bis zum Beginn des Ukraine-Kriegs 2022 in Deutschland zu beobachten. 2011 wurde die Wehrpflicht ausgesetzt und die Bundeswehr wurde unter der damaligen Verteidigungsminister*in Ursula von der Leyen zum Zwecke der Personalgewinnung als ein „familienfreundliches Unternehmen“ charakterisiert.³ Dabei wurde auch bald das Bild ei-

ner „kaputtgesparten Bundeswehr“ bemüht, um zusätzliche Gelder im Bundeshaushalt zu rechtfertigen.⁴ Gleichzeitig schloss sich Deutschland der Abschottungspolitik der EU an, setzte Forderungen rechter Parteien politisch um und befeuerte gesellschaftliche Spaltungsprozesse.

Die (Re)Militarisierung des BRD Bildungssektors

Die (Re)Militarisierung des Bildungssektors innerhalb der BRD hat eine lange Tradition, die bis ins Jahr 1958 – gerade einmal 13 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs – zurückreicht: Die Institution der Jugendoffiziere wurde geboren. Diese ersten 17 Jugendoffiziere hatten den Auftrag, die Wehrdienstbereitschaft bei Jugendlichen zu steigern und somit den Bedarf an Soldaten wieder decken zu können. Da große Teile der Bevölkerung einer Wiederbewaffnung kritisch gegenüberstanden und einen potentiellen NATO-Beitritt ablehnten, war das kein allzu leichtes Unterfangen. Trotzdem schaffte es die Bundeswehr, eine engere Zusammenarbeit mit Kultusministerien zu erwirken, die ihnen mehr Besuche an Schulen, Austausch mit Lehrkräften und die Bereitstellung von „Unterrichtsmaterial“ ermöglichten. Zu diesem Zeitpunkt durften die Jugendoffiziere an den Schulen auch noch Werbung für eine Laufbahn bei der Bundeswehr machen. Erst drei Jahre später, ab 1961, wurde das offizielle Werbeverbot für Jugendoffiziere erlassen. Trotz der Bemühungen von Staat und Militär, die Jugend wieder „kriegstüchtig“ zu machen, gab es in den 1960ern und -70ern eine große Welle von Kriegsdienstverweigerungen. Diese Welle wurde vor allem von der damaligen Studierendenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition (APO) angeführt. Diese Entwicklungen führten innerhalb der damaligen Verteidigungsministerien zu Besorgnis, weshalb die Anzahl der Jugendoffiziere innerhalb weniger Jahre schlichtweg verdreifacht wurde. Um dem standzuhalten, wurde aus dieser neuen Friedensbewegung heraus damit begonnen, friedenspädagogische Strömungen zu schaffen.

In den 1980er Jahren war die Wehrdienstbereitschaft nach wie vor niedrig, die Angst aber, den angestrebten

Wehrpflichtigen-Soll von über 200.000 nicht zu erreichen, hoch.⁵ Der SPIEGEL schrieb im Jahr 1982 in seiner Recherche über vertrauliche Papiere zur Militärwerbung im Schulunterricht unter anderem: „Friedensfreunde, alternative und geburtenschwache Jahrgänge haben den Militärs Angst gemacht, das Soll von 200.000 bis 225.000 Wehrpflichtigen bald nicht mehr decken zu können. (...) Was die Truppe angesichts der ernststen Nachwuchslage von der Schule erwartet, hat der Oberst im Generalstab der Bundeswehr, Karl Zimmer, jüngst auf einer Sitzung der 'Kontaktkommission Kultusministerkonferenz / Bundesverteidigungsministerium' deutlich gemacht: Zackiger soll es zugehen. Die Bundeswehr, so der Oberst, erwarte 'einen zum Gehorsam erzogenen jungen Mann'. Die Schule müsse 'nachdrücklich ihren Gehorsamsanspruch durchsetzen'. Zu verlangen sei eine 'Erziehung zum Dienen' - kurzum: Gefragt sind in den Kasernen keine Schlaffis mit 'alles einbeziehender Kritikfähigkeit', die es nicht gewohnt sind, sich Autoritäten ohne Vorbehalt unterzuordnen'. Die Lehrer müßten, so auch die vertraulichen Rahmenrichtlinien aus dem Hause Apel, den Schülern 'mehr Aufmerksamkeit und Hingabe an diesen Staat' einbleuen, eine 'erlebbar gemachte Bindung an Geschichte, Heimat und Vaterland' (...) Im Freistaat (Bayern) war die Sicherheitspolitik letztes Jahr [1981] landesweit Abiturthema im Leistungskurs Sozialkunde. Der Themenvorschlag war der Zeitung 'Information für die Truppe' entnommen. Schüler, die kein strammes Ja zum NATO-Doppelbeschuß abgaben, sollten, so ein Ukas aus dem Münchner Ministerium, schlechter benotet werden.“⁶ 1983 schließlich verhängte beispielsweise der damalige Kultusminister Baden-Württembergs, Gerhard Mayer-Vorfelder, ein Verbot für Kriegsdienstverweigerer und Friedensorganisationen im Unterricht.

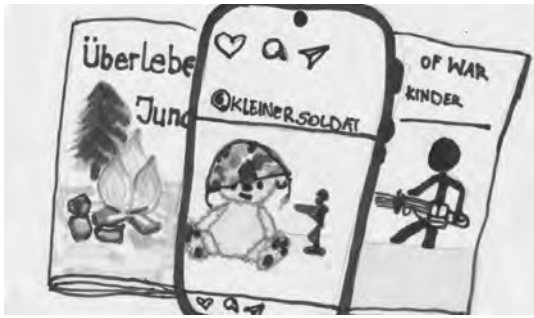
Trotz dieser Bemühungen, Friedenspositionen aus dem Unterricht zu halten und Uniformierte vor die Klassen zu stellen, ging die Bereitschaft der jungen Menschen, sich dem Wehrdienst auszusetzen, in den 1980er Jahren kontinuierlich zurück. Der Anteil an Zivil- bzw. Ersatzdienstleistenden ging bis zur Wiedervereinigung drastisch nach oben. Die Limitierung der Truppenzahlen durch den 2+4 Vertrag verschaffte der Bundeswehr eine Atempause in der Notwendigkeit der Rekrutierung, wobei auch schon in den 1990er Jahren die Gewinnung von Nachwuchs für die Truppe mehr und mehr zum Problem wurde. Jenseits der 2000er Jahre versuchte die Bundeswehr erneut das Interesse an ihrem Beruf durch die verstärkte Präsenz im Unterricht zu erhöhen. Mit neuen Kooperationsvereinbarungen, geschlossen ab 2010 zwischen Bundeswehr und den Kultusministerien einzelner Bundesländer, wurde der Bundeswehr ein privilegierter Zugang zu den Schulen und Lehrkräften geschaffen. Allerdings nicht ohne Protest und Debatte. Die Bundeswehr konnte ab diesem Zeitpunkt für die Bewerbung des Angebots ihrer Jugendoffiziere andere staatliche Stellen nutzen, wie sie auch einen Zugang in die Ausbildungsein-



richtungen neuer Lehrkräfte erhielt. Und auch wenn es den Lehrkräften hier freistand, einen Jugendoffizier in den Unterricht zu holen, so wurde der Druck dazu doch erhöht. In einzelnen Bundesländern führte der öffentliche Protest jedoch auch dazu, dass Lehrkräfte eher weniger von dem „Angebot“ Gebrauch machten bzw. sogar, wie in Baden-Württemberg, parallel zur Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr auch die friedenspolitischen Sichtweisen institutionell verankert wurden.

Politische Sozialisation als Rekrutierungsinstrument

Seit Februar 2022 ist mit dem Beginn des Ukraine-Kriegs „die Zeitenwende“ nun auch in Deutschland angekommen. Mit dem 100 Mrd. Euro schweren Sondervermögen hat auch wieder eine Rückkehr zur quantitativen Aufrüstung des Staats stattgefunden. Die weitreichenden Folgen, wie beispielsweise das Drücken der Sozialleistungsquote von 30,3 % im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, inklusive. Zum Vergleich: Ähnlich niedrige Leistungsquoten fanden sich nur in den Jahren 2003 und 2019.⁷ Obwohl soziale Ungleichheiten das gesamtgesellschaftliche Klima vergiften und viele Menschen generationsübergreifend leiden lassen, zählt vor allem im medialen Diskurs nur noch die „Kriegstüchtigkeit“. Da sich die Truppenstärke über die letzten knapp 25 Jahre hinweg fast halbiert hat und die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt wurde, hat die Bundeswehr ein „Personalproblem“.⁸ Um den Aufrüstungsambitionen wieder gerecht zu werden, muss vor allem um Kinder und Jugendliche geworben werden. Die Bundeswehr ist deshalb nicht nur in Schulen präsent, sondern auch immer deutlicher in Kitas. In Kitas kommen Soldat*innen in Uniform vorbei und spielen mit den Kindern oder zeigen ihnen stolz ihre Fahrzeuge, einige Kindergartengruppen besuchen sogar Kasernen, machen dort Laternenumzüge oder posieren mit Helm und Brille für ein Bild vor Kampfjets.⁹ Eine Kita im niederbayerischen Leiblfing schreibt in ihrem Weblog über den Besuch der Bundeswehr in ihrer Einrichtung: „Heute hatten unsere Kindergartenkinder Besuch von der Bundeswehr Mitterharthausen. Da sie sich derzeit mit dem Thema: 'In



welchen Berufen arbeiten eigentlich Superhelden?' beschäftigen, durften die Retter von der Bundeswehr natürlich nicht fehlen! Sie kamen mit zwei Einsatzfahrzeugen und nahmen sich viel Zeit den Kindern zu erklären, wie diese ausgestattet sind und welche Aufgaben mit ihnen erledigt werden können. Ganz besonders begeistert waren alle vom 'Eagle' Fahrzeug, weil es sogar Blaulicht und eine ganz besondere Antenne auf dem Dach hat! Am Ende der interessanten Vorführungen gab es sogar noch eine süße Überraschung für jedes Kind! (...).¹⁰ Bundeswehrsoldat*innen zum Anfassen also. Eins von vielen Paradebeispielen für banalen Militarismus und die Banalisierung staatlicher Gewalt.

Mittlerweile existieren um die 100 Kooperationen zwischen Bundeswehr und sozialen Einrichtungen, wie aus einer Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag 2023 hervorgeht. Diese reichen von Benefizkonzerten, über gemeinsame Singnachmittage bis hin zu Unterstützungen von Sommerfreizeiten.¹¹ Jugendoffizier*innen frequentieren, wie bereits im oberen Textabschnitt erwähnt, seit Jahrzehnten deutsche Schulen. Sie werden von Lehrer*innen eingeladen und zu „Expert*innen für Sicherheitspolitik“ und „Staatsbürger*innen in Uniform“ deklariert. Sie beantworten Fragen von Schüler*innen und „erklären“ Außenpolitik stark vereinfacht anhand des Planspiels POL&IS (Politik und internationale Sicherheit). Bei diesem „Planspiel“ werden militärische Interventionen als Ausweg von Konflikten propagiert.¹²

Besonders auffällig ist, dass Jugendoffizier*innen vor allem an Gymnasien präsent sind.¹³ Die ehemalige FDP-Bildungsminister*in Bettina Stark-Watzinger forderte eine noch stärkere Präsenz von Jugendoffizier*innen und regelmäßige Katastrophenübungen an Schulen. Dagegen regte sich unter anderem von der Landesschüler*innenvertretung in Rheinland-Pfalz öffentlicher Widerstand: „Noch mehr Bundeswehr an unseren Schulen?! Nein danke, Frau Stark-Watzinger! (...) Für uns treffen Schulbesuche der Bundeswehr und Übungen nicht den Sinn von Unterricht. Das sorgt nur für Angst und Panik. Zumal wir viele Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine haben, die das nur zusätzlich traumatisieren würde. Und das sehen wir als absolut nicht sinnvoll an.“¹⁴ An der Humboldtschule in Leipzig gab es ebenfalls Schüler*innen, die konsequent gegen Auftritte von Offizier*innen z.B. mit „Die-Ins“ protestiert und Kundgebungen durchgeführt haben. Einem von ihnen wurde eine „Störung des Schulfriedens“ vorgeworfen, ihm drohte letztendlich so-

gar der Schulverweis.¹⁵ In Bayern soll zudem der Zugang der Bundeswehr zu den Schulen mit dem im Sommer 2024 verabschiedeten Bundeswehrgesetz massiv erleichtert werden (siehe den Beitrag von Mark Ellmann).

In diesem Jahr startet außerdem der neue „Auswahlwehrdienst“, der anhand eines Online-Formulars die Wehrebereitschaft abfragen soll. Dieses Formular wird an alle 18-Jährigen versendet, die Beantwortung ist bisher nur für Menschen mit einem männlichen Geschlechtseintrag verpflichtend. Dieses Vorgehen soll sicherstellen, dass nur Personen für den Wehrdienst ausgewählt werden, die „am fittesten und am besten geeignet sind“. Als „kleiner Anreiz“ winkt sogar die Finanzierung eines Führerscheins.¹⁶

Anmerkungen

- 1 Sachs, Lena: Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen – Eine kritische Analyse, 1. Auflage, Freiburg, Centaurus Verlag & Media UG, 2012, S. 12.
- 2 Ebd. S. 13 f.
- 3 Von der Leyen will familienfreundliche Bundeswehr, Zeit Online, zeit.de, 12.1.2014.
- 4 Wagner, Jürgen: Das Märchen von der kaputtgesparten Truppe, Neues Deutschland, nd-aktuell.de, 8.12.2022.
- 5 Sachs, Lena: Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen – Eine kritische Analyse, 1. Auflage, Freiburg, Centaurus Verlag & Media UG, 2012, S. 15 ff.
- 6 Bundeswehr: „Allg. freundl. Entgegenkommen“, SPIEGEL, spiegel.de, 19.9.1982.
- 7 BMAS: Sozialleistungsquote in Deutschland von 1960 bis 2023 (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt), Statista, de.statista.com, Juli 2024.
- 8 Bundeswehr: Anzahl der Soldaten und Soldatinnen bei der Bundeswehr von 2000 bis 2024, Statista, de.statista.com, Januar 2025.
- 9 Köppe, Julia: Was will die Bundeswehr bei Kita-Kindern?, SPIEGEL, spiegel.de, 22.3.2018.
- 10 Die Bundeswehr zu Besuch bei der Aitrach Arche, KiTa Aitrach Arche, leibfling-aitrach-arche.de, 23.2.2024.
- 11 Deutscher Bundestag: Aktivitäten der Bundeswehr in Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe 2021 bis 2022 – Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Heidi Reichinnek, Susanne Ferschl, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 20/8002, Bundestag, bundestag.de, 7.9.2023.
- 12 Wagner, Jürgen: Planspiel POL&IS – Bundeswehrwerbung im Wolkenkuckucksheim – oder: wie Militär spielerisch unverzichtbar gemacht wird, IMI-Analyse 2010/037, imi-online.de, 25.10.2010.
- 13 Fischer, Jan-Frederik & Kunzmann, Victoria: Jugendoffiziere an Schulen – Wenn die Bundeswehr ins Klassenzimmer kommt, ZDF heute, 8.5.2024.
- 14 Salecker, Nils: Schüler in RLP: „Bundeswehr hat an Schulen nichts verloren“ - Interview: Übungen für den Kriegsfall?, SWR, swr.de, 19.3.2024.
- 15 Nach Protest gegen Bundeswehr: Leipziger Schüler droht Schulverweis, Perspektive Online, perspektive-online.net, 30.10.2024.
- 16 Rzepka, Dominik: So soll der neue Wehrdienst aussehen – Pistorius stellt Pläne vor, ZDF heute, 12.6.2024.

Rekrutierungsstrategien der Bundeswehr gegenüber Schüler:innen

von Henri Seiler

Für das Ziel der Kriegstüchtigkeit fehlt es der Bundeswehr, nachdem der politische Wille und damit Finanzmittel – sprich Ausrüstung – in großem Maß zur Verfügung oder zumindest in Aussicht stehen, vor allem noch an Soldat:innen. Zu diesem Zweck versucht die Truppe schon seit langem, Schüler:innen anzusprechen, bedient sich dabei in letzter Zeit aber neben den etablierten Methoden auch vermehrt erfolgversprechenderer Modelle. Die Angebote bleiben jedoch inhaltlich gleich.

Die beiden zentralen Gruppen der Bundeswehr, die sich an Jugendliche richten, sind die Jugendoffizier*innen und die Karriereberater*innen.

Dabei sollen die Jugendoffizier*innen im Sinne des Beutelsbacher Konsens neutral über die Bundeswehr informieren und Demokratiebildung betreiben. Die Jugendoffizier*innen lassen sich zu diesem Zweck für mehrere Jahre ausbilden. Außerdem ist jede*r Jugendoffizier*in ehemalige Führungskraft der Bundeswehr.¹

Die Aussagen im Jahresbericht der Bundeswehr 2023 könnten jedoch zumindest Zweifel an der neutralen Intention des Einsatzes von Jugendoffizier*innen aufkommen lassen. So heißt es dort: „Deutschland braucht eine einsatzfähige Bundeswehr. Und eine einsatzfähige Bundeswehr braucht neben kriegstüchtigen Streitkräften eine sicherheitspolitisch informierte Gesellschaft, die diese mitträgt, ihren Wert erkennt und ihre Leistungen wertschätzt. Staatsbürgerliche Bildung muss deshalb auch die Bedeutung der Bundeswehr für die Sicherung von Frieden und Freiheit betonen.“²

Eingesetzt werden sie allerdings im ganzen Bundesgebiet in äußerst sensiblen Kontexten der Erziehung, etwa im Politikunterricht der Klassenstufen ab 9 aufwärts, wo die jüngsten Schüler gerade einmal 13 sind oder in der Ausbildung angehender Lehrkräfte, für welche sogar Exkursionen zum Nato-Hauptquartier oder ähnliches angeboten werden.³

Der Idee eines Austausches über demokratische Ansichten widerspricht außerdem, dass das 2023 mit Abstand am häufigsten realisierte Angebot der Jugendoffiziersarbeit der Vortrag war. 3607 veranstaltete die Bundeswehr hiervon. Darüber hinaus werden überproportio-

nal häufig die Abschlussjahrgänge 10-13 (im Vergleich zu Klasse 9) bedient. Die Klassen also, in welchen sich potenzielle neue Soldat*innen befinden.⁴

In Gymnasien war die Aufteilung 2023 wie folgt:

Klasse 9: 2.931 Teilnehmende

Klasse 10: 13.789 Teilnehmende

Klasse 11: 13.556 Teilnehmende

Klasse 12: 19.734 Teilnehmende

Klasse 13: 9.922 Teilnehmende

In Realschulen:

Klasse 9: 6.691 Teilnehmende

Klasse 10: 18.354 Teilnehmende

Ähnlich zielorientiert verläuft auch das Ansprechen angehender Lehrkräfte, wie die folgende Formulierung aus dem Jahresbericht der Jugendoffizier*innen der Bundeswehr 2023 zeigt: „Referendarinnen und Referendare bilden überdies eine bedeutende Zielgruppe. Mit Abschluss des Vorbereitungsdienstes ist den Lehrkräften das sicherheitspolitische Angebot der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere oftmals bereits bekannt und sie greifen bei Kenntnis erfahrungsgemäß eher darauf zurück.“⁵

Die Bundeswehr gibt also zu, keinen Bedarf an Demokratiebildung zu decken, der an sie herangetragen wird, sondern ihr eigenes Angebot mit staatlichen Mitteln aktiv zu vermarkten.

Darüber hinaus gibt es aber noch die zweite Gruppe der Jugendarbeit der Bundeswehr: die Karriereberater*innen. Sie haben einen offiziellen Rekrutierungsauftrag und stellen nach Bewerbungsgesprächen auch Rekrut*innen ein. Neben dem klassischen Praktikum bedienen sie sich zu diesem Zweck einer breiten Palette an Werbemitteln. So sind sie etwa auf Messen wie der Computerspielmesse „Gamescom“⁶ oder der Autosportmesse „DTM“⁷ stark präsent. Auf diese Weise wollen sie die Bundeswehr als normalen Arbeitgeber etablieren und in den Alltag von Jugendlichen integrieren. Ergänzt wird das gut durch ihre Social-Media Präsenz. Dort bedient die Bundeswehr das ganze Spektrum der Plattformen. Das bedeutet, übliche Portale, wie Youtube⁸, Instagram⁹, TikTok¹⁰, aber zum Beispiel auch den eher als Jugendplattform wahrgenommenen Messenger-Dienst „Snapchat“¹¹.

Dieser besticht bei Jugendlichen vor allem durch seine Möglichkeit, einmalig absehbare, private Bilder zu verschicken. Die Bundeswehr nutzt ihn als einer der wenigen offiziellen Akteure der deutschen Politiklandschaft.

Aber auch auf den anderen Plattformen fallen die Karriereberater*innen nicht gerade durch Zurückhaltung auf. Auf Youtube etwa lädt die Bundeswehr regelmäßig Serienformate hoch, in welchen Influencer in Bereiche der Bundeswehr eingeführt werden und sogenannte „Challenges“ bestehen müssen. Das Ganze erinnert an Reality-TV Formate und zeichnet bei weitem kein vollständiges Bild des Soldatenalltags.

Der Inhalt der Rekrutierungsversprechungen, der dabei an die mitunter Minderjährigen herangetragen wird, bleibt seit Jahren derselbe. Der erste Punkt ist das Gehalt: Ein 18-jähriger Freiwilligendienstleistender verdient nach einer Beispielrechnung der Bundeswehr 1.683,77€ im Monat,¹² ein Freiwilligendienst im Ausland mit dem Anbieter „Auf in die Welt“ kostet die Jugendlichen im Vergleich.¹³ Hinzu kommen Extras wie die gestellte Wohnung in der Kaserne, die gute truppenärztliche Versorgung und das kostenlose Bahnfahren in Uniform, die über Social Media aktiv beworben werden.¹⁴ Hierbei handelt es sich um die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse wie Gesundheit oder Wohnen, für die sich Jugendliche für den Krieg verpflichten sollen. Wodurch sich auch leicht die Zielgruppe der Bundeswehr ableiten lässt. Die Karriereberater*innen wollen demnach nämlich gezielt Jugendliche aus unterprivilegierten Gesellschaftsschichten ansprechen, die auf solche Angebote angewiesen sind.

Für den Offiziersberuf hingegen werden engagierte und ambitionierte Jugendliche mit höherem Bildungsabschluss gesucht. Die zentrale Versprechung lautet hier, dass wer bei der Bundeswehr studiert in nur 4 Jahren zum Masterabschluss kommt und danach direkt bei der Bundeswehr als Offizier anfangen kann.¹⁵ Die Abschlüsse sind mit den zivilen Masterabschlüssen eins zu eins zu vergleichen, wodurch die Offiziere nach der gedienten Zeit ein Jahr mehr Berufserfahrung bei zukünftigen Bewerbungen anführen können.

All diese materiellen Versprechungen werden ergänzt durch die ideologische Arbeit der Karriereberater*innen, die vor allem durch die bekannten Bundeswehr-Plakate omnipräsent ist.

Hier wurde zuletzt der Slogan „Mach, was wirklich zählt“ durch „Weil du es kannst“¹⁶ ergänzt. Die Formulierung vermittelt Wertschätzung, Anerkennung und Selbstvertrauen. Auch hier lässt sich wieder schlussfolgern, dass Jugendliche angesprochen werden sollen, die diese Gefühle im Alltag nicht erfahren. Die Werbevideos und Plakate enthalten, um die Botschaften zu spezifizieren, außerdem kurze, prägnante Aussagen in drastischer Bildsprache; so etwa „Das Gefühl, wenn eine ganze Armee hinter dir steht“, was klar Kameradschaft und Zugehörigkeit vermitteln soll. Der Spruch „Du hältst 7.000 Tonnen auf Kurs“ – unterlegt mit einem Kriegsschiff – soll Ver-

trauen in die Kompetenz der Jugendlichen ausdrücken und mit der Aussage „Du bringst Panzer zum Fliegen“ verspricht die Bundeswehr Selbstverwirklichung und Ausbruch aus dem Alltag.

Hat all diese Arbeit ihren Zweck getan, steht am Ende die Verpflichtung der Jugendlichen. Dabei gilt das Prinzip: Je länger sich verpflichtet wird, desto höher kann der Einstieg in die Truppe erfolgen. Ab 12 Jahren ist es etwa möglich, als Feldwebel anzufangen,¹⁷ ab 15 Jahren besteht die spätere Aufstiegsmöglichkeit vom Feldwebel zum Offiziersrang durch eine Weiterbildung.¹⁸

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Bundeswehr bei ihrer Werbung gezielt Jugendliche anspricht, die aus sozial schwachen Schichten kommen und sich eine normale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erhoffen. Mit der expliziten Anerkennung der (potentiellen) Leistungsfähigkeit ihrer Kandidat*innen wirbt sie außerdem auch bei Jugendlichen, denen es ggf. an ebensolcher im bisherigen Leben mangelt. Dabei setzt sie auf Formate, die eine ehrliche und umfassende Kommunikation der soldatischen Realität erschweren und versucht, die Jugendlichen in ihrem Alltag im privaten Kontext zu erreichen und zu begeistern, um dann in lustigen Serien ein unvollständiges Bild der Bundeswehr und der Bedeutung einer Verpflichtung bei der Armee zu vermitteln. Dass das Ziel dieser ganzen Arbeit vor allem Minderjährige sind, die noch nicht einmal wählen dürfen, kommt nur erschwerend hinzu.

Anmerkungen

- ¹ Jugendoffiziere und -offizierinnen der Bundeswehr, bundeswehr.de.
- ² Bundesministerium der Verteidigung: Jahresbericht der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere der Bundeswehr 2023, bundeswehr.de.
- ³ ebd.
- ⁴ ebd.
- ⁵ ebd.
- ⁶ Denis Gießler: „Und dann hebt der Kampfjet nicht mal ab“, 22.8.2019, zeit.de.
- ⁷ Karrieretruck bei Rennsportserie DTM in Oschersleben, 2023, bundeswehr.de.
- ⁸ Youtube Account der Bw, „Bundeswehr Exklusive“, youtube.com.
- ⁹ Instagram Account der Bw, „BundeswehrKarriere“, instagram.com.
- ¹⁰ TikTok Account der Bw, „BundeswehrKarriere“, tiktok.com.
- ¹¹ Snapchat Account der Bw, „BundeswehrJobs“, snapchat.com.
- ¹² Bezügebeispiele für Freiwilligen Wehrdienst Leisten-de, bundeswehrkarriere.de.
- ¹³ Auf in die Welt, Freiwilligendienst, Was kostet ein Freiwilligendienst, aufdiwelt.de.
- ¹⁴ Bundeswehrkarriere Entdecker, bundeswehrkarriere.de.
- ¹⁵ Die Hochschulen der Bundeswehr, bundeswehr.de.
- ¹⁶ Weil du es kannst, bundeswehrkarriere.de.
- ¹⁷ Ausbildung zum Feldwebel, bundeswehr-test.de.
- ¹⁸ Karrierechancen für Feldwebeldienstgrade, bundeswehr.de, 2021.

„Wehrkundeunterricht“ – Ein Blick nach Lettland

Dieses Interview entstand für den IMI-Kongress 2024, das 10-minütige Videointerview wurde auf dem Kongress gezeigt. Udo Bongartz ist Germanist, Politikwissenschaftler und Journalist. Er lebt seit 2004 in Lettland und schreibt über die lettische Gesellschaft und Politik, zuletzt auch über den neu eingeführten Wehrkundeunterricht und die Militarisierung Lettlands.

IMI: Udo, du lebst in Lettland und hast über das Fach „Wehrkunde“ geschrieben. Könntest du kurz die Stimmung in Lettland beschreiben?

Bongartz: Die Lage ist sehr von Furcht gegenüber Russland geprägt und davon, dass man sich nur mit Militär, Aufrüstung, Abschreckung dagegen wehren kann. So agieren hier die Politiker, so beeinflussen sie auch den Diskurs, nicht nur national, sondern auch international. Mit Russland kann man, so sieht es nach baltischer Lesart aus, nicht verhandeln. Putin ist zu misstrauen und man muss die Ukraine unterstützen, sonst überfällt Russland ganz Westeuropa – und als Erstes sind die Balten dran. Dieses Narrativ wird überall verbreitet. Wer davon abweicht, hat schlechte Karten.

IMI: Kannst du kurz was zum historischen Hintergrund dieser Stimmung und Einstellungsmuster sagen?

Bongartz: Die aktuelle Situation hat viele historische Gründe. Die Balten erinnern sich auf traumatische Weise an die sowjetische Okkupation. Die Zeit ab 1940 gilt als feindliche Besatzung. Sie haben die stalinistischen Repressionen mitbekommen: Eine Geschichte der Deportationen, der Hinrichtungen und Repressionen gegenüber der eigenen Kultur. Auch hier in Lettland wurde hauptsächlich Russisch gesprochen; wer Karriere machen wollte, musste Russisch sprechen können. Mit Lettisch konnte man nicht viel anfangen. Das hat die Letten geprägt, in jeder Familie gibt es Opfergeschichten.

Dementsprechend ist man gegenüber Großmachtbestrebungen feindlich gestimmt. Dieses Empfinden wurde

auf das heutige Russland übertragen, auch wenn sich das ethnisch nicht so trennen lässt. Letten haben bei den sowjetischen Apparatschiks mitgemacht und Russen waren auch Opfer des Stalinterrors. Das Narrativ wird aber gezeichnet als lettische Opfer und russische Okkupanten.

Dann gibt es die Aufteilung der Narrative über den Zweiten Weltkrieg in ein antifaschistisches, das die russischsprachige Minderheit vertritt, und ein antibolschewistisches, das die lettische Mehrheit vertritt. Die Russen fokussieren sich auf den Kampf gegen Hitler und den Faschismus; der Kampf der Roten Armee war eine Art Befreiung. Die Letten sehen das genau umgekehrt, sie haben Erfahrungen gemacht mit den stalinistischen Gewaltverbrechen und sie sehen im Kampf der eigenen Legionäre gegen die Rote Armee die Befreier von der sowjetischen Zwangsherrschaft. Sie ignorieren dabei – oder wollen nicht wahrhaben –, dass sie dabei im Dienste der Wehrmacht, des Naziregimes standen. Das Thema Kollaboration ist in Lettland sehr unbeliebt.

Das führt dann zu Ereignissen wie dem 16. März, dem Tag der SS-Legionäre, die dann als antibolschewistische Befreiungskämpfer gefeiert werden. Dass sie Kollaborateure waren, wird verharmlost. Dazu muss man sagen, dass die Mehrheit der SS-Legionäre zwangsrekrutiert waren. Offiziell waren sie Freiwillige, weil nach internationalem Recht kein Staat ausländische Soldaten rekrutieren darf. Aber tatsächlich waren die meisten gezwungen, den SS-Legionen zu dienen. Es gab natürlich auch lettische Nazis, die kollaboriert und später einen Befreiungskampf daraus gemacht haben. Diese bestimmen bis heute den Diskurs mit.

IMI: Und vor diesem Hintergrund wurde dann die Wehrkunde als Fach an den Schulen eingeführt?

Bongartz: Ja, das fand im Zug der Remilitarisierung statt. Bis 2014 war die lettische Armee recht übersichtlich; Lettland gab auch nicht so viel Geld dafür aus. Heute liegt der Etat bereits bei weit mehr als 2% des Bruttoinlandsprodukts. Bei Militärparaden, z.B. zum Nationalfeiertag am 18. November, sieht man schon eine ganze Flot-

te gepanzerte Fahrzeuge vorbeiparadieren. Und jetzt, wo man sich gegen Russland wehren möchte oder gewillt ist, zu wehren, gibt es das Problem, dass man Soldaten braucht. Auch in Lettland gibt es das Problem, dass man nicht genügend Soldaten für die Berufsarmee findet. Deshalb wurde beschlossen, die Wehrpflicht wieder einzuführen und zusätzlich dazu „Wehrkunde“ an Schulen.

Die „Wehrkunde“ wird durchgeführt von der Organisation „Junggarde“. Das ist eine Militärorganisation für Jugendliche ab 10 Jahren, die dort Mitglied werden und derartige Übungen machen können. Und die übernehmen jetzt die Wehrkunde an den Schulen, immer mit dem Argument, man müsse gegen Russland gerüstet sein.

2018 wurde sie in vielen Schulen schon eingeführt, ab diesem Jahr ist es Pflicht. Alle weiterführenden Schulen müssen den Unterricht nun anbieten. Das sind insgesamt über 100 Stunden, dort bekommen die Schüler*innen eine Einführung in Theorie, Praxis und Patriotismus. Der Hauptteil sind praktische Übungen, die auf dem Sportplatz oder im Wald durchgeführt werden. Es geht auch um die Ausbildung an der Waffe, das lernen schon Jugendliche. Pazifisten stellen sich das natürlich anders vor. Ich habe weder persönliche Erfahrungen mit der Wehrkunde noch in der lettischen Presse darüber eine ausführ-

liche Reportage lesen können und kenne keine Schüler, die Wehrkundeunterricht erleben. Was ich in der Presse bisher mitbekommen habe, ist, dass er wohl beliebt ist bei den Schülern. Das hat ja Eventcharakter, da bekommen die Schüler einen Tag im Monat frei vom normalen Schulunterricht, das ist attraktiv.

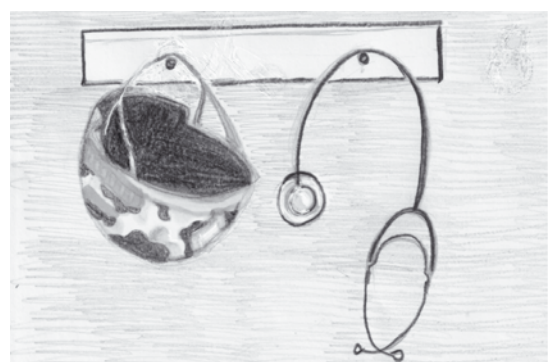
IMI: Sind dir Widerstände bekannt, unter Lehrer*innen, Schüler*innen, gibt es Leute, die das nicht so gut finden?

Bongartz: In den lettischen Medien ist das antibolschewistisch und antirussisch geprägte Narrativ und alles, was auf Militär gemünzt ist, das angeblich Sicherheit verspricht, so sehr verbreitet, dass es wenig andere Meinungen gibt. Ich habe von einer ganz kleinen Demonstration gelesen, die gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht stattfand, aber dann heißt es direkt, das sei von Russland gesteuert. Man muss aber auch sagen, dass sich lettische Journalisten selbst schon darüber beschwert haben, wie verengt der Diskurs inzwischen ist und dass Journalisten Angst haben, eine Meinung zu haben und Informationen zu verbreiten, die nicht so ins Regierungskonzept passen.

Transkript und Bearbeitung: Karina Wasitschek



Impressionen vom Kongress - mit Fotos von Pablo Flock und Matthias Rude.



Bundeswehr goes TikTok

Militärische Maskulinitäten von Bundeswehrsoldat*innen auf TikTok

von Jacqueline Andres

Die Bundeswehr weitet ihre Präsenz auf den sozialen Medien kontinuierlich aus und startete im Juni 2024 ihren neuen TikTok-Kanal „BundeswehrKarriere“ mit der Kampagne „Explorers“. Bereits im Jahr 2020 bespielte die Bundeswehr für wenige Wochen TikTok und stampfte den Account wegen datenschutzrechtlichen Bedenken wieder ein. Bis heute ist TikTok auf Diensthandys von Soldat*innen verboten, weil die chinesische Regierung sich am Mutterkonzern ByteDance beteiligt. Aber TikTok ermöglicht den Zugang zu den Jugendlichen. Die Bundeswehr hat hier den Account BundeswehrKarriere (über 176.000 Follower, 2 Millionen Likes) und den weniger aktiven Account BundeswehrTalk (1.500 Follower). Die eingangs erwähnte „Explorers“-Kampagne wurde von CROSSMEDIA, Castenow und SpinTV kreiert. Digital – im „Social-Kosmos“¹ – lief sie „[m]it Video- und Top-Feed-Platzierungen bei TikTok mit Story Selection Ads, Voting- und Countdown-Stickern, einem Total Takeover auf Snapchat, einer eigenen Lense sowie via Instagram und YouTube.“² Interaktivität soll Nähe zu den hauptsächlich jugendlichen Nutzer*innen von TikTok herstellen. Inhaltlich knüpfte die 6 Millionen teure Kampagne ebenfalls an die sozialen Medien an: Die Influencer*innen Can, Selma, Tina und Tizian, die sich sonst mit Kochen, Fitness, Anmachsprüchen oder auch Comedy befassten und teilweise Likes im zweistelligen Millionenwert haben, fahren einen Monat lang aufgeteilt in zwei Teams zu verschiedenen Bundeswehrstandorten, um dort Challenges zu lösen und zu zeigen, was es für Jobs bei der Bundeswehr gibt. Der Koch Can bricht vorzeitig ab, die Bundeswehr sei nichts für ihn.

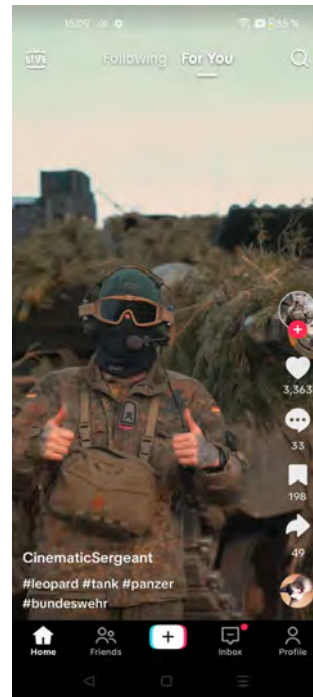
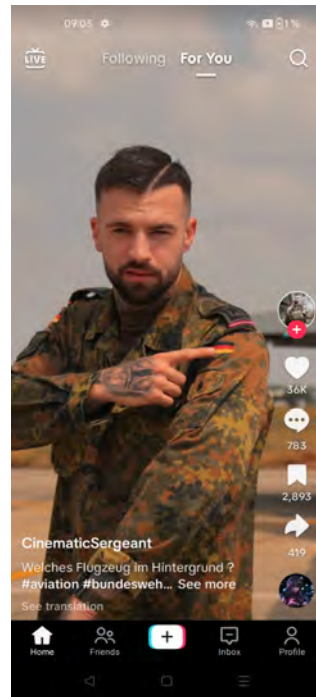
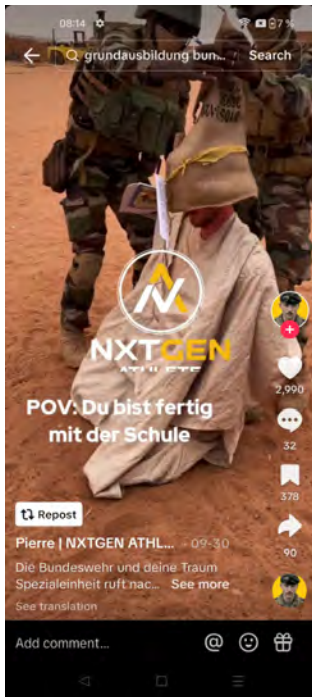
Weitere Videos auf diesem Account versuchen cool und interessant für das überwiegend jugendliche Zielpublikum auf TikTok zu sein und greifen Trends auf. Ein Video zeigt einen Ausschnitt aus Jurassic Park, als Dr. Ellie Sattler zum ersten Mal einen Dinosaurier sieht und erstaunt aus dem Jeep blickt. In dem Bundeswehrvideo zeigt sich dann nicht der Dinosaurier als Quelle des Erstaunens, sondern ein Militärhubschrauber. Dieses binäre Motiv – Militär erstaunt und beeindruckt Frauen, männliche Potenz und weibliche Emotionalität – bedient der Account BundeswehrKarriere mehrmals.

Vermeintlich private Accounts von Bundeswehrsoldaten

Doch es sind vor allem die privaten Accounts von Bundeswehrsoldat*innen, die an Bedeutung für die Bundeswehr gewinnen. Dies schreiben auch die Social Media Expert*innen Marcel Bohnert – der ehemalige Leiter des Fachgebietes Social Media der Bundeswehr und heutiger zweiter stellvertretender Vorsitzender des Bundeswehrverbandes verstieß wegen des Likens von Onlinebeiträgen u.a. der Identitären Bewegung gegen die eigens formulierten Social Media Guidelines und verlor offiziell seinen Posten – und Lena Pütz, die zu den bekanntesten Bundeswehr-Influencerinnen gehört (@sportsoldatin): „Die militärischen Privat-Accounts dienen als Vorbild und Orientierungsmaßstab sowie als Ansprechpartner und Vermittler. Bundeswehrangehörige präsentieren online glaubwürdig ihren Arbeitsalltag, interagieren auf verständliche Weise mit der Community und zeigen sich von ihrer persönlichen Seite. Sie erzeugen dadurch Aufmerksamkeit, wecken Interesse und schaffen Sympathien für die Bundeswehr.“³ Laut Bohnert und Pütz ging das Verteidigungsministerium bereits 2020 „von etwa 3.000 Bundeswehrangehörigen aus, die sich zu ihrem Beruf bekennend in Social Media einbringen. Etwa 500 von ihnen sind regelmäßig aktiv und knapp 50 werden zum Kern der sogenannten 'Social Media Division' gerechnet.“⁴

Zu den privaten Soldat*innen Accounts, die eine große Reichweite haben, zählen auf TikTok u.a.

- o ninjago_069 (10 Millionen Likes),
- o Cinematic Sergeant (7,7 Millionen Likes)
- o mita988 (7,2 Millionen Likes)
- o soldatenwissen (4,6 Millionen Likes)
- o Mario Reitner (2,9 Millionen Likes)
- o Anas (2,3 Millionen Likes)
- o Alex Gigant (2,1 Millionen Likes)
- o kameradsein (3,2 Millionen Likes)
- o itsmeantonius (1,7 Millionen Likes).



Abgesehen von den offiziellen und den privaten militärischen Accounts der Bundeswehr gibt es auch gesteuerte Accounts der Bundeswehr.

Wir sehen hier viele Videos mit Fitnesscharakter, Eindrücken aus den Einsätzen, Alltagsaufnahmen aus Arbeits- und Privatleben, Informationen für Interessierte und auch immer die Schaffung bzw. Pflege von militärischen Männlichkeiten, die neben einer martialischen Hypermaskulinität auch aus männlicher Kameradschaft, männlicher Potenz, Wissen und Erklären, männlichem Gehorsam und Fitness bestehen.

Im Falle des Accounts von ninjago zeigt sich in einem Video der Werdegang zum Mann durch das Militär; ein Motiv, das auch von anderen Soldaten aufgegriffen wird. In einem anderen Video ist zunächst ninjago als Kind mit folgender Überschrift zu sehen: „Meine Eltern kamen nach Deutschland, um mir eine Zukunft zu bieten“. Anschließend ist er in Mali mit Maschinengewehr zu sehen – „aus Dankbarkeit wurde Überzeugung“. In seinen Videos zeigt sich auch oft der Bundeswehralltag mit Momenten mit Spaßfaktor, so in einem Video, in dem ninjago im Rahmen des MINUSMA-Einsatzes in Mali in einem Zelt tanzt – unterlegt mit der Unterschrift „just a young soldier with his brothers in arms“. Der Einsatz, der Kontext wird konsequent nicht gezeigt – das Video verbreitet den Charme eines Ferienglers.

Cinematic Sergeant erstellt Videos mit hippen Tanzbewegungen, Witz, Technobeats und Panzern. In seinen Videos zeigt er immer wieder die Deutschlandfahne. In einem Video telefoniert er mit einem Freund, der gerade in einem Fastfood-Restaurant isst und fordert von ihm Unterstützung an. Der Freund verlässt das Restaurant, fliegt mit seinem Kampfjet los, lokalisiert den Ort und bombardiert – zur Freude von Cinematic Sergeant. Mit einem vermeintlichen Humor und mit einer Darstellung von Kame-

radschaft und männlicher Potenz wird hier deutlich: Der Soldat braucht Unterstützung – er kriegt sie in Form einer Bombe aus einem Kampfjet.

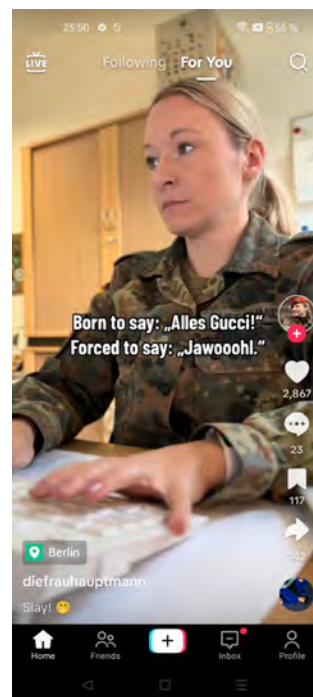
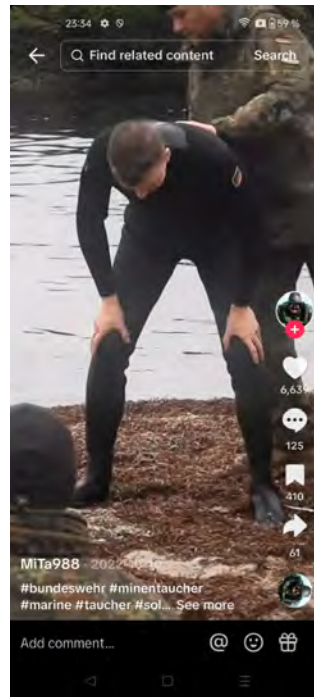
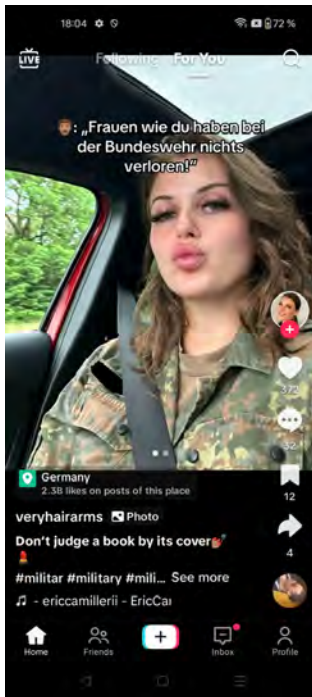
MiTa988 (Minentaucher988) zeigt sich beim Abschlusslauf, ein Minentaucher beugt sich vor, etwa ein Dutzend weitere Soldaten laufen um ihn herum und geben ihm einen Klaps auf den Hintern – ein Zeichen von Unterwerfung und männlichem Gehorsam.

Der Bundeswehroffizier David Matei betreibt den TikTok-Account Sicherheitspolitik, kommentiert und erklärt sicherheitspolitische Themen. Männlichkeit zeigt sich hier durch Wissen, Erklären und Verstehen.

Der Account von Anas zeigt immer wieder Videos, in denen Männlichkeit durch Kameradschaft dargestellt wird. Anas zeigt u.a. in einer Bilderfolge erst ein Bild von ihm und seinem Kumpel – oberkörperfrei in zivil, zu sehen, wie sie ihre Muskeln anspannen und sich selbst im Spiegel fotografieren. Darüber steht: „Du vertraust deinen Freunden nicht mal dein Handy an.“ Daneben sehen wir ein Bild von ihm und seinen Kameraden, Soldaten, in voller Montur mit Waffen im Wald und darüber steht: „Ich meinen mein Leben.“

Ein weiteres seiner Bilder zeigt ihn in Uniform mit Waffe und Mund-Nasen-Abdeckung im Wald – mit dem Schriftzug: „I'm a man, I'll be fine“. Diese Aussage – ich bin ein Mann, ich komme schon zurecht – lässt keinen Raum für Schwäche, Emotionalität und Zweifel, sondern ist ein verbaler Ausdruck stereotypischer männlicher Stärke.

Martialischer zeigt sich der Account von Pierre Next-Gen, mit 2,6 Millionen Likes. In einem Video heißt es: „Das heißt nicht Entschuldigung. Ein deutscher Soldat entschuldigt sich nicht. Er bittet um eine harte und gerechte Strafe.“ Ein weiteres Video mit dem Titel „Mein bester Tag“ ist im Netflix-Stil mit Netflix-Logo gemacht.



Screenshots von einigen der genannten Accounts mit Bundeswehr-Bezug.

Zwei Soldaten nähern sich darin einem Fahrzeug. Sie schlagen das Fenster vom Beifahrer ein und holen den Beifahrer raus und fixieren ihn am Boden.

Auch hier: Männlichkeit durch Dominanz, durch Kraft. NextGen selbst bereitet auf Aufnahmeprüfungen bei der Bundeswehr vor.

Tatsächlich sind viele dieser privaten Accounts von Soldat*innen und ehemaligen Soldat*innen auch auf privaten Profit ausgerichtet. So verkaufen sie z.B. Proteinshakes oder Pullover mit Militär- und Kameradschaftsprüchen, Trainings oder Vorbereitungspakete auf die Aufnahmeprüfung – über Accounts von Soldatinnen werden hingegen u.a. Kosmetikprodukte beworben.

Vermeintliche Privataccounts von Bundeswehrsoldatinnen

Einige der Accounts von Soldatinnen versuchen ebenfalls, durch Einblicke in den Alltag, Fitness und Humor Aufmerksamkeit für die Bundeswehr zu schaffen, dabei reproduzieren sie regelmäßig stereotype Ideen von Frauen.

Eine der erfolgreichsten Bundeswehr-Influencerinnen ist VeryHerArms mit 1,2 Millionen Likes. Stets geschminkt, macht sie auf einem Bild einen Kussmund. Darüber steht der Vorwurf, mit dem sie konfrontiert ist: „Frauen wie du haben in der Bundeswehr nichts verloren.“ Daneben ein Bild von ihr in einem Kraftraum mit Hanteln, wie sie ihre Muskeln anspannt – „Frauen wie ich“. Sie übernimmt einen Teil der stereotypisierten Männlichkeit, der körperlichen Kraft und Fitness, und legitimiert sich dadurch bei der Bundeswehr. Der wiederholte Kussmund ist eine feminisierte Niedlichkeitsgeste, die bei Accounts von männlichen Soldaten bislang nicht zu finden ist.

Auch der Account von DieFrauHauptmann zählt zu den populärsten Kanälen einer Soldatin – mit nur etwa 272.000 Likes. Ein Video von ihr zeigt sie im Auto, geschminkt, mit Ohrringen, den Kopf leicht schief, eine Niedlichkeitsgeste. Dazu steht: „Girls, würdet ihr gerne sehen, was das Beste gegen Catcalling ist?“ Als nächstes sehen wir sie am Bahnhof in Uniform mit einem Hund. Auch hier: Ein vermeintlicher Feminismus in Uniform gibt den zivilen Frauen subtil das Versprechen an die Hand, sich durch die Übernahme von militärischen Männlichkeiten vor Sexismus schützen zu können.

Die Social Media Accounts der Bundeswehr arbeiten durchgängig mit Binaritäten und Stereotypen: Das schwache Zivile und das starke Militärische, der unbeholfene Junge und der durch das Militär geschaffene männliche Mann, der rationale Soldat und das emotionale „babe“, die zivile Partnerin. Die Darstellung von Fitness, Kameradschaft und wirtschaftlicher Erfolg unterfüttern diese Männlichkeitskonstruktionen. Soldatinnen hingegen eignen sich militärische Männlichkeiten nur insoweit an, wie es sich mit stereotypen Niedlichkeitsgesten vereinbaren lässt und militarisieren „Feminismus“.

Anmerkungen

- 1 Bundesministerium für Verteidigung wirbt erstmals auf TikTok um Nachwuchs, [crossmedia.de](https://www.crossmedia.de) 6.6.2024 Ebd.
- 2 Ebd.
- 3 Marcel Bohnert und Lena Pütz: Social Media in der Bundeswehr als Gestaltungsfeld der Inneren Führung, in: Uwe Hartmann, Reinhold Janke und Claus von Rosen (Hrsg.): Jahrbuch Innere Führung 2020. Zur Weiterentwicklung der Inneren Führung: Themen und Inhalte, Carola Hartmann Miles-Verlag, Berlin, 2020 Ebd.
- 4 Ebd.

Rekrutierungsprobleme, Reserve und der Neue Wehrdienst

von Martin Kirsch und Jürgen Wagner

Die Bundeswehr steht vor enormen Rekrutierungsproblemen: Obwohl sie ihre personellen Planziele schon seit Jahren deutlich verfehlt, sollen diese allem Anschein nach sogar noch weiter angehoben werden. Abhilfe sollen der Neue Wehrdienst und später womöglich die Reaktivierung der Wehrpflicht schaffen. Sie sollen nicht nur dazu dienen, zusätzliche Soldat*innen zu rekrutieren, sondern sie sind auch dafür gedacht, die Reserve massiv auszubauen.

NATO-Planziele ...

Schon 2019 gab die Bundeswehr angesichts der zunehmenden Konflikte mit Russland das Ziel vor, bis zum Jahr 2025 203.000 aktive Soldat*innen zu haben. Da es ihr allerdings bislang gerade einmal mit Mühe und Not gelingt, den aktuellen Bestand von rund 180.000 auch nur stabil zu halten, musste dieses Datum zuerst auf 2027 und dann auf 2031 verschoben werden.

Das alles geschah, bevor die NATO infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine ihre Zielvorgaben mit der Verabschiedung eines ab 2025 gültigen Neuen Streitkräftemodells (New Force Model, NFM) im Juni 2022 massiv erhöhte. Wurden bislang im Rahmen der Schnellen NATO-Eingreiftruppe „nur“ 40.000 Soldat*innen vorgehalten, sieht das NFM nun drei Bereitschaftsgrade vor: 100.000 Soldat*innen sollen innerhalb von nur 10 Tagen in Bewegung gesetzt werden können; bis Tag 30 will die NATO dann in der Lage sein, bis zu 200.000 weitere Truppen hinterherzuschicken; und bis Tag 180 sollen noch einmal 500.000 Soldat*innen mobilisiert werden können.

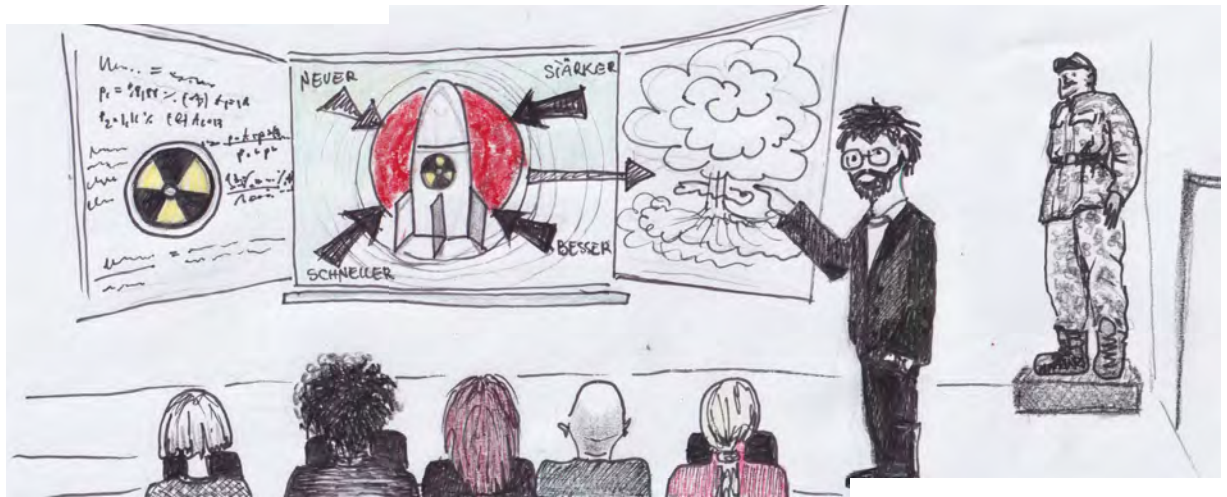
... und deutsche Beiträge

Bislang hat Deutschland für das neue Streitkräftemodell 35.000 Soldat*innen (v.a. eine Division und die geplante Brigade in Litauen) für die ersten beiden Bereitschaftsgrade und bis 2031 zehn Kampfbrigaden zugesagt – aktuell verfügt die Bundeswehr über acht, eine neunte wird derzeit aufgebaut.

Doch schon länger pfeifen es die Spatzen von den Dächern, dass der von der NATO geforderte deutsche Beitrag deutlich größer sein dürfte. So berichtete die Welt im Oktober 2024, die NATO sei dabei, ihre Kapazitätsziele („Minimum Capability Requirements“, MCR) anzuheben, zu denen Deutschland knapp 10 Prozent beitrage. Gegenüber bisherigen Planungen wolle das Bündnis künftig insgesamt über 15 Armeekorps (Anstieg um 9), 38 Divisionen (+14), 131 Kampfbrigaden (+49), 1467 bodengebundene Flugabwehreinheiten (+1174) und 104 Hubschrauberverbände (+14) verfügen. Für Deutschland bedeute das u.a. „fünf bis sechs weitere Kampftruppenbrigaden“ mit je rund 5.000 Soldat*innen, zitiert das Blatt aus einem Dokument des Verteidigungsministeriums.¹

Schon länger wurde zudem über die Aufstellung einer vierten Heeresdivision gemunkelt, außerdem leitet sich aus der für Frühjahr 2025 geplanten neuen „Division für den militärischen Heimatschutz“ („HSCHDIV“ abgekürzt) weiterer Personalbedarf ab. Sie soll am 1. April 2025 dem Heer mit zunächst 6.000 Soldat*innen und Reservist*innen unterstellt werden, absehbar aber auf knapp 10.000 anwachsen. Zum Aufgabenprofil der HSCHDIV ließ sich der Presse entnehmen: „Im Spannungs- und Verteidigungsfall oder auch bei einer krisenhaften Entwicklung sollen Heimatschutzkräfte Häfen, Bahnanlagen und Güterumschlagplätze schützen, auch Pipelines, Straßen für den Truppenaufmarsch, Brücken, Verkehrsknotenpunkte und digitale Infrastruktur. Sie sollen damit auch die Rolle Deutschlands als Operationsbasis und Drehscheibe der NATO absichern. Im Frieden können die Heimatschützer bei der Amtshilfe – schweren Unglücksfällen, Terrorlagen oder Pandemien - eingesetzt werden.“²

Um diese vier oder gar fünf Heeresdivisionen bestücken zu können, müsste die Bundeswehr weit über die bisherigen Planungen hinaus aufgestockt werden. Obwohl jede Bundesregierung auch das Recht hätte, die NATO-Vorgaben abzulehnen, scheint genau dies geplant zu sein. So berichtete Spiegel Online bereits im Sommer 2024, aus „vertraulichen Papieren des Verteidigungsministeriums“ gehe hervor, „dass aktuelle NATO-Planungen ein Ziel von »tendenziell deutlich über 272.000« Solda-



ten erfordern“ würden.³ Ganz so weit wollte Verteidigungsminister Boris Pistorius dann doch nicht gehen, allerdings deutete er Ende Dezember 2024 an, ein Aufwuchs auf 230.000 Soldat*innen sei womöglich erforderlich.⁴ Gleichzeitig soll die Reserve laut Patrick Sensburg, dem Präsidenten des Reservistenverbandes, massiv ausgebaut werden: „Die Reserve gliedert sich einerseits in die Truppenreserve und die Territoriale Reserve – also alle Reservisten, die auf einem Dienstposten eingeplant (beordert) sind – sowie andererseits in die Allgemeine Reserve. [...] Beordnete Reservisten gibt es derzeit ca. 40.000. Dieser Bedarf wächst bis 2027 auf ca. 60.000. Darüber hinaus wird der Bedarf zukünftig auf insgesamt 260.000 beordnete Reservisten ansteigen.“⁵

Wehrdienst, Wehrrfassung, Wehrüberwachung

Ohne drastische Maßnahmen ist eine Umsetzung der Bundeswehr-Personalziele völlig illusorisch. Der im Juni 2024 vorgeschlagene Neue Wehrdienst soll dabei zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Er soll zunächst 5.000, später dann 10.000 zusätzliche Rekrut*innen für eine Dienstzeit zwischen sechs und 23 Monaten generieren. Zusammen mit dem bereits existierenden Freiwilligen Wehrdienst (FWDL) sollen hierüber also jährlich zunächst 15.000 und dann 20.000 neue Rekrut*innen gewonnen werden, die nach dem Ausscheiden aus dem Dienst dann auch noch für mindestens sechs Jahre die Reserve verstärken sollen.

Hierfür sollen im Zuge der „Wehrrfassung“ ab 2025 jährlich alle Jugendlichen beginnend mit dem Jahrgang 2007 angeschrieben werden. Für die rund 300.000 männlichen Jugendlichen ist die Beantwortung Pflicht, für alle anderen freiwillig, wie aus dem Referentenentwurf für das Gesetz zum Neuen Wehrdienst vom Oktober 2024 hervorgeht: „Personen anderen Geschlechts erhalten [...] den identischen Fragebogen (Online-Fragebogen nach § 15a WPFLG) und sind eingeladen, die Fragen freiwillig zu beantworten und damit ihr Interesse an einem Dienst in der Bundeswehr zu bekunden.“⁶

Abgefragt werden sollen dabei Dinge wie Gesundheitszustand, Sportlichkeit, Ausbildungen, Hobbys, vor allem aber der Grad des Interesses an einem Dienst bei der Bundeswehr. Aus den Interessierten, so die Hoffnung der Bundeswehr, sollen dann die 5.000 und später 10.000 zusätzlichen Wehrdienstleistenden gewonnen werden. Bei einer Verpflichtung von 6 bis 12 Monaten sollen sie als sogenannte „Gewehrträger“ im Heimatschutz und damit wohl vor allem in der neuen Heimatschutzdivision eingesetzt werden. Bei einer Dienstzeit zwischen 12 und 23 Monaten erfolgt eine Ausbildung in anderen Truppenteilen.

Im Zuge der Wehrrfassung will die Bundeswehr nicht zuletzt wieder eine Datenbank mit Informationen von allen jungen Männern aufbauen, um sie im Kriegsfall – und dann womöglich auch diejenigen, die wenig bis keine Bereitschaft für einen Dienst an der Waffe an den Tag gelegt hatten – mobilisieren zu können. Im bereits zitierten Referentenentwurf für das Gesetz zum Neuen Wehrdienst heißt es dazu: „Aktuell verfügt die Bundeswehr nicht über ausreichende Daten darüber, wer im Spannungs- und Verteidigungsfall einberufen und herangezogen werden kann, wie geeignet die Männer sind und welche Qualifikationen sie haben. Dies muss sich ändern. Notwendig ist eine modernisierte Wehrrfassung, um effektiver und zielgerichtet das Potenzial der Wehrpflichtigen sowie der jetzigen und künftigen Reservistinnen und Reservisten zu erfassen. Damit wird eine wesentliche Voraussetzung dafür geschaffen, bei einer Reaktivierung der Wehrpflicht im Spannungs- und Verteidigungsfall unmittelbar auf einen belastbaren Datenbestand und bestehende administrative Strukturen zurückgreifen zu können.“⁷

Dabei geht es auch darum, die Reserve aufzufrischen, die seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 deutlich in die Jahre gekommen und dementsprechend auch geschrumpft ist. Um dem entgegenzuwirken, wurde bereits im Oktober 2021 die Grundbeorderung ausscheidender Soldat*innen eingeführt, die dadurch der Reserve für weitere sechs Jahre zur Verfügung stehen müssen und für konkrete Dienstposten eingeplant werden. Das Ziel war es darüber die Zahl von damals 34.000 Reservist*innen

Bundeswehr: Truppenzielgrößen

	Aktuell	Aktueller Plan bis 2030	Nötige Ziele laut Pistorius
Aktive Truppe	~180.000	203.000	230.000
Reserve	~49.000	60.000	260.000



deutlich zu erhöhen, allerdings ist eine Teilnahme am aktiven Reservistendienst in Form von Übungen oder auch Einsätzen bis zum konkreten Kriegsfall – bislang zumindest noch – freiwillig. Die Bundeswehr schreibt dazu: „Eingeplant werden alle Ausscheidenden, aber niemand wird gegen ihren oder seinen Willen zu einem Reservistendienst herangezogen. [...] Im Bereitschafts-, Spannungs- oder Verteidigungsfall können Reservistinnen und Reservisten jedoch auch gegen ihren Willen herangezogen werden.“⁸

Diese Regelung wird auch für die neuen Wehrdienstleistenden gelten, weshalb hierüber in einigen Jahren eine erkleckliche Anzahl zusätzlicher Reservist*innen generiert werden soll. Über die „Wehrüberwachung“ soll dann nicht nur der künftig neu hinzukommende Datenbestand aktuell gehalten werden, auch die Informationen über Altgediente sollen auf den neuesten Stand gebracht werden. Hierfür sollen rund 600.000 ehemalige Soldat*innen unter 60 Jahren angeschrieben und dazu aufgefordert werden, sich für einen Posten bei der Reserve zu melden. Die Bundeswehr verspricht sich darüber 100.000 bis 150.000 zusätzliche Reservist*innen.⁹

Aus Sicht der Bundeswehr könnte somit dann durchaus der anvisierte Pool von 260.000 Reservist*innen zusammenkommen – nur stellt sich die mehr als berechtigte Frage, ob die Annahmen des Verteidigungsministeriums realistisch sind.

Vom Wehrdienst zur Wehrpflicht

Tatsächlich sind die Berechnungen des Verteidigungsministeriums mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Sand gebaut: Zunächst einmal erscheint die Annahme, 100.000 ehemalige Soldat*innen wären für eine Reservistentätigkeit bereit, doch überaus optimistisch. Selbst dann wäre es erforderlich, über den Wehrdienst jährlich mindestens 10.000 zusätzliche Rekrut*innen zu gewinnen, um in die Nähe des angestrebten Umfangs für die Reserve zu kommen.

Selbst dadurch wäre die Bundeswehr aber nicht einmal imstande das derzeitige Planziel von 203.000 aktiven Soldat*innen zu erreichen (und schon gar nicht die anderen im Raum stehenden Zahlen zwischen 230.000 oder gar 272.000). Die vorgezogenen Neuwahlen haben den Plä-

nen für den neuen Wehrdienst jetzt zunächst einmal ohnehin einen Strich durch die Rechnung gemacht. Nach dem Urnengang ist aber nicht nur mit der Einführung des Wehrdienstes zu rechnen, sondern auch mit einer zum Beispiel von der Union ohnehin schon lange geforderten vollumfänglichen Re-Aktivierung der Wehrpflicht (nebst Ausweitung auf Frauen und der Einführung einer Allgemeinen Dienstpflicht). Clemens Speer etwa, der Betreiber des militärnahen Blogs Sicherheit & Verteidigung, schreibt: „Auch wenn der ‚Neue Wehrdienst‘ sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung ist, wird uns die Debatte über die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eine allgemeine Dienstpflicht sehr wahrscheinlich in der nächsten Legislaturperiode wieder begegnen. Jetzt vor den Wahlen wird sich keine Partei lautstark dafür aussprechen. Aber die militärische Notwendigkeit ist eigentlich allen bewusst. Ich sehe zumindest keine realistische Option, eine aktive Truppenstärke von 272.000 oder den erforderlichen Verteidigungsumfang von 460.000 Soldatinnen und Soldaten [inkl. Reserve] ohne eine wie auch immer geartete Wehrpflicht oder Dienstpflicht zu erreichen.“¹⁰

Anmerkungen

- 1 Jungholt, Thorsten: NATO fordert 49 weitere Kampftruppen-Brigaden, Die Welt, 6.10.2024.
- 2 Bundeswehr stellt neuen Großverband für Heimatschutz auf, n-tv, 11.1.2025.
- 3 Bundeswehr will 60.000 ehemalige Soldaten schnell einsatzbereit halten, Spiegel Online, 9.6.2024.
- 4 Wiegold, Thomas: Pistorius peilt höhere Bundeswehr-Personalstärke von 230.000 an (Nachtrag), Augengeradeaus, 18.12.2024.
- 5 Sensburg, Patrick: Die Reserve in der Europäischen Union, Europäische Sicherheit & Technik, 22.8.2024.
- 6 Referentenentwurf des Bundesministeriums der Verteidigung Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung wehrersatzrechtlicher Vorschriften und zur Einführung eines neuen Wehrdienstes, Bearbeitungsstand: 13.10.2024.
- 7 Ebd.
- 8 Die Grundbeurteilung: Schwerpunkt für das Personalmanagement, bundeswehr.de, 12.5.2021.
- 9 Neuer Wehrdienst: Verteidigungsminister Boris Pistorius nach Sitzung des Verteidigungsausschusses, phoenix, 12.06.2024
- 10 Speer, Clemens: Der neue Wehrdienst erklärt, https://suv.report, 29.12.2024.

Zeitenwende und Rechtsruck in Bayern

Das Bundeswehrgesetz stellt Schulen und Unis in den Dienst des Militärs

von Mark Ellmann

Die in den letzten Jahren gesteigerte Präsenz von Militärs im öffentlichen Raum wirkt sich nicht nur auf die Rolle von Fachleuten der Bundeswehr in Talkshows oder im Schulunterricht aus. Auch für Hilfsarbeiten werden Soldaten vermehrt herangezogen: Ob in der Hochwasser-Hilfe¹ oder zur Mitarbeit in der Schule bei akutem Mangel an Aufsichtskräften². Doch mit dem seit letztem Jahr geltenden Bayerischen Bundeswehr-Fördergesetz soll der Einsatz der Bundeswehr in den Schulen intensiviert und zum Regelfall werden.

Dass die Einflussnahme der Bundeswehr-Jugendoffiziere auf die politische Willensbildung der Heranwachsenden – oftmals sind es sogar noch Kinder – nicht neutral verläuft, sondern durchaus parteiisch ausgerichtet ist, ergibt sich bereits aus der Sonderstellung der Bundeswehr in den Klassenzimmern.

Begründung des Bayerischen Bundeswehrgesetzes

Das neue Gesetz soll „vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Zeitenwende die Bundeswehr dabei unterstützen, ihren neuen Hauptauftrag Landes- und Bündnisverteidigung zu erfüllen“ und geht davon aus, dass der Russland-Ukraine-Krieg und der Israel-Palästina-Krieg die Bundeswehr herausfordern, „die Einsatzbereitschaft zur Landes- und Bündnisverteidigung wiederherzustellen“, so die ursprüngliche Problembeschreibung im Gesetzesentwurf. Die Zeitenwende-Politik der ehemaligen Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP hat eine militaristische Dynamik losgetreten, mit der in vielen Bereichen friedenspolitische Grundsätze über Bord geworfen wurden – etwa durch den Einsatz von Soldaten im Unterricht.

Im Interview mit der Csu-nahen Hanns-Seidel-Stiftung wurde der federführende Staatsminister für dieses Gesetz, Dr. Florian Herrmann, gefragt, welchen Mehrwert er sich durch das Gesetz erhoffe. Seine Antwort: „Die bisherige Bilanz der Bundesregierung bzgl. der von ihr selbst ausgerufenen Zeitenwende fällt – vorsichtig formuliert – gemischt aus“ und führt aus, wo überall Geld fehle für die Truppe. Er kritisiert konkret die „alleinige

Fokussierung auf die Auf- und Ausrüstung der Bundeswehr. Die Bundeswehr muss aber auch wieder mehr in die Mitte der Gesellschaft rücken.“³ Darum geht es also bei diesem Gesetz.

Die von der Staatsregierung formulierte Zielstellung, dass „auch künftig eine strikte Trennung von politischer Bildung und Unterstützung bei der beruflichen Orientierung gewahrt werden“ soll, ist angesichts der Zielsetzung, durch eine Intensivierung der politischen Bildung durch die Bundeswehr die Einsatzbereitschaft für den Dienst an der Waffe zu steigern, widersprüchlich. Es ist also nicht davon auszugehen, dass Grundsätze der politischen Bildung gewahrt werden, wenn die parteiliche Darstellung durch die Armee ohne sichtbare zivile Gegenposition vermittelt wird.⁴

Der Zugang der Bundeswehr zu den Schulen ist ein Schwerpunkt, den zweiten Schwerpunkt des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr bildet das explizite Verbot von Zivilklauseln von Hochschulen und Universitäten. Zivilklauseln sind Selbstverpflichtungen und Bekenntnisse von Hochschulen, zu ausschließlich zivilen Zwecken zu forschen und zu lehren, die die Mitglieder einer Hochschule im Rahmen demokratisch geregelter Prozesse in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung beschließen. Diese Zivilklauseln sind nun verboten in Bayern. „Durch das Verbot sogenannter ‚Zivilklauseln‘, die Wissenschaftlern militärische Forschung verbieten würden, wird bspw. eine reibungslose zivil-militärische Zusammenarbeit an den bayerischen Universitäten sichergestellt“, so Staatsminister Herrmann im O-Ton.⁵

Eingriff in die Hochschulautonomie

Dies mittels eines gesetzlich verankerten Verbots von Zivilklauseln sicherzustellen, wie es Bayern seit diesem Jahr macht, greift in unzulässigem Umfang in die Autonomie und Selbstverwaltungsstrukturen bayerischer Hochschulen ein. Auf dieses Argument angesprochen, sagt der aus TV-Talkshows bekannte Politikwissenschaftler Carlo Masala, „dass Zwang zur Militärforschung nur im Falle einer Gefährdung der nationalen Sicherheit gel-



ten würde, was in Friedenszeiten nicht zutrifft.⁶ Dass eben jenem Mechanismus schon in Friedenszeiten das Verbot der Zivil- oder Friedensklauseln vorangeht, darauf geht der Professor von der Universität der Bundeswehr München, der zuvor am NATO Defense College in Rom tätig war, nicht ein.

Dabei ist dieser Angriff auf die Selbstverwaltungsstrukturen der Hochschulen nicht zu bagatellisieren. Das Gebot bzw. die Verpflichtung zur Zusammenarbeit ziviler Hochschulen mit der Bundeswehr sind unvereinbar mit der im Grundgesetz in Art. 5 Abs. 3 verankerten Freiheit von Wissenschaft.

Reaktionen und Auswirkungen

Das Gesetz ist nun seit August 2024 in Bayern in Kraft. Was sind die Auswirkungen? Zuerst einmal gab es Lob, z.B. vom Deutschen Bundeswehr Verband.⁷ Der Präsident des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr, Patrick Sensburg, erklärte gegenüber der Rheinischen Post: „Ich begrüße die in Bayern nun gesetzliche festgehaltene Kooperation zwischen Schulen und Jugendoffizieren und befürworte gleichzeitig dahingehende bundesweite Überlegungen“.⁸ Auch Unionspolitiker aus Bremen, NRW, Berlin und Hamburg fordern entsprechende Gesetze für den Zugang der Armee zu Schulen oder das Zivilklausel-Verbot für ihre Bundesländer⁹, der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz fordert es sogar bundesweit: „Sogenannte Zivilklauseln, die militärische Forschung an den Hochschulen verbieten, sollten aufgehoben werden. Das ist nicht mehr zeitgemäß.“¹⁰

Das Gesetz hat damit bislang zwei Auswirkungen: Zum einen die Normalisierung der Militarisierung des öffentlichen Bildungsbereichs durch die juristische Vorgabe zur Kriegsertüchtigung durch die Armee, zum anderen eine Debatte um die Notwendigkeit von Zivilklauseln und nicht-militärischer Ansprüche an Forschung, Lehre und Zivilgesellschaft.

Die bislang messbaren Auswirkungen sind noch gering, denn für den verpflichtenden Besuch der Jugendoffiziere in allen Bayerischen Klassenzimmern fehlt ihnen noch das Personal. Bundesweit gibt es zurzeit ca. 90 Ju-

gendoffiziere. Es wirkt, als wenn das Gesetz als symbolhafter Beitrag zum Rechtsruck und seiner besonderen militaristischen Verschärfung namens Zeitenwende zu verstehen ist. Dazu passt eine symbolische Übung am Campus der Technischen Universität in München. Die TU-Leitung informierte vorab per E-Mail: „(...) heute wollen wir Sie darüber informieren, dass am 23. Oktober 2024 ab 16:00 Uhr bis zum 24. Oktober 2024 um 10:00 Uhr die Bundeswehr in Abstimmung mit den einschlägigen Behörden im Rahmen einer überregionalen Übung im Dienste unserer aller Sicherheit ein größeres Testmanöver auch an unserem Forschungscampus in Garching abgehalten wird. Seien Sie bitte nicht überrascht, wenn in dieser Zeit Soldatinnen und Soldaten, Polizei und Angehörige des Technischen Hilfswerks verstärkt im Straßenbild präsent sein werden. Während des Manövers gegebenenfalls auftretende Verkehrsbehinderungen am Campus Garching bitten wir zu entschuldigen und bedanken uns für ihr Verständnis. Mit freundlichen Grüßen (...) Präsident (...) Kanzler“

Dagegen regte sich Protest: Antimilitaristen und Gewerkschafter aus der lokalen Betriebsgruppe informierten mit Flugblättern über unsere verfassungsrechtlichen Bedenken und über die Klage von GEW Bayern und DFG-VK Bayern gegen das Bayerische Bundeswehrgesetz – damit diese Bilder nicht zur Normalität werden.

Proteste gegen Zeitenwende und Militarisierung

Wir Antimilitaristinnen und Antimilitaristen sollten uns von dieser Entwicklung und ihrer Schnelligkeit nicht einschüchtern lassen und weiter für die Verteidigung verfassungsrechtlich verbriefter Rechte einsetzen. Angesichts der durch die Zeitenwende-Politik losgetretenen Totalität der Normalisierung militärischer Logik in allen Teilen der Gesellschaft sollte sich die Friedensbewegung nicht allein auf den juristischen Weg verlassen, den GEW und DFG-VK in Bayern mit der Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof einschlagen. Aktionen aus der demokratischen Zivilgesellschaft und im Besonderen der Arbeiter- und Friedensbewegung gegen die Zeitenwende-Politik bleiben notwendig.

Bei der Kundgebung und Demonstration „Soziales rauf – Rüstung runter“ von ver.di, GEW und Münchner Friedensbündnis am 12.10.2024 herrschte große Einigkeit darüber, dass das Geld nicht in die Rüstung, sondern in Soziales investiert werden muss und dass die Situation in Palästina durch einen Waffenstillstand zu stoppen ist und wir gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen und die Wiedereinführung der Wehrpflicht sind – ein klares Bekenntnis gegen Zeitenwende und Militarisierung.

Solche sozialpolitischen Proteste können ein wichtiger Bezugspunkt sein, um uns angesichts des heftigen Gegenwinds, den uns der deutsche Militarismus entgegenbläst, nicht verwirren zu lassen. Weiterhin muss die verfassungsrechtliche Debatte mit schonungsloser Konsequenz geführt werden, um den Mantel des Schweigens zu lüften, in dessen Schatten der Militarismus beim Abbau von Grundrechten agiert.

Anmerkungen

¹ „Die gekürzten Katastrophenhilfe in Bayern wird nun von 800 Soldaten übernommen, weil für zivile Kräfte

kein Geld mehr da ist. Denn es war die CSU-geführte Regierung, die 2018 die Reste des Hochwasserschutzes zusammengekürzt hat, obwohl die Situation in den betroffenen Gebieten schlimmer wird.“, zit. aus Erklärung der DKP Bayern zu den Hochwassern, 3.6.2024, dkp-bayern.de.

² Offiziersanwärter*innen dürfen nicht als Vertretungslehrkräfte eingesetzt werden, 15.6.2022, gew-bayern.de.

³ Andrea Rotter: Die Bundeswehr gehört in die Mitte der Gesellschaft, 10.10.2024 hss.de.

⁴ Eine ausführliche Erläuterung der Problematik des Gesetzes hat die Bildungsgewerkschaft GEW Bayern im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses erarbeitet: Martina Borgendale: Zum Gesetzentwurf zur Förderung der Bundeswehr, 18.3.2024, gew-bayern.de.

⁵ Andrea Rotter, a.a.O.

⁶ Zit. nach: Welche Einschränkungen erleben Forschende in Deutschland?, 11.10.2024, deutschlandfunk.de.

⁷ Roland Stengl: Dritter Besuch des Landesvorsitzenden bei Veitshöchheimer Kameradschaften, 28.10.2024, dbwv.de.

⁸ Laura Vörberg: „Dass Jugendoffiziere vor Schulklassen stehen, sollte Normalität sein“, 3.9.2024, rp-online.de.

⁹ Vgl u.a.: CDU Bremen will Verteidigungsindustrie stärken, 30.5.2024 cdu-bremen.de.

¹⁰ Merz fordert ungehinderten Bundeswehrzugang zu Schulen und Forschung, 14.7.2023, spiegel.de.

Frankfurter Erklärung

Wir dokumentieren an dieser Stelle die Abschlusserklärung des bundesweiten Zivilklausel-Kongresses, der vom 16. bis 17. März 2024 in Frankfurt am Main stattgefunden hat. Das PDF der Erklärung kann unter imi-online.de abgerufen werden.

Vereint in der Überzeugung, dass eine Welt ohne die Logik der Gewalt möglich und nötig ist; entschlossen für eine international kooperative Entwicklung der Menschheit einzutreten, stellen wir uns, als Forschende, Lehrende und Lernende in den Hochschulen der gegenwärtigen Militarisierung der Gesellschaft und der Öffnung der Hochschulen für das Militärische entschieden entgegen.

Auf Basis der Niederrichtung des Faschismus und im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen bilden das Friedensgebot des Grundgesetzes und die Unantastbarkeit der Würde des Menschen den zukunftsweisenden Horizont für die Verwirklichung einer dem Menschen zugewandten weltweiten Entwicklung. Dieser fortwährende Anspruch ist auch 75 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes hoch aktuell. In diesem Geiste sind über viele Jahrzehnte Zivilklauseln an über 70 Hochschulen erkämpft worden. Sie sind Selbstverpflichtungen der

Hochschulen, zu einer friedlichen Entwicklung der Gesellschaft beizutragen und für zivile Zwecke zu lehren, zu lernen und zu forschen.

Mit der militärischen „Zeitenwende“ in Hochschule und Gesellschaft, der postulierten Alternativlosigkeit der Gewalt und der aggressiven Rhetorik zur Kriegsertüchtigung werden die Lehren aus der deutschen Geschichte und das Vermächtnis aus „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ ins Gegenteil verkehrt, die Gesellschaft verroht und extrem rechten Gesellschaftsentwürfen und Menschenbildern abermals Tür und Tor geöffnet.

Wir weisen die gegenwärtigen drastischen Versuche von Rüstungskonzernen und ihren politischen Wortführern in Bund und Ländern entschieden zurück, die öffentlichen Hochschulen für militärische Zwecke zu öffnen und die Zivilklauseln zu unterminieren, um Wissenschaft in den Dienst von Sicherheits- und Geopolitik zu stellen. Wir wollen zivil für die kooperative Gestaltung einer friedlichen Welt arbeiten, lernen und forschen! So wie es die Vereinten Nationen im kollektiven Beschluss zur Verwirklichung menschenwürdiger Lebensverhältnisse weltweit in 17 Nachhaltigkeitszielen bereits gefasst haben!

**KRIEGSTÜCHTIG?
FRIEDENSFÄHIG!****16.-17.03.2024
FRANKFURT AM MAIN****WISSENSCHAFT FÜR EINE ZIVILE ZEITENWENDE JETZT!****ABSCHLUSSERKLÄRUNG DES BUNDESWEITEN ZIVILKLAUSEL-KONGRESSES****Internationale Kooperationen und
Wissenschaftsdiplomatie ausbauen!**

Wir fordern eine Abkehr von Abschottungs- und Blockbildungspolitik auch in der Wissenschaft. Die Lösungen der gegenwärtigen globalen Krisen sind unmittelbare und existentielle Menschheitsfragen und können nur international und kooperativ produktiv beantwortet werden. Internationale Wissenschaftskooperationen waren über Jahrzehnte ebend für Zivilisierung, Abrüstungsverträge und die gemeinsame Nutzung von Ressourcen, Erkenntnissen und Technologien. Sie sind wirksamer Teil von Völkerverständigung und zur Lösung der Probleme im Interesse der großen Mehrheit in allen Ländern. Diese Potentiale müssen gegenwärtig mehr denn je neu ausgebaut werden, unter anderem:

Die Zivilklauseln sind auszubauen, sie bilden verallgemeinerungswürdige Kriterien für internationale Kooperationen nicht nur mit China, sondern ebenso mit der Türkei, mit dem Iran, Israel, Frankreich oder den USA. Mit allen Kooperationspartnern ist rein zivil zu wirken und auf eine Welt des Friedens zu orientieren.

Für den Abbau von Feindbildern und die Arbeit am Stopp des Klimawandels sind die Wissenschaftskooperationen mit Russland wieder aufzunehmen.

Die vollständige Zerstörung der Hochschulen in Gaza erfordert einen intensivierten Einsatz der Wissenschaftsgemeinschaft für Frieden und einen umgehenden Wiederaufbau. Wissenschaftliche Kooperationen sowohl mit Hochschulen in Israel wie auch in Gaza und in der Westbank müssen gefördert werden und einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten.

**Wissenschaft von allen für alle: Soziale und
demokratische Öffnung der Hochschulen!**

Die Hochschulen werden seit Jahrzehnten unterfinanziert, in Wettbewerbsmechanismen gedrängt und entdemokratisiert. Die Wissenschaft muss von den Logiken des Marktes befreit werden, damit Forschende, Lehrende wie Lernende zu einer humanen, friedlichen und demokratischen Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der internationalen Beziehungen beitragen können.

Eine solche positive Freiheit der Wissenschaft hat materielle Voraussetzungen: Hochschulen müssen bedarfsgerecht öffentlich grundfinanziert und Wettbewerbsmechanismen wie die Exzellenzinitiative zurückgedrängt werden. Damit die Hochschulen zur Bildung mündiger, humanistisch eingreifender Menschen beitragen, müssen Arbeitsverhältnisse entprekariert, Studierende sozial abgesichert und Studiengänge vom Prüfungsmarathon befreit werden. Die Entscheidungen in den Hochschulen müssen in demokratischen Gremien gefällt werden. Nur demokratisch und sozial verfasst können Universitäten ein gesellschaftlich verantwortliches Handeln ihrer Mitglieder und die kritische Reflexion der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen der Zeit fördern.

Wir nehmen die Geschichte selber in die Hand!

Wir stehen jeder Zerstörung gesellschaftlicher Entwicklungsperspektiven entgegen. Wir haben besseres vor: In unserem Interesse ist jene Wissenschaft, mit der wir für internationale Abrüstung, Verständigung und Kooperation, sowie für die soziale und ökologische Erneuerung des Zusammenlebens als notwendige Voraussetzungen für eine lebenswerte Zukunft aller Menschen eintreten.

Wenn sich dagegen aktuell z.B. die bayrische Landesregierung anschickt, das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit verfassungswidrig abzuschaffen, indem sie ein Verbot von Zivilklauseln plant und Hochschulen und Schulen dazu verpflichtet möchte, mit der Bundeswehr zu kooperieren, sagen wir:

Nicht mit uns!

Das Lernen und Forschen für eine menschenwürdige Entwicklung erfordert erst recht: Zivilklauseln überall! Dafür wirken wir und fordern alle auf, mitzutun!



Kampf um die Köpfe

Ideologische Aufrüstung am Beispiel der Universität Tübingen

von Sophie Voigtmann und Matthias Rude

Die ideologische Aufrüstung im Zuge der „Zeitenwende“ macht auch vor der Universität Tübingen nicht halt. Gerade der geistes- und sozialwissenschaftliche Bereich trägt zur gesellschaftlichen Akzeptanz der fortschreitenden Militarisierung bei.

Kein Knoten für Antimilitarismus

Ein Beispiel dafür, wie Kriegsgegner diffamiert werden und die Geschichte des antimilitaristischen Widerstands verdreht wird, ist die Auseinandersetzung um die Clara-Zetkin-Straße in Tübingen, benannt nach einer der bekanntesten Kriegsgegnerinnen überhaupt. Im Auftrag der Stadt erarbeitete eine Kommission unter Leitung von Johannes Großmann vom Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen Empfehlungen für den Umgang mit kritikwürdigen Straßennamen. In ihrem im Januar 2023 veröffentlichten Abschlussbericht sprach sie sich dafür aus, die Clara-Zetkin-Straße mit einem „Knoten“ aus dem 3D-Drucker als „kritikwürdig“ zu markieren und versuchte, bezugnehmend auf die Totalitarismus-Theorie, Zetkin zu verunglimpfen. Die Behauptungen der Kommission ließen sich jedoch widerlegen – teilweise sogar mit den Quellen, die sie selbst angeführt hatte. Dass die Clara-Zetkin-Straße eine Markierung bekommen sollte, die sonst nur Straßen erhalten, die nach Kriegsverbrechen und Faschisten benannt sind, stieß auf Protest. Das Aktionsbündnis „Kein Knoten für Zetkin“ wurde gegründet und von einer Vielzahl an Organisationen und Initiativen unterstützt, darunter *IMI*, *DFG-VK* und *Gesellschaft Kultur des Friedens*. Es dokumentierte unter *kein-knoten.wordpress.com* die Ereignisse und Veröffentlichungen, darunter auch das Fact Sheet, in dem die Aussagen der Kommission über Zetkin mit sachlichen Argumenten und basierend auf nachprüfbaren Quellen widerlegt wurden.¹

Die Kommission hatte behauptet, an einer „möglichst breiten und sachlichen, auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhenden (stadt)öffentlichen Diskussion“ interessiert zu sein.² Doch als es diese Diskussion dann gab, reagierten die Verantwortlichen nicht mit Argumenten,

sondern wehrten jede Kritik ab und versuchten sogar, den Protest mit fingierten Vorwürfen als wissenschaftsfeindlichen Angriff zu diskreditieren. Die Gemeinderatssitzung, die im Oktober 2023 schließlich über die Markierung der Zetkin-Straße entschied, zeigte, wie unhinterfragt die Wissenschaftler dennoch Autorität genossen: Die meisten Gemeinderatsmitglieder lobten die Arbeit der Kommission, obwohl sie sich offenkundig gar nicht inhaltlich mit ihr beschäftigt hatten. Die Leiterin des Tübinger Kulturamts sagte allen Ernstes, die Argumente des Bündnisses seien „keine fundierte Gegendarstellung, da sie von Personen kommen, die nicht an den Universitäten forschen“.³ Dennoch stimmte der Gemeinderat letztlich gegen einen „Knoten“ für die Clara-Zetkin-Straße.

Im Nachgang veröffentlichten Mitglieder der Kommission auf dem offiziellen Blog des Instituts für Geschichtsdidaktik der Universität Tübingen ein Interview, in dem sie versuchten, die Verteidiger Zetkins als Wissenschaftsfeinde darzustellen.⁴ Während die Interviewten sich als politisch „neutrale“ und „objektive“ Wissenschaftler inszenierten, die Opfer „politischer Mobilisierung“ geworden seien, waren auf der Startseite des Blogs Slogans zu lesen wie: „#StandwithUkraine“, „We stand with Israel“, oder: „Wehret den Anfängen! Verteidige den erfolgreichsten Staat, den Deutschland je hatte!“ – unübersehbar, in Großbuchstaben.⁵

Instrument für Kriegspropaganda

Bereits einen Tag nach der Verkündung der „Zeitenwende“ durch Olaf Scholz, am 28.2.2022, erklärte die Universität Tübingen offiziell ihre „Solidarität mit der Ukraine“.⁶ „Momentan entstehen auch Netzwerke zu lokalen Behörden und Förderorganisationen, die den Solidaritätsgedanken mit der Ukraine über die Grenzen der Universität hinaustragen und das Bewusstsein der lokalen Bevölkerung zu notwendigen Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine stärken“, hieß es im April.⁷ Um die Zumutungen der „Zeitenwende“ dem gemeinen Volk einzubläuen, fand sich schnell das passende Instrument mit mehr als bereitwilligem Personal: Das Osteuropa-Institut. Die



Monika Mazur.

deutsche Osteuropaforschung war schon immer auch ein politisch-ideologisches Instrument des Militarismus und des Expansionsstrebens nach Osten. Nach 1990 hatte sie zunächst keine Funktion mehr – ohne den Ukrainekrieg „hätte man die 'Feindwissenschaft', die sich als Osteuropa-Expertise tarnte, tatsächlich einmotten können“, so die Wochenzeitung *Der Freitag*. So aber seien „Osteuropaexperten“ wieder „erstaunlich präsent“.⁸

„Dass einmal ein Wissenschaftler im Audimax zu 'Wehrhaftigkeit, Aufrüstung und Abschreckung' aufruft und dafür viel Applaus und keinen einzigen Buh-Ruf ertet, hätte man sich noch vor Jahren kaum vorstellen können. Man sieht daran, wie der Ukraine-Krieg die politischen Koordinaten verschoben hat“, stellte im Januar 2024 die Tübinger Lokalzeitung *Schwäbisches Tagblatt* fest.⁹ Der Kommentar bezog sich auf eine sogenannte Podiumsdiskussion im Tübinger Audimax, bei der die beiden einzigen Teilnehmer Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) und der Direktor des Tübinger Osteuropa-Instituts Klaus Gestwa sich in allen Punkten vollkommen einig waren. Auf die Frage, ob ein solcher Auftritt mit der Zivilklausel der Universität zu vereinbaren sei – diese lautet wörtlich: „Lehre, Forschung und Studium an der Universität sollen friedlichen Zwecken dienen“ –,¹⁰ redete sich die PR-Abteilung der Universität, die „Stabsstelle Hochschulkommunikation“, mit dem Hinweis heraus, die Veranstaltung sei ja „weder Teil der universitären Lehre noch Teil eines Forschungsprojekts“ gewesen.

Zur Durchsetzung der „Zeitenwende“ gehört auf der ideologischen Ebene auch, Vertreter opponierender Meinungen als fünfte Kolonne Putins zu diffamieren. „Selbstgefällige Friedensbewegte“ würden „dem Kreml in die Karten spielen“, polterte Gestwa etwa im Rahmen einer Kundgebung im Februar 2024, bei der Sprechchöre mit dem Inhalt „Taurus jetzt, Taurus jetzt“ über den Tübinger Marktplatz schallten.¹¹ Wer sich in, wie er es nennt, „Friedensspekulationen“ ergeht, wird von ihm in verschwörungstheoretischer Manier beschuldigt, eigentlich die „Geschäfte des Kremls“ zu betreiben, steht entweder „auf der Payroll des Kremls“ oder ist „in einer ideologisch-politischen Kumpanei mit dem Kreml verbunden“.¹² Auch anlässlich des Todes des russischen Oppositionellen Alexei Nawalny organisierte Gestwa eine Kundgebung. Dort behauptete er, dieser habe sich zwar auf „fremdenfeindliche Abwege“ begeben, sich von solchen „früheren Fehleinschätzungen“ aber „deutlich und glaubhaft distanziert“. Nach Belegen dafür gefragt, antwortete er mit Verweisen auf Artikel, in denen tatsächlich das genaue Gegenteil steht, nämlich, dass Nawalny mehrfach erklärt hatte, noch hinter seinen rassistischen Aussagen zu stehen.¹³

Dass Rechte, selbst Faschisten, nicht stören oder sogar nützlich sind, solange sie sich für die Agenda des „Wertewestens“ in Beschlag nehmen lassen, zeigt sich auch an der Ausstellung „Unissued Diplomas“,¹⁴ die frei von jeder Kritik durch die westliche Welt tourt. Im April und Mai 2024 konnte man sie in der Tübinger Universitätsbibliothek sehen. In der Ausstellung wird ein Soldat geehrt, der gleich zwei verschiedenen Einheiten angehörte, die sich offen auf faschistische Traditionen berufen. Gestwa hatte sich persönlich dafür eingesetzt, dass die Ausstellung nach Tübingen geholt wurde. Darauf aufmerksam gemacht, meinte die Universität lediglich, die Ausstellung sei „ein zeitgeschichtliches Dokument“, das es „nicht zu zensieren“ gelte.¹⁵

Im Mai 2024 feierte die Universität sich selbst für ihre Kriegspropaganda: Sie verlieh Gestwa, Professor an der Universität Tübingen, einen Preis für vorbildliche „Wissenschaftskommunikation“ – für ein Video, veröffentlicht auf dem YouTube-Kanal der Universität Tübingen, produziert von der „Stabsstelle Hochschulkommunikation“ der Universität Tübingen – reine Selbstbeweihräucherung also. Das Video mit dem Titel „Thesencheck: Diese 8 Behauptungen über den Krieg in der Ukraine sind falsch“ hat inzwischen 1,2 Millionen Aufrufe und wurde auch auf die Website der Bundeszentrale für politische Bildung übernommen. Im Gegensatz zum Westen, speziell zum „europäischen Demokratie- und Friedensprojekt“, so Gestwa in seinem „Thesencheck“, sei Russland zur „immer totalitärer werdenden Führerdiktatur geworden“. Putin wolle „die gesamte Welt mit Angriffskriegen und herbeifantasierten imperialen Einflusszonen wieder in die dunkelsten Zeiten des 20. Jahrhunderts zurückbomben“. Die russischen Medien? Gesteuert. Das russische Fernsehen? „Zombie-Kisten“, die „Untote“ produzieren,

die nicht mehr selbst denken können und Regierungspapieren nachplappern. Der Unterschied zum Westen und zu Deutschland sei „so gigantisch“, dass sich jeder Vergleich verbiete: Die „westlichen Qualitätsmedien“ seien „sehr, sehr selbstkritisch“. Ein Bedrohungsszenario der NATO gegenüber Russland? „Schlichtweg Unfug“, „herbeifantasiert“, ein vom Kreml verbreitetes „propagandistisches Zerbild“. Der Euromaidan? „Kein von den USA organisierter und von ukrainischen Faschisten durchgeführter Putsch“, sondern eine „demokratische Massenbewegung“, die ganz spontan „das ganze Land erfasst“ habe. Der „Epochenumbruch“, den die „Zeitenwende“ bedeute, sei „uns in all seiner Radikalität noch nicht klar geworden“. Die „Zeitenwende“ müsse jetzt „nicht nur proklamiert, sondern auch konsequent umgesetzt“ werden.¹⁶ So sieht also ein vorgeblicher Faktencheck der Universität Tübingen aus. Mit sachlicher, deskriptiver Wissenschaft hat das nichts zu tun, vielmehr macht das Osteuropainstitut sich hier selbst zum Akteur im Informationskrieg – und zwar auf der Seite der Ukraine und der NATO. Man sollte Gestwa, um in seinem eigenen Duktus zu sprechen, vielleicht einmal fragen, ob er eigentlich auf der Payroll der NATO steht oder sich lediglich in einer ideologisch-politischen Kumpanei mit ihr befindet.

In einer im Februar 2024 veröffentlichten Pressemitteilung der Universität hieß es noch, der Preis werde „in einer öffentlichen Feierstunde verliehen“.¹⁷ Als dann registriert wurde, dass es zu Protesten kommen würde, hieß es auf einmal: „Geschlossene Gesellschaft“ – angeblich „aus Kapazitätsgründen“, außerdem sei das von Anfang an so geplant gewesen, bei der ursprünglichen Ankündigung als „öffentliche Feierstunde“ habe es sich angeblich um einen „redaktionellen Fehler“ gehandelt.¹⁸ Bei der Preisverleihung ließ Gestwa sich über die „Naivität“ gewisser „politischer Milieus“ aus, die „den Zumutungen der ‚Zeitenwende‘ mit einem wohlfühligen Wunschdenken ins Wolkenkuckucksheim entfliehen“ würden. Laut seiner Rede vergessen „Personen aus dem linken Milieu“, „dass Antifaschismus, Antimilitarismus und Antiimperialismus eigentlich doch heißt, sich auf die Seite der Überfallenen, Geschundenen und Unterdrückten zu stellen“. Der Osteuropaforscher, der übrigens Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung ist, gebraucht also traditionell linke Begriffe, sogar Antimilitarismus, um die „Zeitenwende“ ideologisch zu flankieren.

Dass Gestwa in Wahrheit an den Unterdrückten wenig liegt, zeigt sich nicht zuletzt an seiner Doppelmoral. So wirft er Russland Genozid und international geächtete Angriffe gegen Krankenhäuser und zivile Infrastrukturen vor – würde er so etwas aber generell verurteilen, müsste er auch die israelische Kriegsführung entsprechend kritisieren. Diese unterstützt er aber explizit: Er hat zusammen mit über 80 anderen Tübinger Universitätsangehörigen einen offenen Brief unterzeichnet, in dem er sich solidarisch mit dem Staat Israel erklärt. Die Unterzeichner wenden sich „entschieden dagegen“, Israel mit Verweis



Sophie Linde, *Zeitenwende an der Universität Tübingen* (2024), Acryl auf Pressspan, 14 x 21 cm.

auf das Leiden der Menschen im Gazastreifen „das Recht auf Selbstverteidigung“ abzusprechen.¹⁹

Doppelmoral in Bezug auf Palästina

Was Israel angeht, befindet sich auch die Universitätsleitung voll auf Linie mit der deutschen Staatsräson. Das Tübinger *Unikomitee für Palästina* forderte in einem offenen Brief an das Rektorat im Juni 2024, die Universität solle sich „konsequent für den Frieden und die Umsetzung der Zivilklausel“ einsetzen und sich gegen Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit und politische Exmatrikulationen aussprechen.²⁰ Seit Oktober 2023 veröffentlichte die Universität aber nur ein einziges Statement zum Thema, in dem sie sich „fest an der Seite ihrer israelischen Partner“ verortet.²¹ Das *Unikomitee* kritisiert die Forschungs Kooperationen der Universität Tübingen mit israelischen Institutionen, weil diese mit den israelischen Streitkräften und teils mit Rüstungsunternehmen zusammenarbeiten, die in Völkermord und Kriegsverbrechen verwickelt seien. Die Universität hat sich zu dieser Kritik nicht öffentlich positioniert. Auf Nachfrage behauptete die Hochschulkommunikation, die Universität mache „ihre Kooperationen mit ausländischen Universitäten nicht davon abhängig, ob sich das jeweilige Land in einem bewaffneten Konflikt“ befinde – eine absurde Doppelmoral, denn Anfang März 2022 hatte die Universität verkündet, man werde „in Reaktion auf den Krieg gegen die Ukraine die

Zusammenarbeit mit russischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen“ aussetzen.²² Hier wurde nicht gezögert, sich eindeutig zu positionieren.

Die oben erwähnte „Podiumsdiskussion“ mit Strack-Zimmermann fand im Audimax in der Neuen Aula statt. Dahingegen wurde das Vorhaben des *Unikomitees*, eine Kundgebung vor der Neuen Aula abzuhalten, im Mai 2024 abgelehnt. Die Begründung: „Da die Universität Tübingen akademische Heimat Studierender aus beiden Konfliktparteien ist, ist die Universitätsverwaltung bemüht, eine neutrale Haltung zu wahren. Versammlungen vor Universitätsgebäuden, deren Inhalt der Nahostkonflikt ist, werden daher zu vermeiden versucht.“ Am 7. Oktober fand dann aber eine Mahnwache ausgerechnet des zionistischen *Marschs des Lebens* – einer Initiative der christlich-fundamentalistischen *Tübinger Offensive Stadtmission (Tos)* – vor der Neuen Aula statt. Laut dem PR-Direktor von *Marsch des Lebens* haben Stadtverwaltung und Universität der Mahnwache zugestimmt.

Wissenschaft im Dienst des Kapitals

Dass gerade auch (links-)liberale Wissenschaftler und Intellektuelle sich zur Legitimierung von Aufrüstung und Kriegstreiberei einspannen lassen, ist nichts Neues. Schon im Ersten Weltkrieg schlugen sich weite Teile der SPD auf die Seite der Kriegstreiber, mit der Begründung, man vertrete die Freiheit und Demokratie gegenüber dem rückständigen und despotischen zaristischen Russland. Clara Zetkin beschrieb, wie die Wissenschaft zur ideologischen Rechtfertigung grausamer Kolonialpolitik und imperialistischer Kriege beitrug. Aus Überzeugung oder um persönlicher Vorteile willen hätten Wissenschaftler sich an der Schaffung von nationalchauvinistischen Kriegslügen beteiligt – „sie erfanden Schauermärchen von unmenschlichsten Gräueltaten der Feinde, sie verbreiteten planmäßig, was nur an kriegsförderlichem Schwindel zu ersinnen war“, so Zetkin.²³

Angehörige der Universität Tübingen können heute überzeugend im Sinne der „Zeitenwende“ für Aufrüstung trommeln, auch weil sie in der Öffentlichkeit Ansehen und Autorität als angeblich neutrale, objektive Wissenschaftler genießen. Gerade der Erfolg der Kampagne gegen die Markierung der Clara-Zetkin-Straße zeigt aber, dass man sich von akademischen Titeln, komplizierter Sprache und langen Quellenapparaten nicht einschüchtern lassen sollte, und dass es sich lohnt, genau hinzusehen und zu überprüfen, welche Ideologien, getarnt im Deckmantel der Wissenschaft, verbreitet werden. Wer für Zivilklauseln und gegen die „Zeitenwende“ an den Universitäten kämpft, sollte sich darüber hinaus im Klaren sein, dass die ideologische Aufrüstung an den Universitäten Ausdruck der Tatsache ist, dass die bürgerliche Wissenschaft letztlich weder in Kriegs- noch in Friedenszeiten dem guten Leben für alle Menschen dient, sondern in erster Linie dem Erhalt des kapitalistischen Systems –

und das trägt bekanntlich den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.

Anmerkungen

- ¹ keinknoten.wordpress.com.
- ² Johannes Großmann: *Abschlussbericht der Kommission zur Überprüfung der Tübinger Straßennamen*, tuebingen.de, Januar 2023, S. 11.
- ³ Alieren Renkliöz: *Diskreditierung Clara Zetkins abgewendet*, nd-aktuell.de, 27.10.2023.
- ⁴ *Debatte um Straßennamen – Ein Blick hinter die Kulissen der Tübinger Kommission 2/2*, historischer-augeblick.de, 10.7.2024.
- ⁵ Die Startseite mit den Slogans kann im Internet-Archiv noch eingesehen werden.
- ⁶ Universität Tübingen: *Solidarität mit der Ukraine*, uni-tuebingen.de, 28.2.2022.
- ⁷ Rektorat der Universität Tübingen: *Brief an die ukrainischen Universitäten*, uni-tuebingen.de, 20.4.2022.
- ⁸ Wolfgang Michal: *Die Osteuropaforschung ist zurück: Auf den Spuren eines Forschungsgebiets*, freitag.de, 9.4.2023.
- ⁹ Ulrich Janßen: *Geht es auch nüchterner?*, Schwäbisches Tagblatt, 27.1.2024.
- ¹⁰ Universität Tübingen: *Grundordnung*, uni-tuebingen.de.
- ¹¹ Wolfgang Albers: *Kundgebungen zum Ukraine-Krieg – Waffenstillstand oder Waffenwünsche*, swp.de, 25.2.2024.
- ¹² Universität Tübingen: *Livestream: Osteuropa-Historiker Klaus Gestwa antwortet auf Fragen und Kommentare zur aktuellen Lage in der Ukraine*, youtube.com, 30.10.2024.
- ¹³ Matthias Rude: *Unermüdlicher Einsatz*, jungewelt.de, 2.5.2024; vgl. IMI: *Klaus Gestwa: Kein Wissenschaftspreis für Kriegspropaganda!*, imi-online.de, 30.4.2024. unissueddiplomas.org.
- ¹⁴ Im Dezember 2024 wurde in der Universitätsbibliothek noch eine weitere ukrainische Ausstellung gezeigt, in der Symbole des Bandera-Faschismus in affirmativer Art und Weise gezeigt wurden; ein Kämpfer des rechtsradikalen „Rechten Sektors“ wurde explizit als „Held“ glorifiziert (Matthias Rude: *Kommunismus als Kakerlake*, jungewelt.de, 11.12.2014; Matthias Rude: *Die Kakerlake erledigen*, jungewelt.de, 24.12.2024).
- ¹⁵ Universität Tübingen: *Thesencheck: Diese 8 Behauptungen über den Krieg in der Ukraine sind falsch*, youtube.com, 23.2.2023.
- ¹⁶ Universität Tübingen: *Universität Tübingen zeichnet innovative Wissenschaftskommunikation aus*, uni-tuebingen.de, 20.2.2024.
- ¹⁷ Matthias Rude: *Geschlossene Gesellschaft*, kontextwochenzeitung.de, 8.5.2024.
- ¹⁸ Nationales Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheit Athene: *Wissenschaft gegen Antisemitismus*, athene-center.de, 11.11.2023.
- ¹⁹ Unikomitee für Palästina: *Unsere Forderungen an den StuRa und die Universität Tübingen*, petitionen.com, 27.6.2024.
- ²⁰ Universität Tübingen: *Universität Tübingen steht an der Seite ihrer israelischen Partner*, uni-tuebingen.de, 23.10.2023.
- ²¹ Universität Tübingen: *Universität Tübingen setzt Kooperation mit Russland aus*, uni-tuebingen.de, 3.3.2022.
- ²² Clara Zetkin: *Die imperialistischen Kriege gegen die Werktätigen – die Werktätigen gegen die imperialistischen Kriege (1933)*, in: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Band III, Berlin 1960, S. 535f.

KI außer Kontrolle

Autonome Waffensysteme und Meaningful Human Control

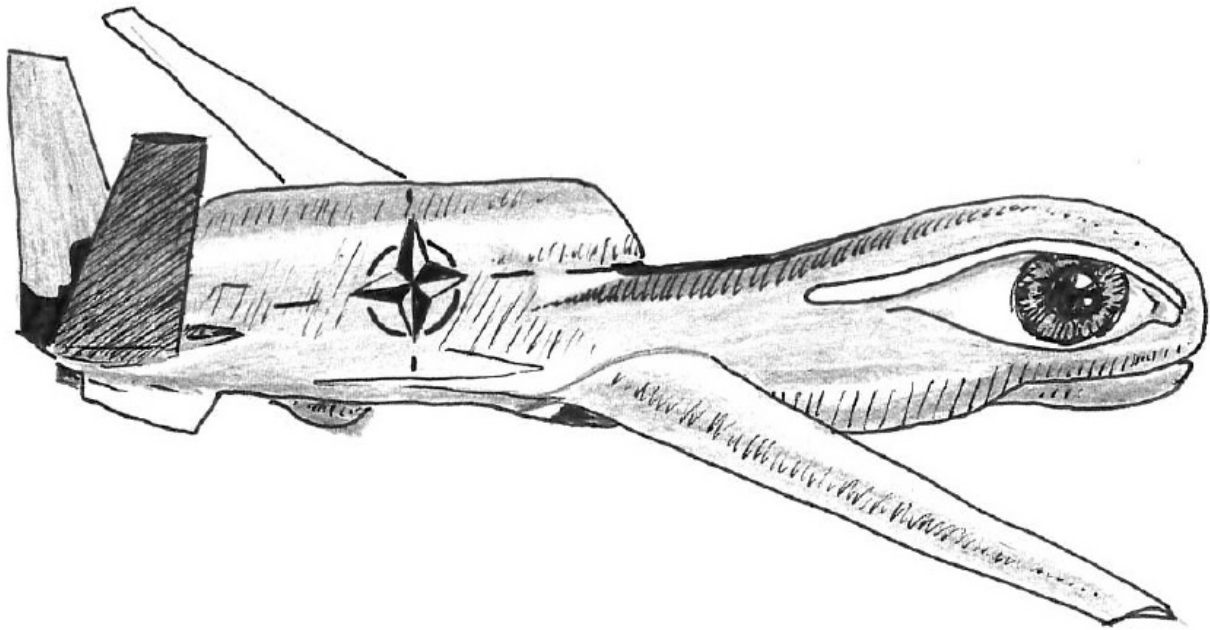
von Jens Hälterlein

Eines der dringendsten Probleme der internationalen Sicherheit und des Friedens ist die Entwicklung und Anwendung sog. Autonome Waffensysteme (Aws). Der Begriff „autonom“ verweist darauf, dass diesen Systemen ein hoher Grad an Eigenständigkeit zugeschrieben wird. Die Steuerung unbemenschter militärischer Fahrzeuge (Drohnen, Panzer, U-Boote etc.) ebenso wie die Identifikation, Auswahl und das Angreifen von Zielen werden als Prozesse betrachtet, die solche Systeme „autonom“, das heißt ohne menschliches Zutun, vollziehen könnten. Befürworter*innen von Aws verbinden damit das Versprechen, militärische Operationen schneller und präziser (als der Gegner) ausführen zu können, ohne dabei das Leben der eigenen Soldat*innen unnötig zu gefährden. Kritiker*innen von Aws betonen hingegen, dass mit der Ausweitung KI-basierter, maschineller Autonomie ein Verlust menschlicher Kontrolle über diese Kampf-Maschinen droht.¹ Zahlreiche politische, zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Akteure (z.B. die Kampagne Stop Killer Robots) verbinden diese Kritik mit der politischen Forderung, eine hinreichende, effektive menschliche Kontrolle („Meaningful Human Control“) über Aws zu ermöglichen bzw. aufrechtzuerhalten. Der Begriff „meaningful“ besagt im Kern, dass es nicht ausreicht, wenn Menschen beim Einsatz von Aws formal die Letztentscheidung über zentrale Kriegshandlungen (insb. Tötungsentscheidungen) haben, sondern dass diese Entscheidung auf einem ausreichend tiefen Verständnis des von einer Maschine generierten Outputs, der als Entscheidungsgrundlage dienen soll, beruhen muss. Das setzt insb. die Möglichkeit zur Überprüfung und Bewertung dieses Outputs ohne übermäßigen Zeitdruck und sonstige einschränkende Faktoren voraus.²

Die Gewährleistung bzw. Aufrechterhaltung einer „Meaningful Human Control“ ist aus dieser kritischen Perspektive unerlässlich, da Aws – wie jedes KI-basierte System – notorisch vorurteilsbehaftet und daher fehleranfällig sind. So liegen bspw. bei Gesichtserkennungssystemen die Fehlerkennungsraten der zugrundeliegenden Algorithmen bei Gesichtern, die als weiblich, afroamerikanisch oder asiatisch klassifiziert werden, häufig deutlich

höher als bei männlich und weiß gelesenen Gesichtern, wobei mögliche Überschneidungen dieser Kategorien die höchsten Fehlerquoten aufweisen. Der Grund hierfür ist, dass in den Datensätzen, mit denen die Algorithmen trainiert werden, weiße männliche Gesichter zumeist deutlich überrepräsentiert sind und der Algorithmus daher besser darin ist, genau diese zu erkennen.³ Während bereits der polizeiliche Einsatz von fehleranfälligen Gesichtserkennungssystemen schwerwiegende Konsequenzen haben kann, hat diese als „machine bias“ bezeichnete Eigenschaft von KI-basierten Systemen im militärischen Kontext zumeist sogar tödliche Folgen. Das Zielerkennungssystem eines Aws könnte z.B. Zivilist*innen als Kombattant*innen identifizieren, weil es bestimmte äußerliche Merkmale oder Verhaltensweisen fehlinterpretiert, oder weil es andere, für das richtige Verständnis der Situation relevante Faktoren übersieht. Die Unterscheidung von Kombattant*innen und Zivilist*innen ist allerdings nicht der einzige Punkt, in dem ein fehlerhaftes Aws völkerrechtlich betrachtet problematisch wäre. Ebenso zentral für das humanitäre Völkerrecht ist die auf dieser Unterscheidung basierende Abwägung und Wahrung der Verhältnismäßigkeit von potenziellen zivilen Opfern eines Angriffs auf ein legitimes militärisches Ziel (die sog. „Kollateralschäden“). In eine solche Abwägung müssen zahlreiche Aspekte und Faktoren miteinfließen. Vorab festgelegte quantitative Relationen genügen hier keineswegs. Daher gibt es auch ebenso viele Einfallstore für Vorurteile und Fehlleistungen einer „intelligenten“ Kampfmaschine, insofern dieser entsprechende Aufgaben übertragen werden. Nicht zuletzt deshalb betonen militärische Akteure, dass die Letztentscheidung über Kriegshandlungen mit potenziell tödlichem Ausgang weiterhin beim Menschen verbleibt – obwohl es rein technisch gesehen mittlerweile möglich sei, den kompletten Observation-Orientatation-Decision-Action-(OODA)-Zyklus einem Aws zu überlassen.

Dennoch gibt es ausreichend Grund zur Skepsis. Denn auch wenn die Zielidentifikation nicht unmittelbar zu einem Angriff auf das Ziel führt, sondern zunächst durch einen Menschen überprüft und bestätigt werden muss, ist



keinesfalls gewährleistet, dass ein fehlerhafter Output ohne Konsequenzen bleibt. Zahlreiche empirische Untersuchungen über den Einsatz algorithmischer Entscheidungsunterstützungssysteme zeigen, dass die Benutzer*innen den Output der Systeme kaum infrage stellen und sogar dazu neigen, diese als unfehlbar zu betrachten und somit einem automation bias unterliegen.⁴ Ein solcher automation bias hat im militärischen Kontext bereits zu mehreren tödlichen Entscheidungen beigetragen, unter anderem bei einem Einsatz des Patriot-Raketensystems der US-Armee, das 2004 während des Irakkrieges einen britischen Tornado und eine amerikanische F/A-18 abschoss.⁵ Ein automation bias führt zu zwei Arten von Fehlern: Bei einem „commission error“ folgen die Benutzer*innen einer fehlerhaften Empfehlung eines automatisierten Entscheidungsunterstützungssystems. Übertragen auf das Szenario Aws würde dies bedeuten, dass das System Zivilist*innen fälschlicherweise als Kombattant*innen identifiziert, die Bediener*innen diesen Output jedoch nicht hinterfragen und dementsprechend, ohne es zu wissen, einen Angriff auf Zivilist*innen autorisieren. Bei einem „omission error“ hingegen, übersehen die Benutzer*innen kritische Situationen, wenn diese nicht bereits vom System erkannt werden. Übertragen auf das Szenario Aws würde dies bedeuten, dass sie eine Gefahr, z.B. einen feindlichen Panzer oder Raketenwerfer, erst gar nicht zur Kenntnis nehmen, insofern diese vom Aws nicht als mögliche Ziele identifiziert wurden – was ebenfalls tödliche Folgen haben könnte (in diesem Fall für die eigenen Truppen).

Aber auch wenn menschliche Bediener*innen nicht einem automation bias unterliegen, sondern den Output eines Systems kritisch hinterfragen möchten, garantiert dies noch keine Meaningful Human Control. Denn es stellt sich die Frage, wie Menschen den Output eines auf

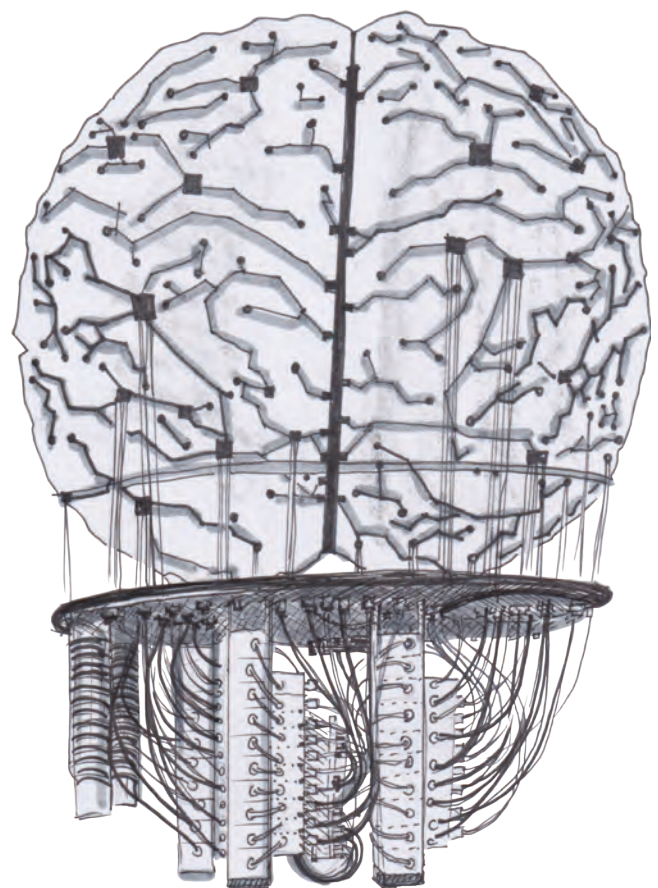
KI-basierenden Systems überhaupt hinreichend verstehen könne, um eine informierte Entscheidung zu treffen. Denn dessen Verstehen würde letztlich eine detaillierte Erläuterung der verarbeiteten Daten und der Datenverarbeitungsmethoden erfordern und hängt zugleich von der Komplexität der Algorithmen und dem Fachwissen der jeweiligen Bediener*innen ab. Bei Algorithmen aus dem Bereich des Maschinellen Lernens und insbesondere bei Künstlichen Neuronalen Netzen, die bei Bildverarbeitungsanwendungen wie der Zielerfassung besonders leistungsfähig sind, wären sogar Expert*innen aus dem Bereich der Informatik ggf. nicht in der Lage, die Funktionsweise des Systems im Detail zu verstehen. Daher wird ein KI-basiertes Entscheidungsunterstützungssystem selbst bei vollständiger Transparenz für den Anspruch einer Meaningful Human Control zum Problem, ganz zu schweigen von daraus resultierenden Fragen strafrechtlicher Verantwortung für militärische Handlungen. Denn diese liegt immer bei einem Menschen, unabhängig davon, wieviel Autonomie einem System, das in Entscheidungsprozesse involviert ist, zuerkannt wird.⁶

Schienen diese Fragen noch vor kurzem eher hypothetischer Natur zu sein und der Einsatz von Aws in realen Kriegskontexten ein Zukunftsszenario, so haben insbesondere die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten gezeigt, dass KI-basierte Kampfdrohnen und Zielfindungssystemen bereits zu einem zentralen Element gegenwärtiger Kriegsführung geworden sind – mit den uns bekannten katastrophalen Folgen. Umso wichtiger ist es, dass bereits seit 10 Jahren versucht wird, im Rahmen der UN-Rüstungskontrolle (der *UN-Konvention über Bestimmte Konventionelle Waffen*) verbindliche Regulierungen für *letale autonome Waffensysteme* (LAWS) zu erwirken – bisher allerdings ohne Erfolg. In erster Linie, da dies nicht im Interesse der Nationen ist, die solche Systeme

me entwickeln, bereits einsetzen oder es in Zukunft beabsichtigen. Das sind im Wesentlichen die USA, Großbritannien, Israel, Russland und China. Auf der anderen Seite stehen neben einigen internationalen NGOs insb. Akteure aus dem Globalen Süden, die sich für ein Ächtung von LAWS einsetzen. Deutschland hat sich zusammen mit Frankreich zwar für ein Verbot von sog. vollautonomen Waffensystemen eingesetzt, möchte aber gleichzeitig den Einsatz von sog. teilautonomen unter bestimmten Voraussetzungen ermöglichen. Diese Position muss in Zusammenhang mit der Entwicklung des *Future Combat Air Systems* (FCAS) betrachtet werden, das von beiden Nationen zusammen mit Spanien und Belgien entwickelt wird. FCAS soll hochgradig autonom agierende Drohnen und ein KI-basiertes Entscheidungsunterstützungssystem beinhalten und ab etwa 2040 den Kern der europäischen Luftstreitkräfte bilden. Als Alternative zu rechtlichen Regulierungen werden seit einigen Jahren freiwillige Selbstverpflichtungen präsentiert, in denen staatliche und militärische Akteure erklären, ausschließlich „vertrauenswürdige, erklärbare und transparente“ KI zum Einsatz zu bringen. So findet sich mittlerweile in einer Reihe von offiziellen militärischen Dokumenten ein freiwilliges Bekenntnis zum Leitbild der verantwortungsvollen militärischen KI („Responsible AI in the Military Domain“).⁷ Letztlich ist es aber fragwürdig, ob diese freiwilligen Selbstverpflichtungen ein effektives Mittel der Rüstungskontrolle darstellen können. Insbesondere wenn sie rechtliche Regulierungen nicht ergänzen, sondern ersetzen, was gegenwärtig der Fall zu sein scheint. Die gegenwärtige globale Polarisierung und Militarisierung erzeugt ein Klima, in dem für ein Verbot oder zumindest ein vorläufiges Moratorium von Aws wenig Raum ist. Eher ist zu erwarten, dass die globale Verbreitung von Aws in Zukunft noch zunehmen wird. Denn KI-basierte Kampfdrohnen sind wesentlich preisgünstiger als Kampffjets. Gerade kleine Drohnen mit relativ kurzer Flugzeit und geringer Nutzlast sind in der Anschaffung und im Betrieb vergleichsweise preisgünstig. Der größte Kostenfaktor sind hier Softwarekomponenten. Aber auch diese Kosten sind kaum mit den Gesamtkosten für die Entwicklung der F-35 oder des FCAS vergleichbar. Es ist also davon auszugehen, dass Kosten einen zunehmend geringen Faktor bei der globalen Verbreitung KI-basierter Militärtechnologien darstellen. Das türkische Unternehmen Baykar hat bspw. seine KI-Kampfdrohne Bayraktar TB2 eben nicht nur in die Ukraine exportiert, sondern auch in zahlreiche afrikanische und asiatische Staaten, wo sie bereits in mehreren Kriegen zum Einsatz gekommen ist. Ob sich beim Einsatz dieser Systeme eine Meaningful Human Control realisieren lässt und ob dies überhaupt von militärischer Seite gewollt ist, bleibt eine offene Frage. Grund zum Optimismus gibt es wenig. Umso wichtiger ist es, weiter auf ein Verbot von Waffensystemen hinzuwirken, die das Prinzip einer Meaningful Human Control konterkarieren.

Anmerkungen

- ¹ Altmann, Jürgen (2019). Autonomous Weapon Systems – Dangers and Need for an International Prohibition. In Christoph Benzmlüller & Heiner Stuckenschmidt (Hrsg.), KI 2019: Advances in Artificial Intelligence. 42nd German Conference on AI, Kassel, September 23-26, 2019: Proceedings, Cham: Springer, S. 1-17.
- ² Article 36 (2016). Key elements of Meaningful Human Control. www.article36.org.
- ³ Hälterlein, Jens (2024) Biometrische Gesichtserkennung – Technologischer Solutionismus für mehr Sicherheit. In: CILIP Bürgerrechte & Polizei 134. www.cilip.de.
- ⁴ Skitka, L. J., Mosier, K. L. und Burdick, M. (1999): Does automation bias decision-making? In: International Journal of Human-Computer Studies 51 (5), S. 991-1006.
- ⁵ Cummings, M. L. (2015): Automation Bias in Intelligent Time Critical Decision Support Systems. In: Harris, D. und Li, W.-C. (Hg.): Decision Making in Aviation. London, S. 289-294.
- ⁶ Barlag, Schirin & Beck, Susanne (2024). Menschlichkeit im Krieg? Die Bedeutung von „Meaningful Human Control“ für die Regulierung von autonomen Waffensystemen. *Ethik und Militär*, Heft 1, S. 60-67.
- ⁷ French Ministry of Armed Forces (2019): Artificial Intelligence in Support of Defence. Report of the AI Task Force. www.defense.gouv.fr. NATO (2021): An Artificial Intelligence Strategy for NATO. www.nato.int. U.S. Department of Defense (2020): DoD Adopts Ethical Principles for Artificial Intelligence. www.defense.gov.



Forschung mit friedlichen Zielen

Forschung mit zivilen und friedlichen Zielen an Teilchenbeschleunigern, geht das überhaupt?

von Hannes Jung

In der Teilchenphysik, wie sie am CERN in Genf und am Forschungszentrum DESY in Hamburg betrieben wird, geht es um die ganz großen Fragen: Wie ist unser Universum aufgebaut, wie sind Protonen und Neutronen, die Bestandteile der Atome und Moleküle aufgebaut – aus Quarks und Gluonen, den Klebeteilchen für die Quarks. Und warum gibt es uns? Die Gluonen, die Klebeteilchen, brauchen keine Quarks, sie sprechen mit sich selbst. Um all das zu erforschen, brauchen wir sehr hohe Energien und dafür brauchen wir Teilchenbeschleuniger.

CERN, das internationale Zentrum für Teilchenphysik in Genf, wurde auf der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges gebaut, von Wissenschaftler*innen aus Ländern, die Jahre vorher noch im Krieg gegeneinander standen. Es wurde 1954 gegründet und mit ihm wurde die Science4Peace¹ Idee geboren. Die Grundlagenforschung ist universell, die Frage nach dem Ursprung des Universums ist unabhängig von nationalen und politischen Interessen. Damit war eine Möglichkeit gegeben, in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit Vertrauen und gegenseitigen Respekt aufzubauen und damit wurde auch eine Möglichkeit zum Austausch eröffnet. In der Satzung² des CERN steht in Artikel 2: „Die Organisation darf sich nicht mit Arbeiten für militärische Zwecke befassen und die Ergebnisse ihrer experimentellen und theoretischen Arbeit sind zu veröffentlichen oder anderweitig allgemein zugänglich zu machen.“

Kooperation mit der Sowjetunion

In einem CERN-Bericht³ von 1975 steht: „Die erfolgreiche wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem CERN und Instituten in der Sowjetunion [...] wird häufig als Beispiel dafür angeführt, was im Bereich der Ost-West-Beziehungen erreicht werden kann. [...] Es kam schon oft die Frage auf, wie diese Zusammenarbeit in einer Zeit zustande kam, als die politischen Kontakte minimal waren und warum sie so erfolgreich war.“ In der Satzung⁴ des Instituts in Dubna (JINR) steht: „In all seinen Handlungen fördert das Institut die Nutzung von Kernenergie ausschließlich für friedliche Zwecke, zum Wohle der ge-

samten Menschheit.“ Die ersten direkten Kontakte gehen zurück bis 1955, in dem Bericht heisst es: „[...] es gab ein zweiwöchiges Treffen am CERN [...] an dem eine große Zahl sowjetischer Physiker teilnahm, ...“.

Am CERN gab es seit dieser Zeit immer wieder und immer mehr Kooperationen mit der damaligen Sowjetunion und vielen anderen Ländern des Ostens, zuletzt waren Russland und das Institut JINR in Dubna als Beobachter beim CERN Council, dem höchsten Gremium von CERN.

Ein wunderschönes Beispiel für erfolgreiche wissenschaftliche Zusammenarbeit im Sinne von „Schwerter zu Pflugscharen“ ist der Bau eines Teils des Detektors des CMS-Experiment am LHC bei CERN: Es wurde Messing von sehr hoher Qualität benötigt. Die russischen Kolleg*innen erinnerten sich daran, dass die Marine Messing von hoher Qualität für Patronenhülsen in den 1940er Jahren benutzt hatte und davon noch Millionen in Militärbeständen lagerten. Die Zustimmung zur Benutzung dieses Materials kam recht schnell aus dem russischen Marine-Kommando und aus 15 Marinebeständen wurden diese Hülsen verladen, dann in Belarus eingeschmolzen und als Absorber-Material im CMS-Detektor bei CERN verbaut. Ein wunderschönes Beispiel für internationale Kollaboration und gegenseitiges Vertrauen durch wissenschaftliche Zusammenarbeit⁵. *Was kann man sich als eine bessere Verwendung von Patronenhülsen vorstellen?*

Ausschluss russischer Wissenschaftler*innen

All das hat sich mit dem Beginn des Ukraine-Krieges fundamental geändert. In Deutschland wurden sämtliche Kooperationen mit Russland beendet, russische Wissenschaftler mussten Institute verlassen, sogar Wissenschaftler*innen bei DESY, die seit mehr als 20 Jahren in Deutschland lebten und arbeiteten, wurde der Email- und Computer-Zugang entzogen. CERN hat erstmal die Kooperationen auf Eis gelegt. Im letzten Dezember hat das CERN Council beschlossen, dass die Kooperation mit Russland nicht mehr weitergeführt wird und die Verträge Ende November 2024 enden. Lediglich die Kooperation mit JINR wird weitergeführt, allerdings weiterhin unter

sehr strengen Sanktionen. Viele russische Wissenschaftler mussten daraufhin CERN verlassen, haben keinen Zugang mehr zu den Messdaten. Abgesehen vom finanziellen Beitrag Russlands zum Bau des LHC und zum Aufbau des Experiments (ca. 10 %), werden die intellektuelle Urheberschaft und das intellektuelle Eigentum in Frage gestellt und aufgelöst.

Aber die Entscheidung des CERN Council wurde öffentlich von einigen Wissenschaftler*innen kritisiert, das Science4Peace Forum hat Veranstaltungen dazu organisiert, Unterschriften gesammelt und Artikel gegen den Ausschluss von Wissenschaftler*innen veröffentlicht⁶. Zum ersten Mal in der Geschichte des CERN wurde die Wissenschaft unter das Primat der *west-europäischen* Politik gestellt.

Bis dato war nur einmal in der Geschichte des CERN ein Land mit seinen Instituten ausgeschlossen worden, und zwar während der Jugoslawienkriege 1992, als Serbien und Montenegro unter UN-Embargo standen⁷. Wohlgemerkt, das war auf Grundlage eines Beschlusses des UN-Sicherheitsrates. Die Entscheidung des CERN Council, die Kooperationen mit Russland nicht weiterzuführen – nach über 65 Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit – markiert tatsächlich eine Zeitenwende. Eine west-europäische Sichtweise hat sich durchgesetzt und einen west-europäischen Block in der Wissenschaft gebildet.

Vorgaben der west-europäischen Politik

Die Konsequenzen dieser Zeitenwende sind noch nicht abzusehen. Die russischen Wissenschaftler*innen sind frustriert über das Verhalten ihrer „westlichen“ Kolleg*innen, die so moralisch argumentieren. Wie kann es sein, dass mit solcherlei Doppelmoral gemessen wird, einer Doppelmoral, die natürlich nicht nur auf die Wissenschaft beschränkt ist. Israel führt einen schrecklichen Krieg gegen die Bevölkerung von Gaza und auch der Westbank. Israel ist Mitgliedstaat des CERN, mit der Palästinensischen Autonomiebehörde gibt es Kooperationsverträge. Niemand stellt die Zusammenarbeit in der Wissenschaft mit Israel in Frage, und das ist auch gut so: Wir müssen im Gespräch miteinander bleiben. Der neue US-Präsident droht offen Grönland und Panama mit Militärgewalt, sollten sich diese Länder den Wünschen der US-Regierung widersetzen. Ein Ausschluss von US-Wissenschaftler*innen würde diese Politik allerdings nicht ändern.

Eine Ausgrenzung von Wissenschaftler*innen kann keine Lösung sein, damit würde nur eine Isolation gefördert, anstatt für eine Politik der gemeinsamen Forschung und friedlichen Zusammenarbeit einzutreten. Isolation kann sehr gefährlich sein, weil man legitime Interessen der anderen nicht mehr zulässt und ernst nimmt.

Die Doppelmoral und Ausgrenzung auch am CERN werden höchstwahrscheinlich sehr große Konsequenzen haben: Welches Land wird sich an zukünftigen Projekten

finanziell beteiligen wollen, wenn die Gefahr besteht, dass man ausgeschlossen wird? Ganz vielen Wissenschaftler*innen ist es unbegreiflich, warum man zugelassen hat, dass ein solch erfolgreiches Projekt wie CERN den kurzfristigen politischen Zielen geopfert wird. In einem sehr guten Artikel im CERN Courier⁸ unter dem Titel „Science For Peace? More than ever!“ hat der ehemalige Direktor des CERN, Herwig Schopper, schon 2022 betont, dass man die Brücken nicht abbrechen soll, weil es ein *danach* geben wird, und man miteinander im Gespräch bleiben muss.

In den vielen Jahren, auch während des kalten Krieges und danach, war Science4Peace eine schöne Floskel, die immer wieder gern benutzt wurde. Es ist unendlich beschämend und eine Schande, dass gerade in einer Zeit, wo Science4Peace eine Rolle hätte spielen müssen, von den meisten Wissenschaftspolitiker*innen nichts oder zu wenig dazu unternommen wurde. Noch heute gibt es Beschränkungen für die Teilnahme von russischen Wissenschaftler*innen bei wissenschaftlichen Konferenzen und bei gemeinsamen wissenschaftlichen Publikationen, z.B. am DESY⁹. Aber viele haben sich daran gewöhnt.

Mit dem Krieg gegen die Ukraine wurde wieder ein Feindbild aufgebaut, zuerst begründet durch die Ablehnung des völkerrechtswidrigen Krieges. Aber sehr schnell wurde klar, dass es um weit mehr geht. In einem Bericht der DFG und Leopoldina zu „Wissenschaftsfreiheit und Sicherheitsinteressen in Zeiten geopolitischer Polarisierung“¹⁰ heißt es: „Wissenschaft und Innovationskraft werden infolgedessen auch in Europa und Nordamerika zunehmend als geopolitischer Machthebel identifiziert, um Widerstands- und Wettbewerbsfähigkeiten im Sinne nationaler Sicherheitsinteressen zu stärken.“ Damit wird versucht, die Wissenschaft als geopolitisches Machtmittel einzusetzen, im Kampf gegen eine vermeintliche Bedrohung aus dem Osten. So wie die wissenschaftlichen Kooperationen mit Russland und Belarus zuerst problematisiert wurden, um dann beendet zu werden, so werden heute schon Kooperationen mit China, aber auch z.B. mit Kuba problematisiert, ganz im Sinne einer recht aggressiven Außenpolitik der USA.

Wissenschaft für militärische Interessen?

Schon 2022 hat acatech¹¹ empfohlen, „im Bereich der Sicherheitsforschung aktiver [zu] werden“ und im Sinne von nationaler Resilienz sollen nun Forschungsinstitute und Universitäten, die bisher auf zivile und friedliche Forschung fokussiert waren, für eine weitere Militarisierung vorbereitet werden. Dies wird in Positionspapieren der EU-Kommission¹² und des BMBF¹³ übernommen.

Während das DESY-Direktorium in der Umsetzung der Sanktionen gegen russische Wissenschaftler*innen schon eine Vorreiterrolle in Deutschland gespielt hat, wurde nun ein weiterer Schritt unternommen: im Juni 2024 hat das Direktorium des DESY bei einer Belegschaftsversamm-

lung angekündigt, eine Diskussion zu starten¹⁴, ob die strikte Trennung von ziviler und militärischer Forschung noch zeitgemäß sei und ob militärische Forschung bei DESY in Zukunft möglich sein sollte. Anstelle von militärischer Forschung wird nun von „sicherheitsrelevanter Forschung“ gesprochen, man möchte den Zusatz „zivil“ aus dem Leitbild¹⁵ streichen, wie Der Spiegel berichtet¹⁶.

Mit diesem Vorstoß hat das DESY-Direktorium einen weiteren Schritt hin zur Forschung im Dienste bestimmter politischer Vorstellungen unternommen. Aber es regt sich großer Widerstand: von Mitarbeiter*innen bei DESY wurde eine Unterschriftenliste gestartet, um sich gegen die Öffnung für Militärforschung zu wenden – und vor allem zu erklären: Ohne mich! Diese Kampagne wurde von vielen DESY-Beschäftigten unterstützt und hat inzwischen auch auf change.org¹⁷ recht viele Unterstützer*innen.

Mit den Sanktionen gegen russische und belarussische Wissenschaftler*innen bei CERN aber auch an deutschen Universitäten und Forschungseinrichtungen wurde ein sehr *großer Schritt* getan, um die Wissenschaft unter die Vorgaben der Politik zu bringen. Es war erstaunlich, dass nur wenige Tage nach dem Angriff auf die Ukraine die Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen¹⁸ schon Sanktionen gegen russische Wissenschaftler und Kooperationen beschlossen hatte. Beachtenswert ist, dass sich einige Universitäten, wie z.B. die Universität Hamburg, den Publikationsbeschränkungen von DESY nicht angeschlossen haben¹⁹.

Nicht in unserem Namen

Die Debatte um die Zivilklausel²⁰ in Deutschland und insbesondere in Forschungsinstituten wie dem DESY ist sehr gefährlich. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges haben zu Zivilklauseln geführt, auch und gerade in internationalen Instituten, wie z.B. dem CERN. Bei DESY stand lange Zeit Rüstungsforschung überhaupt nicht zur Debatte.

Aber natürlich lassen sich alle wissenschaftlichen Erkenntnisse in verschiedene Richtungen anwenden, das ist nichts Neues. *Schwerter zu Pflugscharen*: mit einem Pflug kann man auch töten, aber der Sinn eines Pfluges ist ein anderer als der Sinn eines Schwertes. Mit der Debatte um Dual-Use und dem Argument, dass man die Anwendung oft nicht voraussehen könne, versucht man in der Diskussion abzulenken, man versucht zu verwischen, dass es sehr oft eindeutige Zuordnungen gibt.

Schon jetzt gibt es Interesse des Militärs an der Forschung bei DESY, wie der Spiegel kürzlich berichtet hat²¹. Mit einer weiteren Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auf 3,5 oder mehr (was nahezu einer Verdopplung gleichkommt), werden die Mittel für rein zivile Forschung abnehmen. Dadurch sollen Forschungsinstitute über die Finanzierung gezwungen werden (sofern sie es nicht freiwillig tun), Forschung zu militärischen Zwe-

cken zuzulassen. Damit wird eine fatale Forschungspolitik eingeführt, die Forschung und Wissenschaft unter die (zum teil recht aggressiven) geopolitischen Ziele unterordnet.

Es ist wichtig, dass sich Wissenschaft und Forschung diesem Zugriff widersetzen. Nicht nur die Institute sind gefordert, sondern jede einzelne Wissenschaftler*in und Mitarbeiter*in an Universität und Forschungseinrichtungen. Aber auch Lehrer*innen an Schulen müssen deutlich sagen: *Nicht in unserem Namen* und die Kampagne von Science4Peace unterstützen.²²

Anmerkungen

- ¹ CERN - who-we-are / our-history, home.cern.
- ² Convention for the establishment of a European organization for nuclear research, 1953, cern.ch.
- ³ A History of the Collaboration Between the European Organization for Nuclear Research (CERN) and the Joint Institute for Nuclear Research (JINR), and with Soviet Research Institutes in the USSR, 1955-1970, cern.ch.
- ⁴ CHARTER of the Joint Institute for Nuclear Research, 1992, jinr.ru.
- ⁵ The CMS Hadron Calorimeter, 2011.
- ⁶ M. Albrecht et al, Beyond a Year of Sanctions in Science, arxiv.org, 2023. A. Ali et al, A Science4Peace initiative: Alleviating the consequences of sanctions in international scientific cooperation, arxiv.org, 2024.
- ⁷ CERN and the UN Embargo against Serbia and Montenegro, home.cern, 1993.
- ⁸ H. Schopper, Science For Peace? More than ever!, cerncourier.com, 2022.
- ⁹ DESY Direktorium, Measures taken by DESY in response to the Russian invasion of Ukraine, desy.de, 2022.
- ¹⁰ Leopoldina und DFG, Wissenschaftsfreiheit und Sicherheitsinteressen in Zeiten geopolitischer Polarisierung, sicherheitsrelevante-forschung.org, 2024.
- ¹¹ J-D. Wörner, Chr. M. Schmidt, Chr. M., Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit, acatech.de, 2022.
- ¹² EU Kommission, On options for enhancing support for research and development involving technologies with dual-use potential, europa.eu, 2024.
- ¹³ BMBF, Positionspapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Forschungssicherheit im Lichte der Zeitenwende, bmbf.de, 2024.
- ¹⁴ N. Gessner, Militärforschung am DESY? Mitarbeiter in Sorge, *Hamburger Morgenpost*, mopo.de, 2024.
- ¹⁵ Mission und Leitbild von DESY, desy.de, 2013.
- ¹⁶ M.Hasse, M. Schlak, Zeitenwende in der Wissenschaft - Krieg und Forschung, spiegel.de, 2025.
- ¹⁷ Opening civil research facilities to military projects is NOT IN OUR NAME!, change.org, 2024.
- ¹⁸ Allianz der Wissenschaftsorganisationen: Solidarität mit Partnern in der Ukraine-Konsequenzen für die Wissenschaft, helmholtz.de, 2022.
- ¹⁹ archive.org.
- ²⁰ Bestehende Zivilklauseln, zivilklausel.de, 2025.
- ²¹ M.Hasse, M. Schlak, Zeitenwende in der Wissenschaft - Krieg und Forschung, spiegel.de, 2025.
- ²² Opening civil research facilities to military projects is NOT IN OUR NAME!, change.org, 2024.

Binäre Konstruktionen von Freund und Feind

von Barbara Stauber

Differenzsetzen ist im Angesicht der aktuellen Kriege¹, in denen so viel Menschenverachtendes passiert, in denen das Völkerrecht genauso wie die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, die alles dominierende Logik. Bei denen, die den Krieg kommentieren, und bei denen, die direkt in den Krieg involviert sind, sowieso. In meinem Beitrag argumentiere ich, dass Differenzsetzungen eigentlich immer verleugnen, wie stark mit dem Unterscheiden eine Relation hergestellt wird, dass das Unterscheiden gar nicht geht ohne ein Auftrennen von zwei Seiten, die womöglich gerade durch dieses Auftrennen aufs Engste miteinander verbunden werden. Immer wird dabei die Bezogenheit verleugnet. Das ist alles nicht neu. Ich werde hier also lediglich zuspitzen, was mit diesen machtvollen Logiken des Differenzsetzens verbunden ist, die uns in Kriegszeiten immer wieder nahegelegt werden und die so unentrinnbar erscheinen. So kostet es einige Kraft, den militärischen Überlegungen *nicht* zu folgen, *nicht* mit den Strategien des Krieges mitzugehen, nicht mitzuüberlegen, wie Putin als der klare Aggressor im Krieg gegen die Ukraine in Schach gehalten werden könnte, sondern einen Schritt – m.E. ist es der entscheidende Schritt – herauszutreten aus diesem dominanten Diskurs, und sich klarzumachen, dass auch dieser Krieg wieder nur Verlierer*innen haben wird. Wobei die Verluste ungleich verteilt sind – auch dies ein Kennzeichen der Kriege, die immer auf dem Rücken der marginalisierten Gruppen ausgetragen wurden. Mein Beitrag ist gegliedert anhand von drei Thesen, die miteinander zusammenhängen:

These 1: Im Krieg wird Differenz zugespitzt

Es wird unterschieden zwischen Freund und Feind, und – häufig quer zu dieser dominanten Differenzlinie – es wird unterschieden zwischen betrauerbaren und nicht betrauerbaren Leben.

Judith Butler² hat 2010 in „Raster des Krieges“³ diese ungleiche Betrauerbarkeit von Menschen herausgearbeitet – ausgehend von der Feststellung, dass Leben offensichtlich, vor allem aber mit Blick auf die weltweiten Migrationsbewegungen und ihre unzähligen, eben: zahllo-

sen Opfern, ungleich bewertet wird. Diesen Gedanken einer ungleichen Betrauerbarkeit von Menschen (bzw. von deren Tod) radikalisiert sie 2020 in ihrem Buch „Die Macht der Gewaltlosigkeit“⁴ noch einmal und verstärkt in diesem Kontext ihr Bekenntnis zur Interdependenz. Sämtliche Vorstellungen von Gewalt, sämtliche Versuche der Legitimierung von Gewalteinsatz (auch zum Zwecke der „Vergeltung“ oder der „Verteidigung“) verdanken sich ihrer Argumentation zufolge Differenzsetzungen, die letztlich auf einer Ungleichheit, genauer: einem Ungleichmachen von betrauerbaren und nicht-betrauerbaren Leben beruhen. Es ist eine Differenzlinie von existenzieller Bedeutung, die hier gezogen wird.

Nach Butler folgt die Kriegslogik geradezu einem biopolitischen Rassismus, einer „rassischen Phantasmagorie“ der Ungleichheit und der Ungleichwertigkeit. „Rassische“ Phantasmagorie deshalb, weil hierbei eine andere „Rasse“, gar „Spezies“ erfunden wird, um die Nicht-Betrauerbarkeit denk-möglich zu machen.

Das betrifft eben nicht nur das Freund-Feind-Schema. Diese existenzielle Differenz verläuft (und auch das gehört zu den eher verleugneten Aspekten des Krieges) in der Regel quer zum Freund-Feind-Schema. Die Verlierer*innen sind diejenigen, deren Körper für den Krieg eingesetzt werden. Unterhalb der offensichtlichen Differenzlinie gehen also weitere Differenzen auf: so wurden auch im Rahmen der russischen (Teil-)Mobilmachung Angehörige von Minderheiten überproportional stark eingezogen.⁵ Es wird also unterschieden zwischen Körpern (Menschen!), die zu schonen sind, und solchen, die geopfert werden können.

Das Freund-Feind-Schema überdeckt geradezu die Frage: wer muss für diesen Krieg sein Leben lassen? Wer nicht? Die Unterscheidung zwischen betrauerbaren und nicht-betrauerbaren Leben ist also noch viel subtiler, und auch viel grausamer... Und sie führt direkt zur zweiten These:

These 2: Im Krieg wird Homogenität konstruiert – und Heterogenität verleugnet

Freund-Feind-Schemata sind unzulässig generalisierende Schablonen, die in Kriegen zumeist nationalen Zuord-

nungen folgen (und damit zumeist auch ethnisierenden oder kulturalisierenden Zuordnungen, Zuordnungen nach Religion wie auch nach Geschlecht⁶). Sie übergehen die Tatsache, dass wir – noch in der kleinsten Gruppe – nicht von Homogenität ausgehen können, sondern von u.U. sehr heterogenen Lebenslagen und Positionierungen. Dies trifft auf die Frage der Haltung zum Krieg in ganz besonderer Weise zu. Weder auf der einen noch auf der anderen Seite sind die Menschen geschlossen *für* eine militärische Auseinandersetzung, auf beiden Seiten gibt es *auch* Kritik am Krieg – vor allem an dem „Blutzoll“, den kriegerische Dynamiken ganz selbstverständlich einfordern und einkalkulieren.

Das grobe Freund-Feind-Schema übergeht ganz bewusst diese Heterogenität – es tut vielmehr alles, um Homogenität zu erzeugen. Das beginnt bei der Zensur freier Berichterstattung und hört beim Verbot von bestimmten, als regimekritisch erklärten Vokabeln noch lange nicht auf.

Doch genau diese (verleugnete) Tatsache der Heterogenität ist möglicherweise auch das, was die beiden Seiten verbindet. Auf beiden Seiten gibt es das Leid der Verletzten, auf beiden Seiten gibt es die schmerzliche Erfahrung des Verlustes so vieler überwiegend junger Menschen, auf beiden Seiten gibt es Erfahrungen von sexualisierter Gewalt als Kriegsstrategie. Überall sind es Geliebte, Verwandte, Nahestehende, die sterben mussten oder denen unglaubliche Gewalt angetan wurde. Und nicht überall sind die Menschen bereit, einen so hohen Preis für militärische Errungenschaften zu zahlen.

Die Kritik an den Zwangsrekrutierungen sowohl in Russland als auch in der Ukraine zeigt dies überdeutlich. Auf beiden Seiten gab und gibt es die Praxis des sich Verweigerns und des Desertierens – trotz Androhung höchster Strafen. Und womöglich verbindet die jeweiligen Deserteure sehr vieles – genauso wie die trauernden Mütter und Partner*innen womöglich sehr vieles verbindet.⁷

Seit jeher ist es die Figur des Deserteurs, welche die Logik des Krieges massiv untergräbt und die während der Kriege so unglaublich bedrohlich erscheint:

„In heroischen Kriegsgeschichten hat der Deserteur keinen Platz. Zu eingebraunt ist darin die Reizfigur vom feigen Soldaten, der im Schutze der Nacht vom Posten schleicht, die schlafende Einheit im Stich lässt, wegrennt vor patriotischer Pflichterfüllung und männlicher Ehre. Als pazifistisches Symbol eignet er sich aber genauso wenig, flieht er doch meist aus persönlichen Gründen. Der Deserteur passt nirgendwo so richtig rein, jede Kriegserzählung stört er wie ein unliebsamer Zwischenton.“ (Beer 2022)⁸

So sind diejenigen, die desertieren, mit Vorwürfen, mit Stigmatisierung, mit Kriminalisierung, mit Feindseligkeit auch noch nach der gelungenen Flucht konfrontiert. Denn sie bedrohen die in Kriegszeiten verstärkten binären Gender-Konstrukte wie Held – Feigling, Gehorsam – Verrat, Ehre – Verbrechen, Männlichkeit – Weiblichkeit. Sie

werden in den Kategorien hegemonialer Männlichkeit daher zu einem Nichts. Kriegsdienstverweigerung ist ganz offensichtlich *keine legitime Position*; in Kriegszeiten soll vielmehr getötet werden und es soll die unbedingte Bereitschaft gezeigt werden, für die nationalen Ziele zu sterben. Das ist die dominante Logik, nach der im Kriegsregime Legitimität und Illegitimität verteilt bzw. voneinander abgegrenzt wird.

Zwischentöne, wie sie die Figur des Deserteurs ins Spiel bringt, sind Gift in den Homogenisierungszwängen des Krieges. Genau sie sind es, die am stärksten verfolgt werden. Sie sind nicht legitim, sie stören das kriegerische Narrativ zu sehr. Nichts scheint kriegstreibenden Regierungen ein größerer Dorn im Auge zu sein als die Artikulation derer, die nicht zustimmen, die eventuell sogar Bündnisse eingehen, oder die selbst als Hybrid(isiert)e eine Zwischenposition einnehmen.

Die Gegenstimmen brauchen immer mehr Mut – doch es gibt sie, die vielen Aktivist*innen, die der Polarisierung entgegneten.⁹ Es sind genau die jetzt verteufelten Gegenstimmen und Zwischentöne, auf die später rekurriert werden wird: Sie bilden jetzt schon die Brückenpfeiler, auf die nach den Kriegen aufgesetzt werden kann. Sie sind es, die nicht im aussichtslosen Freund-Feind-Binarismus erstarren, sondern schon heute über das Morgen nachdenken.

These 3: Verleugnete Angewiesenheiten

Krieg verleugnet die Beziehungen und Angewiesenheiten zwischen denen, die in dieser Freund-Feind-Binarität gegeneinandergestellt werden, die aber vor kurzem noch Nachbar*innen waren, Kolleg*innen, Handelspartner*innen, Urlaubsgäste und Gastwirt*innen, vielleicht sogar Freund*innen, Geliebte, Familienmitglieder.

Mit der Kriegslogik wird die fundamentale Inter-Dependenz allen Lebens in Abrede gestellt. Diese Angewiesenheit wurde in den ersten Monaten nach dem russischen Angriff auf die Ukraine deutlich: Weltweite Handelsketten bei nahezu monopolisierten Strukturen haben Menschen rund um den Globus in ein unglaublich starkes Regime der Abhängigkeit gebracht, dem sie – je nach ihrer „fatal-natalen geopolitischen Positioniertheit“ (Mecheril 2020)¹⁰ – in unterschiedlich existenzieller Form ausgeliefert waren. Eine Abhängigkeit, wie sie sich als „conditio humana“ der Angewiesenheit von Menschen aufeinander und ihre Verletzbarkeit (Janssen 2020)¹¹ auf sehr allgemeiner Ebene beschreiben lässt, und sich anhand von gestoppten Getreidelieferungen (mit der Folge von Hungersnöten), der ungleichen Betroffenheit von Lieferengpässen und nicht zuletzt der Gefahr einer nuklearen Katastrophe von globalem Ausmaß konkretisiert. Und immer schon, doch nun verstärkt: Hunger, Armut, Tod, Vertreibung. Dies alles in Gebieten, in denen ohnehin bereits prekärste Situationen und größte Verwundbarkeit herrschen. Schon immer ungleich wertvolle Leben.

Gleichzeitig wäre das Eingeständnis der Angewiesenheit aufeinander auch der erste und unabdingbare Schritt in Richtung einer Beendigung des Krieges. Angewiesenheit aufeinander im beiderseitigen Niederlegen der Waffen, Angewiesenheit aufeinander im Aufeinanderzugehen, in den ersten, zweiten und allen weiteren Schritten von Verhandlungen. Darin liegt auch eines der stärksten Argumente der Kriegsgegner*innen: daran zu erinnern, dass die verfeindeten Parteien ohnehin irgendwann diesen Schritt aufeinander zu machen müssen, dass sie (nicht nur in diesem Punkt) aufeinander *angewiesen* sind, irgendwann diesen Schritt zu tun. Kriegsgegner*innen stellen die Frage: Wenn dem so ist – warum macht ihr diesen Schritt erst dann, wenn alles vernichtet ist?

Diese Angewiesenheiten aufeinander bestehen vor, während und nach den Kriegen. Sie hören nicht auf, im Gegenteil: Sie sind der existenzielle Ausgangspunkt für das Entwickeln von friedlicher Koexistenz. Das gilt selbst für die zugespitzte Form der Fremdheit, um die es in diesem Abschnitt geht: die der Feindschaft. Historische Beispiele (etwa: das Beispiel Deutschland – Frankreich) zeigen, wie ehemalige „Erbfeindschaften“ überführt werden können in ein freundschaftliches Koexistieren.

Sumaya Farhat-Naser hat in jahrelanger Friedensarbeit an den Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz zwischen Palästinenser*innen und Israelis gearbeitet. Ihre Erkenntnis: immer geht es um eine Anerkennung des Schmerzes der anderen. Es geht um das Bereitstellen von Räumen, in denen dieser Schmerz einander mitgeteilt werden kann, in denen zugehört wird, in denen im besten Fall ein Verständnis für den Schmerz der anderen entsteht. Es müssen Räume und Gelegenheiten geschaffen werden, in denen der Schmerz der anderen Anerkennung findet (Osman 2024)¹². Und in denen womöglich festgestellt werden kann, dass sich bei aller Unterschiedlichkeit Vieles in diesem erfahrenen Leid ähnelt. Diese Räume, die Farhat-Naser und ihre Mitstreiter*innen so mühevoll geschaffen haben, wurden durch erneute Vergrenzungen¹³ systematisch zerstört.

Was hat das Überwinden von Feindschaften für eine Perspektive?

Herauszutreten aus der Kriegslogik bedeutet innezuhalten – dies ist übrigens auch die einzige Chance für Deeskalation: innehalten, nicht sofort zum Gegenschlag ausholen.¹⁴ Denn Kriege haben eine treibende Dynamik, die inzwischen medial umso stärker forciert wird. Eine treibende Dynamik, von der nicht nur die Kriegsparteien, sondern auch die internationalen Öffentlichkeiten mitgerissen werden sollen.

Deeskalationsprojekte haben eine hierzu gegenläufige eigene Zeitlichkeit – bei der Deeskalation um Innehalten. Schon dieses Innehalten ist innerhalb des Krieges eine immense Herausforderung – ist doch das Kunststück zu

vollbringen, dass sich die Parteien, die sich gerade noch zu Unmenschen erklärt haben, wieder als Menschen (an)erkennen müssen.

Doch erst wenn dieses Kunststück gelingt, wenn auf diese andere Zeitlichkeit umgestellt werden kann, dann hat auch eine andere Logik als die der Kriegslogik wieder eine Chance.

Anmerkungen

- ¹ Und viele Kriege (wie der Krieg im Jemen) werden permanent vergessen, gelangen (wie der Krieg im Kongo) nicht in den westlichen Aufmerksamkeitsradius, gehören (wie der nicht enden wollende und nun wieder eskalierende Krieg zwischen Palästina und Israel) schon zum Alltag ...
- ² Ich zitiere in diesem Text häufig Judith Butler, auch wenn ihre Einschätzung, beim Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 handele es sich nicht um Terror, sondern um bewaffneten Widerstand, zurecht auf sehr viel öffentliche Kritik gestoßen ist. Ihre Überlegungen zu den Dynamiken des Krieges und ihre Ideen zur Macht der Gewaltlosigkeit werden hierdurch nicht weniger wichtig.
- ³ Judith Butler (2010): „Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen“. Frankfurt/New York: Campus.
- ⁴ Judith Butler (2020): „Die Macht der Gewaltlosigkeit“. Frankfurt: Suhrkamp.
- ⁵ Vgl. hierzu Anastasia Tikhomirova (2022): „Teilmobilisierung in Russland –Eine traumatische Erfahrung“, taz.de.
- ⁶ FRIEDA (2024): „Geschlechter(un)gerechtigkeit und Krieg: eine Analyse zu geschlechtsspezifischer Gewalt im Nahostkrieg“, www.frieda.org.
- ⁷ Vgl. das Friedensprojekt von Sumaya Farhat-Naser (2002): „Verwurzelt im Land der Olivenbäume. Eine Palästinenserin im Streit für den Frieden“, Basel: Lenos.
- ⁸ Beer, Joshua (2022): „Der Deserteur stört jede Kriegserzählung“, sueddeutsche.de.
- ⁹ So etwa Gil Shohat, der von den Bündnisaktivitäten von Knessetabgeordneten, von Aktivist:innen, von der jüdisch-arabischen Graswurzelorganisation Standing Together (Omdim Beyachad) berichtet. Gil Shohat (2023): „Krieg im Nahen Osten - Logik der Solidarität“, taz.de.
- ¹⁰ Mecheril, Paul (2020): Gibt es ein transnationales Selbstbestimmungsrecht?: Bewegungsethische Erkundungen, in: Beiträge zum 26. Kongress der DGfE, S. 101-118.
- ¹¹ Janssen, Angela (2018): Verletzbar Subjekte. Grundlagentheoretische Überlegungen zur *conditio humana*. Opladen – Berlin – Toronto: Budrich UniPress.
- ¹² Joana Osman (2024): „Der Schmerz der anderen“, republik.ch.
- ¹³ Achille Mbembe, (2018): „Sicherheit und Migration: Die große Vergrenzung. Europa sperrt Menschen in Lager und beansprucht das Privileg der Bewegungsfreiheit für sich“, taz.de.
- ¹⁴ Vgl. hierzu Thomas Nielebock (2024): „Deeskalation aktiv angehen – ein Denkanstoß“, kontextwochenzeitung.de.

Eigentlich unglaublich,
dass ihnen das immer wieder gelingt ...

Deinem Urgroßvater haben sie erzählt:
Gegen den Erbfeind.
Für das Vaterland.
Und er hat das tatsächlich geglaubt.
Und was hat er gekriegt?
Granatsplitter in Beine
und Kopp
vor Verdun.

Deinem Großvater sagten sie:
Gegen die slawischen Horden.
Für die abendländische Kultur.
Er hat das wirklich geglaubt.
Was hat er gekriegt?
Bauchschuss und
einen verrückten Kopp
vor Stalingrad.

Deinem Vater erzählen sie jetzt:
Gegen die Völkermörder.
Für die Menschenrechte.
Für den Frieden.
Unglaublich – er glaubt's.
Was er wohl kriegt?
und wo wird das sein –
diesmal?



Eigentlich unglaublich (2024), Acryl auf Leinwand, 90 x 70 cm.

Eigentlich unglaublich

... Kontinuitäten des deutschen Militarismus

Das Bild „Eigentlich unglaublich“ ist im Laufe des Jahres 2024 entstanden und bezieht sich auf den gleichnamigen Liedtext von Franz Josef Degenhardt, der 1996 veröffentlicht wurde.

Auf dem Bild ist links ein Soldat zu sehen, der im ersten Weltkrieg für Deutschland gekämpft hat. Er hat ein Bein verloren und offenbar eine Verletzung am Kopf. Er fasst den Soldaten, der neben ihm steht, an die Schulter. Dieser trägt eine Nazi-Uniform, er scheint körperlich unversehrt, hält aber eine Flasche billigen Branntwein in der Hand und es wirkt beinahe, als hätte er sich eingemischt. Auch bei ihm hat der Krieg Spuren hinterlassen. Er fasst dem dritten Soldaten an die Schulter. Der wirkt frisch und motiviert, er salutiert und trägt eine moderne Bundeswehr-Uniform mit NATO-Abzeichen. Er ist offenbar noch nicht im Krieg gewesen.

Im Hintergrund links der Mitte ist die Ruine der Kirche des französischen Dorfs Oradour abgebildet. Sie steht für die unzähligen Opfer der Kriege und Verbrechen, in die Deutschland verwickelt war, und für die mangelhafte Aufarbeitung des deutschen Faschismus in der BRD. Am 10.6.1944 ermordete die Waffen-SS fast alle Einwohner von Oradour und zerstörte das Dorf vollständig. Die Frauen und Kinder wurden von den SS-Männern in die

Kirche gebracht und dort ermordet; nur eine Frau überlebte dieses Massaker. Die Täter wurden in der Bundesrepublik Deutschland nie strafrechtlich zur Verantwortung gezogen. Einer der Täter wurde von der Staatssicherheit aufgespürt und 1983 in der DDR zu lebenslanger Haft verurteilt. Das von Florence Hervé herausgegebene Buch „Oradour – Geschichte eines Massakers / Histoire d’une massacre“ mit Fotografien von Martin Graf dokumentiert das Geschehen und die unzureichende Aufarbeitung.

Hinten rechts im Bild ist die Konzernzentrale von Thyssen-Krupp in Essen zu sehen. Sie steht für die Unternehmen, die immer wieder die treibenden Kräfte hinter den imperialistischen Bestrebungen Deutschlands waren und sind. Thyssen-Krupp spielt aktuell nicht mehr ganz vorne mit, dagegen ist beispielsweise der Aktienkurs von Rheinmetall seit Anfang 2022 um über 500 Prozent gestiegen. Die Anleger und Aktionäre sind es, die, wie Clara Zetkin es ausdrückt, „Geld ohne Ekel aus einer Kloake und ohne Entsetzen aus einem Blutmeer aufheben“ Clara Zetkin: Kunst und Proletariat. Dietz Berlin 1977. S. 83.

*Sophie Linde ist Künstlerin und veröffentlicht ihre
Bilder unter @keinezeitfuerkunst.
Kontakt: keinezeitfuerkunst@gmx.de.*

Gibt es Hoffnung?

Brüchiger Waffenstillstand in Gaza

von Pablo Flock

Am 19. Januar 2025 trat endlich wieder ein Waffenstillstand zwischen der israelischen Regierung und der Hamas in Gaza in Kraft. Einerseits bietet diese erst zweite Feuerpause in dem über 15 Monate dauernden Krieg eine lang ersehnte Erleichterung für die rund zwei Millionen im zerbombten Gazastreifen siechenden Menschen und ein Ende dieses Horrors für die israelischen Geiseln und ihre Familien. Zugleich wären die Absprachen tatsächlich geeignet, das Fundament für einen nachhaltigen Frieden zu bieten. Bisher sind auch alle Gefangenenaustausche erfolgreich und nur mit kürzeren Verzögerungen wegen Unstimmigkeiten zwischen Israel und den bewaffneten Gruppen in Gaza verlaufen und die Hamas kündigte Anfang Februar, also im Zeitplan, an, dass die Verhandlungen über die zweite Phase des Waffenstillstands mit Israel begonnen hätten.¹

Jedoch scheint eine gütliche Einigung zwischen den Opponenten doch sehr fraglich, seitdem der neue US-Präsident Donald Trump bei einer Pressekonferenz während des Besuchs des israelischen Premierministers Anfang Februar verkündete, dass die USA den Gazastreifen als „Eigentümer“ „besitzen“ und zur „Riviera des Nahen Ostens machen“ wollten – wofür die palästinensische Bevölkerung nach Ägypten oder Jordan umgesiedelt, also vertrieben würde. Zudem drohen die rechtsextremen Koalitionspartner Netanyahus wiederholt mit dem Platzen der Regierungskoalition und selbst gemäßigte Israelis scheinen das Abkommen teilweise als Niederlage zu interpretieren. Könnten Trumps, über die Abmachungen im Waffenstillstand hinausgehenden, Forderungen einer sofortiger Freilassung aller Geiseln, sowie seine Aneignungspläne ernst gemeint sein und bald (erneut) die „Hölle“ dort ausbrechen?

Diese Äußerungen und die Aussichten auf Frieden und Gerechtigkeit in der Region werden hier gegen Ende diskutiert. Zuerst werden jedoch die drei Phasen der durch Abgesandte der katarischen, ägyptischen und der aktuellen und früheren US-amerikanischen Regierungen vermittelte Feuerpause erklärt, die nach Bekanntwerden am 15. Januar 2025 auch schnell begann, nun aktuell jedoch schon wieder in Frage steht.

Drei Phasen des Waffenstillstands

In der ersten, sechs Wochen dauernden Phase sollen nun vorerst 33 israelische Geiseln und über 1000 palästinensische Gefangene freigelassen bzw. ausgetauscht werden, in einem Verhältnis von 1 zu 3 im Falle von Palästinensern mit lebenslangen Haftstrafen, denen überwiegend tödliche Attacken auf Israelis vorgeworfen werden, und 1 zu 27 im Falle von palästinensischen Zivilist*innen. So beziffern es von Zeitungen wie der Times of Israel und dem arabischen Middle East Eye veröffentlichte Abschriften des Deals.² Dies begann direkt am Wochenende des Beginns des Waffenstillstands mit der Rückführung von drei verwundeten und kranken israelischen Geiseln und 90 Palästinenserinnen, nach Vertrag eigentlich 110 Kämpfern der bewaffneten Gruppen in Gaza, nach Medienberichten jedoch hauptsächlich Frauen und Kinder.³ Als nächstes solle Israel 1000 seit dem 8. Oktober 2023 Gefangengenommene freilassen, die nicht am Ausbruch und den Massakern des 7. Oktobers 2023 beteiligt waren, und die Hamas alle männliche Senioren unter den Geiseln und alle vorher Gefangengenommene, sogenannte „Shalit“, im oben genannten Verhältnis gegen palästinensische Gefangene eintauschen. Bis zum 8. Februar 2025 kamen laut Al Jazeera 18 israelische Geiseln und 550 Palästinenser*innen in fünf Runden der Austausch aus ihrer Gefangenschaft frei.⁴

Außerdem sollen sich die israelischen Streitkräfte während dieser Phase auf bis zu 700m von der Grenze Gazas zurückziehen und palästinensische Zivilisten binnen Wochen zurück in ihre – nun eher einem Geröllfeld oder Schutthaufen gleichende – Heimat im Norden Gazas zurückkehren dürfen. Bei der Durchquerung des den Norden Gazas abtrennenden, während des Kriegs von Israel errichtete Netzarim-Korridors mit Autos und anderen Fahrzeugen sollen die Rückkehrenden Berichten zufolge durch US-amerikanische und ägyptische Sicherheitsfirmen auf Waffen kontrolliert werden.⁵ Der 12 km breite Philadelphi-Korridor, der Gaza und Ägypten trennt, bleibt vom israelischen Rückzug ausgenommen. Sobald alle weiblichen Geiseln nach Israel zurückgekehrt seien,



Zerstörung in Gaza, Foto: UNRWA/fairuse.

dürfen verwundete und kranke Palästinenser*innen über den Grenzübergang von Rafah zur Behandlung nach Ägypten reisen, was ebenso schon begonnen hat. Sogar bis zu 50 verwundete palästinensische Kämpfer dürfen pro Tag, nach Billigung Israels und Ägyptens, zur Behandlung ausreisen.

Während dieser Gefangenentausche und des Rückzugs müssen auch die Details für spätere Phasen des Waffenstillstands ausgehandelt werden, bevor diese in Kraft treten können. Klar ist schon, dass die zweite Phase die Rückführung aller israelischer Geiseln und den vollständigen Rückzug der israelischen Armee beinhalten soll. In der letzten Phase soll dann diskutiert werden, wie Gaza in Zukunft regiert werden soll, die letzten leiblichen Überreste israelischer Soldaten zurückkehren und zusammen mit internationalen Partnern ein Wiederaufbauplan für Gaza ausgehandelt werden. Die Palästinensische Autonomiebehörde hat schon Interesse an der Verwaltung des Gazastreifens angemeldet und die Hamas ihre Machterhalt nicht zur Voraussetzung gemacht. Dass diese letzten beiden Phasen tatsächlich realisiert – und selbst nur die erste komplett abgeschlossen – werden, ist natürlich alles andere als garantiert.

Netanyahus Betonung in verschiedenen Reden und Interviews, dass sowohl der zu Abkommensabschluss noch amtierende US-Präsident Joseph Biden, als auch der mittlerweile inaugurierte Präsident Donald Trump zugesichert hätten, dass dies nur eine temporäre Feuerpause sei, und Israel stets zur Kriegführung zurückkehren könne, deuten wohl in eine andere Richtung.⁶

Nur ein kurzer Waffenstillstand vor 13 Monaten

Der Waffenstillstand ist in jedem Falle, selbst wenn er ggf. nicht zu einer dauerhaften Waffenruhe oder Frieden

führt oder das auch nicht einmal intendiert wäre, wichtig und lange überfällig. Bisher gab es nur sechs Wochen nach Beginn des Krieges eine kurze einwöchige Feuerpause Ende November 2023. Seitdem war der größtenteils mehrfach vertriebenen, in Zelten frierenden und weggeschwemmten, auch in humanitären Zonen bombardierten und im Norden ausgehungerten Bevölkerung Gazas kein Moment des Aufatmens, der kurzen Sicherheit gegönnt.

Während dieses ersten kurzen Waffenstillstands wurden 110 von den insgesamt 237 in den Gazastreifen verschleppten Geiseln freigelassen. Im Gegenzug entließ Israel damals insgesamt 290 von 350 zur Entlassung freigegebenen palästinensischen Gefangenen. Jedoch hatte Israel allein in der Woche dieses Waffenstillstands, wie Al Jazeera schreibt, schon wieder „ungefähr die selbe Anzahl in der Westbank und Ostjerusalem festgenommen.“⁷

Spezielle Arithmetik israelisch-palästinensischer Gefangenentausche

Gerade unter mit der Thematik nicht so sehr befassten Nachrichten-Leser*innen, aber auch bei skandalisierenden Medienschaffenden, begegnet man immer wieder Unverständnis für die Verhältnisse, in denen palästinensische und israelische Gefangene ausgetauscht werden. Denn, wie wir sehen, bewegen sich diese zwischen einer israelischen Person gegen drei Palästinenser*innen in Zeiten großer Bedrängnis der palästinensischen bewaffneten Gruppen, Hamas, PFLP, etc., wie im gerade erläuterten ersten Waffenstillstand dieses Krieges, hin zu 30 Palästinenser*innen für eine israelische Geisel in Zeiten großen israelischen Interesses.

Dieses Verhältnis ist im Interesse sowohl vonseiten der Hamas, die sich als effektive Verhandlungsmacht und

„Befreierin“ – und somit durch die Geiselnahmen trotz ihrer militärtechnischen Unterlegenheit überhaupt als handlungsfähig inszenieren kann, als auch der israelischen Regierung, die inszenieren kann, wie viele palästinensische Leben ihr ein israelisches angeblich Wert sei – obwohl sie den Krieg in die Länge zog und Geiseln dabei tötete – und damit auch Vorstellungen von Höherwertigkeit unterfüttert. Andererseits ist es natürlich auch einfach nur Produkt der Realität, dass Israel als Besatzungsmacht viel mehr „Gefangene“ nehmen kann – was sich nicht nur an den 1000 seit dem 8. Oktober 2023 Gefangenen genommenen zeigt, sondern auch an den laut der palästinensischen Prisoner Support and Human Rights Association Addameer 10.400 politischen Gefangenen, darunter 3.376 ohne Anklage Festgehaltene und 320 Kinder⁸ sowie 5 palästinensische Abgeordnete der Selbstverwaltung (Stand am 7.1.2025, also vor den aktuellen Freilassungen).⁹ Angesichts dieser großen Zahl von Häftlingen ohne Anklage und mit meist nur geheimen (vorgeschobenen?) Indizien und Klagen, muss man sich auch fragen, inwieweit das sprachliche Framing von „Geiseln“ gegen „Gefangene“ der Wirklichkeit entspricht. Nicht nur sind unter den am 7. Oktober 2023 verschleppten „Geiseln“ auch viele Angehörige der Streitkräfte, die streng genommen als Kriegsgefangene und nicht kriminell verschleppte Zivilist*innen gelten sollten, es sind eben auch viele Zivilist*innen unter den sogenannten „Gefangenen“ Israels.

Gerade bei prominenten Persönlichkeiten wie der nun freigelassenen Khalida Jarrar, Politikerin und Expräsidentin der erwähnten Gefangenen- und Menschenrechtsorganisation Addameer, die nun ebenfalls für Monate ohne Anklage in Isolationshaft festgehalten wurde, lassen sich eben nicht nur Vorwürfe wie Kollektivbestrafungen, sondern auch staatlicher Geiselnahme machen. Und auch wenn die israelischen Geiseln in den zwei Phasen des Waffenstillstands hoffentlich alle freikommen, wird die Gefahr für die Palästinenser*innen, willkürlich oder aus Repression verschleppt und eingesperrt zu werden, vermutlich nicht vorbei sein.

Der regionale Krieg macht nur eine lokale Pause

Und selbst wenn sich der Waffenstillstand in eine nachhaltige Waffenruhe in Gaza übersetzen ließe, zeigt Israels vermehrte Gewalt gegenüber dem Westjordanland und ihr Bruch des Waffenstillstands im Libanon sowie die Besetzung von Teilen Syriens, dass der regionale Krieg keineswegs als beendet gesehen wird. Die beständige Erweiterung des Gebiets, inklusive der Zerstörung der Dörfer und Städte in Grenzgebieten, gehört zudem weiterhin zu jeder Front und Kampfphase der israelischen Inanspruchnahme ihres „Rechts auf Selbstverteidigung“.

Direkt nachdem der Waffenstillstand in Gaza in Kraft trat, intensivierte Israel die militärischen Schläge auf Ziele im Westjordanland, besonders in Jenin, dem sogenann-

ten Geflüchtetenlager, wo sich aus den von Israel besetzten Gebieten vertriebene Palästinenser*innen ansiedelten und wo seit dem Angriff auf Gaza paramilitärische Gruppen aus Solidarität mit den Menschen in Gaza Angriffe auf Israel verübten. Zuvor war seit Dezember 2024 besonders die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) selbst gegen diese Gruppen vorgegangen. Nachdem die IDF jedoch über 20 Gebäude in der Stadt sprengte – die zuerst als Infrastruktur der Terroristen benannt wurden, nach Insiderberichten jedoch einfach breiteren Straßen für Militärfahrzeuge Platz machen sollte¹⁰ – bat nun am 2. Februar 2025 der Präsident der PA den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, sich in einer Notfallsitzung mit dem Krieg Israels gegen die palästinensische Bevölkerung im Norden des Westjordanlands zu befassen.¹¹ Unterfüttert wird diese Forderung durch eine Veröffentlichung des Büros des Hochkommissars für Menschenrechte der UN selbst. Diese kritisiert neben den verschiedenen menschenrechtlichen Themen das Zusammenfallen der staatlichen Gewalt im besetzten Westjordanland „mit einer beispiellosen Ausweitung der Siedlungen, bewaffneter Siedlergewalt, Vertreibung, Entvölkerung und Landbeschlagnehmung durch den Staat Israel“ sowie durch Siedlermilizen. Schockierend hierbei ist nicht nur die seit Langem größte Vertreibung von über 90% der rund 20.000 Menschen, die in Jenin lebten. Beispielsweise wurden in zwei Jahren seit Januar 2023 auch fast so viele palästinensische Kinder (224) durch die IDF und Siedlergewalt getötet, wie in den 18 Jahren seit Beginn der Zählung durch OCHA im Jahr 2005 zuvor.¹²

Verbot humanitärer Hilfe – und Überwindung des Völkerrechts

Das Verbot der Sonderorganisation der Vereinten Nationen für Palästinensische Geflüchtete (UNRWA), das Ende Januar 2025 in Kraft getreten ist, wird von Vielen ebenso als ein Angriff auf die gesamte palästinensische Zivilbevölkerung gesehen. Die Organisation stemmt nicht nur den Löwenanteil der humanitären Hilfe für die verbleibenden rund 2 Millionen größtenteils obdachlosen Menschen im Gazastreifen. Sie betreibt fast alle Schulen, Krankenhäuser und Gesundheitszentren im Westjordanland, in denen Palästinenser*innen kostenlosen Zugang zu Bildung und Krankheitsversorgung bekommen können, sowie Müllabfuhren etc.¹³ Israel verbot die Organisation im Herbst 2023 wegen vorgeblicher Teilnahme von über 1.000 Mitarbeitern am Angriff und Terror der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen auf Israel am 7. Oktober 2023. Eine Untersuchung der UN, die auch Materialien der israelischen Regierung verwendete, konnte zwar keine Belege dafür finden, dass Mitarbeiter wirklich daran beteiligt waren. Es wurden jedoch neun Mitarbeiter*innen entlassen, bei denen eine Beteiligung nicht ausgeschlossen werden konnte.¹⁴ Auch die Vorwürfe Israels, man habe von der Hamas gebaute Tunnel unter den Lie-

genschaften der Organisation gefunden, wies die Organisation damit zurück, dass stets wenn sie solche entdeckt hätten, diese mit Beton gefüllt und gemeldet hätten. Trotzdem ist das Verbot der Betätigung in israelischem und besetztem Gebiet nun in Kraft. Israelische Behörden dürfen nicht mehr mit der Organisation kooperieren (oder sich auch nur koordinieren) und im besetzten Ostjerusalem darf sie nicht mehr agieren. Wer die Aufgaben nun übernehmen soll, ist unklar. Israel wünscht sich, dass andere UN-Organisationen dies nun erledigen. Doch das ARD zitiert den deutschen, bisherigen Chef der UNRWA im Westjordanland, dessen Arbeitsvisum nun auch beendet ist und der nicht glaubt, „dass die Aufgaben des Palästina-Flüchtlingshilfswerkes so ohne weiteres von anderen übernommen werden können. UNRWA sei die einzige UN-Organisation, die direkte Dienstleistungen erbringt. Es gebe auch keine andere UN-Organisation, die wie die UNRWA vor Ort sei, die nötige Zahl von Mitarbeitern und Liegenschaften habe - und das Vertrauen und den Zugang zur Bevölkerung.“¹⁵

In der von der von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) publizierten Zeitschrift Internationale Politik und Gesellschaft argumentiert der Referent der FES für die Region mit Verweis auf ein Paper des PRIO Middle East Centers, dass wohl Teile der UNRWA nun versuchen würden durch „Re-Labeling“, also „Umetikettieren“ durch die Verwendung von Logos und Briefköpfen anderer UN-Organisationen, weiter Hilfe zu leisten. Die Ermöglichung von humanitärer Hilfe für Gaza sei durch das Verbot so erschwert worden, dass keine ausreichende Verbesserung der Lage durch das Waffenstillstandsabkommen erwartet werden könne.¹⁶ Im eher für konservative US-Außenpolitik bekannte Foreign Policy Magazin wird das Verbot der UNRWA, trotz der schwerwiegenden wohl kurzfristigen Verschlimmerung der humanitären Lage hauptsächlich als Angriff auf den Geflüchtetenstatus und das Rückkehrrecht gewertet und somit auch auf die Zweistaatenlösung, da Israel so völkerrechtswidrig gehaltenes Territorium behalten möchte.¹⁷

Rolle der US-Präsidenten und Rezeption des Deals

Sowohl der scheidende wie auch der neue Präsident der Vereinigten Staaten hatten die Waffenstillstandsverhandlungen auch genutzt, um sich selbst zu profilieren.

Für nun Expräsident Joseph Biden war der Abschluss eines längeren Waffenstillstands nach 15 Monaten der Zerstörung Gazas durch Israel wahrscheinlich nicht nur wichtig, um sich mit dem Bild eines Friedens-Präsidenten verabschieden und sich von der durchgängigen Unterstützung dieses für Zivilisten verhältnismäßig tödlichsten Kriegs seit Dekaden (dem Genozid in Darfur 2003) scheinbar rein zu waschen. Man hat doch auch allen Grund zu glauben, dass er diesen Konflikt dem erratischen, sich an keinerlei verfassungsmäßige oder völkerrechtliche Regeln haltenden Trump in einer möglichst

friedlichen Form hinterlassen wollte, damit die Vermächtnisse und Verantwortungen der beiden Präsidenten im Falle von erneuter Eskalation und noch schlimmeren Verbrechen gegen die Menschlichkeit auseinandergehalten werden können.

Ob einer der beiden Präsidenten bzw. ihrer Gesandten wirklich den durchschlagenden Einfluss für das Gelingen der Verhandlungen hatte, können wir aus der Ferne wahrscheinlich erst später beurteilen. Sicher ist jedoch, dass Donald Trumps lautstarkes Sich-auf-die-Fahne-Schreiben des Deals viele überzeugte, dass er dies nun schon vor Amtsantritt geschafft habe. Dabei waren Trumps Äußerungen stets von maximaler Unterstützung Israels und sogar dessen völkerrechtswidrigen Expansionismus über die palästinensischen Gebiete und darüber hinaus geprägt. Zu Trumps ersten Regierungshandlungen bzw. Dekreten gehörte das Lockern bzw. Aufheben einiger Sanktionen gegen rechts-extreme israelische Siedler, die (zumindest in ihrem Land) straffrei nach Angriffen auf Palästinenser blieben. Die Autorisierung weiterer Waffenexporte nach Israel im Wert von rund 7,4 Milliarden Dollar, darunter auch Hellfire Raketen und 2000-Pfund-Bomben, deren Export Biden in den letzten Monaten wegen humanitären Befürchtungen ausgesetzt hatte,¹⁸ sowie seine Drohungen, die Hölle in Gaza ausbrechen zu lassen, wenn die Hamas nicht sofort alle Geiseln frei lasse, zeigen, dass Trump nicht wirklich an den späteren Phasen des Waffenstillstands interessiert ist.

Es ist somit höchst fraglich, ob Trump wirklich so federführend bei diesem Deal war, wie er es behauptet. Immerhin wurde der Waffenstillstand nicht nur von den rechtsextremen Parteien in Israels Regierung für so desaströs gehalten, dass Ben Gvir und seine Jewish Power Partei die Koalition verließen und Finanzminister Bezale Smotrich und seine Religious Zionism Partei mit einem Bruch mit der Koalition drohen, sollte der Krieg in Gaza nicht zumindest nach der ersten Phase wieder aufgenommen werden. Sogar gemäßigte Konservative, die Netanyahus Koalition mit den Rechtsextremen verurteilen, kommentierten: „Zum ersten Mal hat Israel gerade einen Krieg verloren“.¹⁹ Zwar ist dieser Beitrag sehr fixiert auf die Verluste Israels – neben über 400 getöteten Soldaten auch besonders den wirtschaftlichen und finanziellen Schaden – und blendet die Verluste der Palästinenser*innen sowie israelische Kriegsverbrechen, Völkerrechtsbrüche und Verbrechen gegen die Menschlichkeit komplett aus. Doch bietet er einen Einblick in die israelische Gesellschaft, wo der Abschluss der Verhandlungen im Gegensatz zu Gaza und der Westbank kaum gefeiert wurde. Besonders der Erhalt der territorialen Integrität Gazas, also keine Abspaltung des Teils nördlich des Netzarim-Korridors, und die Rückkehr der Bevölkerung dorthin, sowie der militärische Abzug Israels können durchaus als Erfolge der palästinensischen Verhandlungsführung gelten – auch wenn sie eigentlich größtenteils nur die Bestätigung völkerrechtlich garantierter Rechte sind.



Trump und Netanyahu
2018, Foto: MEMO/CC.

Die Waffen, mit denen dies erstritten wurde, waren jedoch hauptsächlich nur die Geduld und Leidensfähigkeit der bewaffneten Gruppen Gazas und der Bevölkerung. Denn die Grundrisse des Deals scheinen sich seit spätestens August 2024 kaum noch verändert zu haben, wie eine Darstellung der ARD von damals zeigt.²⁰

Zweistaatenlösung oder eher rechtsradikale Verschleppung und Genozid

Die geplanten Phasen auf der Basis des aktuellen Waffenstillstands würden die rechten und rechtsradikalen Israelis, die ihre Hoffnung auf Trump setzten und zumindest nach den letzten Wahlergebnissen und der Knessetbesetzung über 50% der Bevölkerung auszumachen scheinen, also kaum befriedigen. Kein Wunder folglich, dass Trump ihn auch immer wieder in Frage stellt: „er sei nicht sicher, dass es der Waffenstillstand in die nächste Phase schaffe.“ Trotzdem versichert Trumps Abgesandter für die Region, Steve Witkoff, ihm sei aufgetragen worden, den Übergang in die nächste Phase zu schaffen.^{middleeasteye.net}²¹ Wie passt das jedoch mit Trumps provokanten Äußerungen zusammen, an der Küste Gazas eine neue Riviera für „die Leute [er meint Superreiche] der Welt“ zu schaffen?

Natürlich garantiert uns nichts, dass der wenig berechenbare Trump diesen Plan – den sein Schwiegersohn, Jared Kushner, übrigens schon vor einem Jahr, am 15. Februar 2024, andeutete – nicht doch noch wirklich umsetzt, nachdem er Jordanien und Ägypten, sowie die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien mit anderen Druckmitteln zur Kooperation zwingen könnte. Doch mag man vielleicht auch Hoffnung aus der Interpretation ausgerechnet einer konservativen israelischen Zeitung, der Jerusalem Post, ziehen, die Trumps Plan für einerseits unrealisierbar und andererseits besonders für eine Verhandlungsfinte hält, die die umliegenden Staaten unter Druck setzen soll, mehr Engagement und Kooperationswille für eine nachhaltige Lösung aufzubringen.²² Diese könnten abgesehen von Geldern für Wiederaufbau und Sicherheitskräften für Pufferzonen o.ä. besonders

auch die Einbürgerung der Nachkommen palästinensischer Geflüchteter, die Israel nicht zurückkehren lassen will, bieten. Nach Angaben der New York Times haben Jordanien und Ägypten seitdem auch schon erste Vorschläge für den Wiederaufbau Gazas, mit Verbleib der Bevölkerung, und die Aufnahme kranker Kinder eingebracht.²³

Sollte es nun wirklich zu Verhandlungen um eine Zweistaatenlösung mit der territorialen Integrität zumindest Gazas kommen, wird Israel vor allem vom besetzten Ostjerusalem und den mit israelischen Siedlern besiedelten (besonders fruchtbaren und flachen) C-Gegenden des Westjordanlands mehr abhaben wollen, als es ihm völkerrechtlich zusteht. Doch (fast) jeder Staatsumriss eines freien Palästinas wäre für die Bevölkerung (wahrscheinlich aller Religionszugehörigkeiten in der Gegend) besser als die aktuelle Lage zwischen Krieg, Unterdrückung und Entbehrung.

Aktuell (10 bis 15.2.2025) verzögert die Hamas jedoch den Austausch weiterer Gefangener/Geiseln aus Protest gegen die offensichtlich trotzdem weitergehenden Angriffe Israels auf das Gebiet²⁴ und eine beklagte Behinderung der humanitären Hilfe. Laut der Tageszeitung junge Welt geht es dabei u.a. um eine Lieferung von „60.000 mobile[n] Häuser[n] und 200.000 Zelte[n].“²⁵ Während die dafür zuständige Einheit der israelischen Armee dies dementierte, bestätigten gegenüber der New York Times mehrere israelische Unterhändler und Offizielle die Anschuldigung, die vereinbarten Unterkünfte nicht durchgelassen zu haben.²⁶ Dessen ungeachtet fordert Trump nun ‚alles‘ von den Hamas, also die Freilassung aller Geiseln ohne irgendwelche Zugeständnisse, und nichts von Israel. Das könnte seine Art des Anfangs von Verhandlungen um tatsächliche zukünftige Lösungen sein, oder das Ende des Waffenstillstands und der Startschuss für eine tatsächliche ethnische Säuberung oder eine Verschlimmerung des mutmaßlichen Genozids.

Die noch-aktuelle deutsche Regierung unter Kanzler Olaf Scholz und Außenministerin Anna-Lena Baerbock wird wohl, trotz des jüngsten Bekenntnisses zum Völkerrecht in Anbetracht von Trumps schamlosen Aneignungs-



Israel – West Bank – Gaza-Streifen: reale Grenzen, Grafik: Wikimedia.

Äußerungen, kaum noch Gestaltungs- oder Vermittlungsposition bei der Lösung einnehmen werden. Schließlich bestand auch der bisherige Beitrag aus dem Mittragen aller US-Entscheidungen – und natürlich dem Liefern von Waffen („wir haben Waffen gesendet und wir werden Waffen senden“ - Olaf Scholz). 99% der Kriegsgüter, die Israel zwischen 2019 und 2023 importierte, kamen von den USA (69%) und Deutschland (30%).²⁷

Zudem zeichnet sich mit der Einstellung der deutschen Finanzierung für israelische NGOs, die sich gegen militärische Lösungen von Seiten Israels und für die völkerrechtlichen Rechte der Palästinenser*innen einsetzen, auch eine Abkehr Deutschlands von diesen Werten ab. In die Reihe von zwischen acht bis 15 solchen Defundings seit Oktober 2023 reihten sich kürzlich die israelische NGO Zochorot, die für das Rückkehrrecht von während der Nakba vertriebenen einsetzt, sowie die Kriegsdienstverweigerungs-Unterstützung von New Profile ein. Beide verloren zwischen 30-50% ihres Budgets durch den Entzug deutscher Gelder.²⁸

Leider zeichnet sich jedoch auch keine realistische Regierungskoalition in Deutschland ab, die Israel im Falle von erneuten Völkerrechtsbrüchen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit hier einen Riegel vorschieben und auf Menschenrechte und Völkerrecht festnageln würde.

Anmerkungen

- 1 Nidal Al Mughrabi und James Mckenzie: Hamas says talks start on second phase of ceasefire deal. reuters.com 4.2.2025
- 2 Text of the hostage-ceasefire agreement reached between Israel and Hamas. timesofisrael.com 16.1.2025; Israel-Gaza ceasefire: Full text of agreement. middleeasteye.net 15.1.2025 (mit Grafiken)

- 3 Kim Hjelmgard: 'Wave of relief and joy': Four female Israeli hostages released by Hamas in prisoner swap. eu.usatoday.com 25.1.2025
- 4 Hamas and Israel carry out fifth prisoner swap under Gaza ceasefire deal. aljazeera.com 8.2.2025
- 5 US-Söldner laut Berichten bald in Gaza stationiert. jungewelt.de 25.1.2025
- 6 Dave DeCamp: Netanyahu says that US gave guarantee that he can restart military operations in Gaza. news.antiwar.com 19.1.2025
- 7 The Israel-Hamas truce has ended: What we know so far. aljazeera.com 1.12.2023
- 8 Siehe auch: Why are there so many Palestinian children in Israeli prisons? aljazeera.com 26.1.2025
- 9 Übersicht der Gefangenen bei ADDAMEER: addameer.org/statistics.
- 10 Yaniv Kubovic: IDF razes homes in West Banks Jenin to ease troops movement through the camp. haaretz.com 2.2.2025
- 11 PA's Abbas calls for emergency UN Security Council meeting on IDF West Bank op. timesofisrael.com 2.2.2025
- 12 'No end in sight': Israeli forces attack occupied West Bank as Gaza ceasefire takes hold, say experts. ohchr.org 27.1.2025; Humanitarian Update #262 Westbank. unocha.org 6.2.2025
- 13 Isabel Debre: Fear hits East Jerusalem as Israels moves to close UN Palestinian refugee agency. apnews.com 29.1.2025
- 14 UN completes investigation in UNRWA staff. news.un.org 5.8.2024
- 15 Was wird aus der Palästinenserhilfe? tagesschau.de 30.01.2025
- 16 Konstantin Witschel: Ohne Vison. ipg-journal.de 28.1.2025
- 17 Anchal Vohra: The real reason Israel wants to ban UNRWA. foreignpolicy.com 21.11.2025
- 18 Trump genehmigt Waffenlieferungen an Israel für 7,4 Milliarden – und brüskiert US-Kongress. welt.de 8.2.2025
- 19 David K. Rees: For the first time Israel just lost a war. blogs.timesofisrael.com 15.1.2025
- 20 Jan-Christoph Kitzler: Was einer Waffenruhe im Weg steht. tagesschau.de 20.8.2024
- 21 Witkoff says Trump directed him to get Gaza ceasefire to next phase middleeasteye.net. 22.1.2025
- 22 Alex Winston: Trump's Gaza plan isn't meant to work, but that's the point – comment. jpost.com 5.2.2025
- 23 Lara Jakes, Patrick Kingsley u.a.: Gaza cease-fire imperiled as Netanyahu threatens to resume 'intense fighting'. nytimes.com 11.2.2025
- 24 Liveblog: Israel kills four Palestinians in Gaza despite ceasefire. trtworld.com 9.2.2025; Zuvor auch schon: Hosni Nedim: Israel kills two Palestinians despite ceasefire. aa.com.tr 23.01.2025
- 25 Knut Mellenthin: Trump droht der Hamas. jungewelt.de 12.2.2025
- 26 Lara Jakes, Patrick Kingsley u.a.: Gaza cease-fire imperiled as Netanyahu threatens to resume 'intense fighting'. nytimes.com 11.2.2025
- 27 Andreas Noll: War in Gaza: Germany supplies 30% of Israel's arms imports. dw.com 19.7.2024
- 28 Naomi Conrad, Birgitta Schülke: Germany defunds 2 Israeli human rights groups. dw.com 5.1.2025

**Die Langfassung weiter-
lesen auf imi-online.de**

Regelbasierte Ordnung vs. Völkerrecht

Syrien und Ukraine: Keine Waffen in Krisen- und Konfliktregionen

von Bernhard Klaus

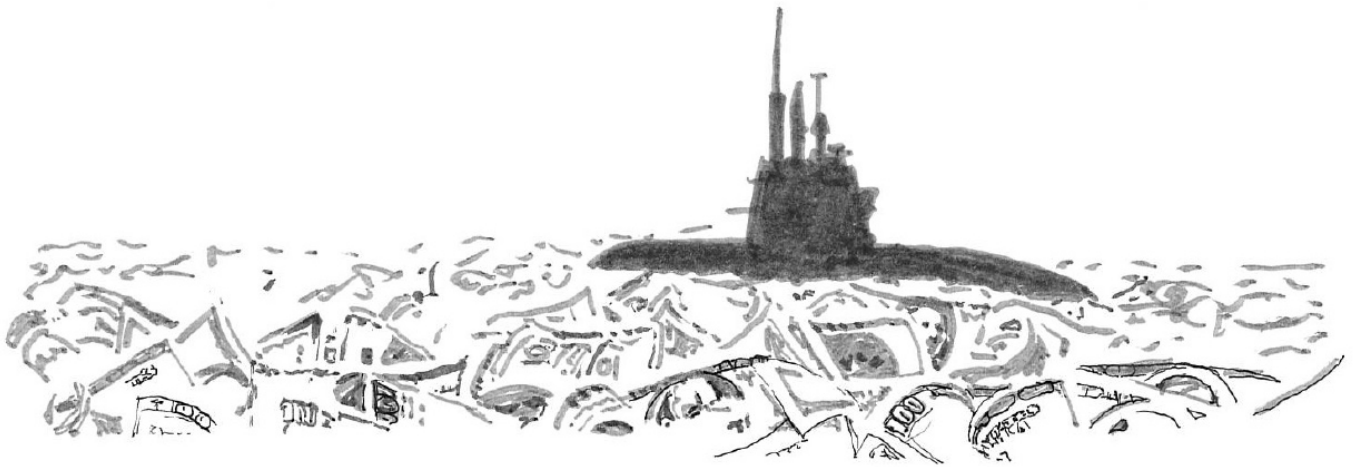
Der 8. Dezember 2024 markiert den Sturz der Assad-Regierung in Syrien, am 10. Dezember wurde Mohamed al-Baschir zum geschäftsführenden Premierminister der syrischen Übergangsregierung ernannt. Am selben Tag gaben die USA bekannt, 75 Luftangriffe auf Ziele in Syrien geflogen zu haben, während von der Türkei unterstützte islamistische Milizen von Kurden kontrollierte Gebiete im Nordwesten Syriens einnahmen. Israel sprach selbstbewusst davon, in den vergangenen 48 Stunden 480 Ziele in Syrien angegriffen und dabei u.a. nahezu die ganze syrische Marine vernichtet zu haben. Regierungschef Netanjahu hatte zuvor das Waffenstillstandsabkommen von 1974 für nichtig erklärt und drohte, „jede Bedrohung für Israel werde unerbittlich bekämpft“. Die deutschen Medien berichten darüber – überlagert von einer unvorstellbaren Debatte um Abschiebungen von Syrier*innen – ausführlich. Sehr selten wurde dabei jedoch auf völkerrechtliche Einordnungen oder die Stellungnahmen der UN eingegangen. Auch über Opfer der israelischen oder pro-türkischen Angriffe wurde quasi überhaupt nicht berichtet. Gerade die massiven israelischen Luftangriffe wurden überwiegend als eine Art Abrüstungsmaßnahme dargestellt. Insgesamt erscheint es in der deutschen Medienlandschaft als legitim und geradezu normal, dass die eigenen Verbündeten im Zuge von Bürgerkrieg und gewaltsamem Regierungswechsel das betreffende Land mit Luftschlägen überziehen und auch mit eigenen Truppen oder verbündeten Milizen in dessen Gebiet vorstoßen.

Anders als in Bezug auf die Ukraine ist hinsichtlich Syriens in westlichen Medien so gut wie nie von „Souveränität“ oder „territorialer Integrität“ die Rede. Die Türkei hatte bereits im Zuge des syrischen Bürgerkrieges Teile Syriens mit eigenen Truppen (Afrin) und über islamistische Verbündete (Idlib) de facto besetzt, die Bundesregierung zuvor die politische Führung der mit der Türkei verbündeten Freien Syrischen Armee als Regierung des Gesamtstaates anerkannt. Auch die Stützpunkte der US-Armee auf syrischem Territorium finden hierzulande selten überhaupt Erwähnung und wenn, dann fast nie mit dem Hinweis verbunden, dass sie klar völkerrechtswidrig sind. Dasselbe gilt für die regelmäßigen israelischen und

sporadischen US-amerikanischen Luftangriffe auf syrisches Gebiet, wie sie bereits im Vorfeld des jetzigen, erfolgreichen Vormarsches der verschiedenen Rebellengruppen stattfanden – vor allem im Falle Israels häufig nicht nur mit getöteten syrischen Soldaten, sondern auch Zivilist*innen. Das waren ganz klar völkerrechtswidrige Angriffshandlungen der deutschen Verbündeten – auch wenn sie mit der Präsenz der Hisbollah und deren Angriffe auf Israel begründet wurden, die allerdings nicht von Syrien aus erfolgten.

Es wird ganz offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen, denn im Falle der Ukraine, wo man im Westen tendenziell durchaus auf der Seite des Völkerrechts steht, wird dieses nicht nur regelmäßig – geradezu notorisch – zitiert, sondern gar als Verpflichtung umgedeutet, auf Seite der Angegriffenen zu intervenieren. Diese selektive Wahrnehmung und teilweise Umdeutung des Völkerrechts markiert dessen Entwertung und Umdeutung in eine „regelbasierte Ordnung“ nach Maßstäben des globalen Westens. Wer zu den Vergehen der eigenen Verbündeten – USA, Türkei, Israel – schweigt, diese mit Rüstungsgütern und Forschungskooperation sogar unterstützt, der entlarvt im anderen Falle sein Vorgehen als reine Interessenspolitik.

Hier kommen dann auch die Umdeutungen ins Spiel. So wird die Bündnisfreiheit, die natürlich jedem souveränen Staat zusteht, geradezu in eine Pflicht umgedeutet, entsprechenden Wünschen der ukrainischen Regierung nachzukommen – auch wenn sich ein Nachbarstaat dadurch bedroht fühlt. Im Falle Syriens hingegen nahm man keinen Anstoß daran, dass Israel in Reaktion auf das Bündnis mit dem Iran und der Hisbollah regelmäßig deren (mutmaßliche) Stellungen in Syrien bombardierte – wie gesagt auch mit Opfern unter der syrischen Armee und Zivilbevölkerung. Das ebenfalls unzweifelhaft bestehende „Selbstverteidigungsrecht“ jedes Staates wird im Falle der Ukraine geradezu in eine Pflicht umgedeutet, dessen Armee – koste es, was es wolle – mit allen nur geforderten Waffensystemen auszurüsten. Das Selbstverteidigungsrecht Israels wird gar so ausgelegt, dass es Angriffe auf die Nachbarstaaten, militärische Offensiven



und Landnahmen und z.B die jüngsten Drohungen gegen Syrien rechtfertigt, während ein Selbstverteidigungsrecht Syriens oder des Libanon schlicht nicht zur Debatte steht. In Analogie zum Falle der Ukraine würde das (ungeachtet der im Raum stehenden, plausiblen Vorwürfe eines Völkermordes) in der Konsequenz bedeuten, massive Sanktionen gegen Israel und alle seine Verbündeten zu verhängen und die von ihm angegriffenen Länder (146 der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben den Staat Palästina einschließlich des Gaza-Streifens anerkannt) – was immer es koste – mit Waffen (Geld, Aufklärungsdaten, ...) zu versorgen.

Auch das wäre natürlich ein Rezept fürs Desaster. Die einfache Lösung dieses Dilemmas bestünde im schlichten Grundsatz, gar keine Waffen in Krisen- und Konfliktregionen zu exportieren und z.B. die Forschungskooperation im militärisch nutzbaren Bereich einzuschränken, wenn eklatante Verstöße gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte vorliegen; eben nicht mit zweierlei Maß zu messen und das Völkerrecht nicht als Deckmäntelchen eigener Interessen und geopolitischer Ambitionen zu missbrauchen.

Kriegsdienstverweigerung

Nachdem sich eine Gerichts-Praxis etabliert hatte, russischen Kriegsdienstverweigerern einen Schutzstatus in Deutschland zu verwehren und im Zweifelsfall zur Rückreise nach Russland zu zwingen, hat jetzt erstmals ein Verwaltungsgericht entschieden, dass zwei jungen russischen Männern ein subsidiärer Schutz zusteht, wie der rbb (1.2.25) berichtet. Die bisherige Praxis bestand darin, politisch zwar die Desertion russischer Soldaten und die Kriegsdienstverweigerung in Russland zu begrüßen, aber keine Asylmöglichkeit für diese zu eröffnen. Nun ist natürlich fraglich, ob das Gericht in im Falle eines jungen Ukrainers ähnlich entscheiden würde. Das wäre zwar unter dem Gesichtspunkt eines Menschenrechtes auf die

Verweigerung eines Kriegsdienstes konsequent, aber ...

Umgekehrt fällt in jedem Fall der Bundesgerichtshof (BGH) am 16. Januar 2025 ein anderes übles Urteil: Menschen dürfen trotz einer Kriegsdienstverweigerung unter bestimmten Bedingungen in Kriegsgebiete ausgeliefert werden. Eine ausführliche Analyse dazu findet sich bei Legal Tribute Online (12.2.2025): „Die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen steht einer Auslieferung nicht entgegen, wenn das Heimatland – hier: Ukraine – völkerrechtswidrig mit Waffengewalt angegriffen wird und ein Kriegsdienstverweigerungsrecht deshalb nicht gewährleistet. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden (Beschl. v. 16.1.2025, Az. 4 ARs 11/24).“

Die Kampfdrohne als Peripheriegerät des Internets

von Christoph Marischka

„Wie eine Computermaus ist die Kampfdrohne ein Peripheriegerät des Internets“. Mit dieser frei übersetzten Aussage der ehemaligen US-Soldatin und Whistleblowerin Lisa Ling lässt sich das Thema einer Konferenz auf den Punkt bringen, die Ende November im Berliner Kunstquartier Bethanien stattfand. Thema war die „Kill Cloud“, im Prinzip die Fusion zwischen ziviler digitaler Infrastruktur und Kriegführung, zwischen Tech-Unternehmen und Rüstung. Eingeladen hatte das Disruption Network Lab, selbst eine Mischung aus Kunstprojekt, NGO und Netzwerk.

Lisa Ling erzählte dort in einem leicht nachvollziehbaren Ton ihre „autoethnographische Geschichte“ der Digitalisierung der Kriegführung. Dabei verbinden sich persönliche mit ihren professionellen Erfahrungen und mit der Geschichte des Internets. Sie zeigte Fotos von Kommandozentralen der Air Force zu Beginn ihrer Laufbahn und zehn Jahre später und von typischen Kommunikationsmitteln zur jeweiligen Zeit: Einige überdimensionierte Röhrenbildschirme und Telefone mit Wahlscheiben auf der einen Seite, den durchdigitalisierten Situation Room mit Großbild-Flachbildschirmen und verschiedenen mobilen Endgeräten auf der anderen Seite. Der Unterschied zwischen beiden: Plötzlich war alles auch ein Sensor und niemand wusste mehr, welche Daten damit in jene Cloud eingespeist werden, aus der – mittlerweile – Entscheidungen über Leben und Tod getroffen werden.

In einem eigens für die Konferenz eingereichten Paper zitiert Ling auch Meredith Whittaker, KI-Forscherin und seit September 2022 Präsidentin des verschlüsselten Messengers Signal. Whittaker erhielt den Helmut-Schmidt-Zukunftspreis 2024 und weil DIE ZEIT zu jenen Institutionen gehört, die den Preis vergeben, hat sie auch die bemerkenswerte Preisrede Whittakers unter dem Titel „Das KI-Märchen“ dokumentiert. Im Kern beschreibt sie darin, wie vermeintlich harmlose Algorithmen zur gezielten Werbung nun zur Identifikation vermeintlich legitimer militärischer Ziele – mit beträchtlichen „Kollateralschäden“ – verwendet werden: „Es [wird] berichtet, dass die israelische Armee in Gaza nach den Angriffen vom 7. Oktober neben etlichen anderen Systemen ein KI-System

namens Lavender eingesetzt hat. ... Lavender schaltet keine Werbeanzeigen, sondern setzt Menschen automatisch auf eine Tötungsliste, sobald ihre durch Überwachung gesammelten Datenmuster mit den Datenmustern angeblicher Kämpfer übereinstimmen.“

Den Einsatz von Lavender und anderen KI-gestützten Systemen bei Israels Krieg in Gaza hatte der Journalist und Filmemacher Yuval Abraham in mehreren Beiträgen für die Zeitschriften „+972 Magazine“ und „Local Call“ auf der Grundlage von Interviews mit aktuellen und ehemaligen Beteiligten aus den israelischen Streitkräften öffentlich gemacht. Seine Artikel eröffnen einen zuvor nie dagewesenen Einblick in die Schattenwelten algorithmischer Kriegführung. Grundlagen dafür sind im israelischen Fall die Daten, die über viele Jahre aus der Massenüberwachung der palästinensischen Bevölkerung gesammelt wurden. Anschließend wurden KI-Systeme wie Lavender mit den Daten vermeintlich bekannter Angehöriger der Hamas trainiert und wiesen anschließend nahezu jeder Person in Gaza einen Score zu, quasi die Wahrscheinlichkeit, mit der es sich um einen Anhänger einer militanten Gruppe handelt. Bis zu 35.000 Identitäten wurden so als Terroristen und vermeintlich legitime Ziele identifiziert. Die menschliche Kontrolle bestand im Wesentlichen darin, kurz mit diesen Identitäten verknüpfte Audio-Dateien anzuhören, um zu bestätigen, dass die entsprechende Person männlich ist. War dies der Fall, konnte ein Luftangriff auf die betreffende Person eingeleitet werden, vorzugsweise angeblich in der privaten Wohnung des Opfers. Bei einfachen mutmaßlichen Hamas-Angehörigen, die nur auf der Grundlage ihres Scores identifiziert wurden, wurden dabei bis zu zwanzig zivile Opfer als tolerierbar betrachtet. Die israelische Armee ging von einer Fehlerquote von zehn Prozent aus – auch das wurde als tolerierbar eingestuft.

Im August 2024 legte Abraham mit einem weiteren Bericht nach und beschrieb, wie die israelische Armee seit Oktober 2023 verstärkt auch auf kommerzielle Cloud-Anbieter, insbesondere Microsoft, Google und Amazon zurückgreift. Besonders eng sei demnach die Zusammenarbeit mit Amazon Web Services (Aws). Die

privaten Anbieter hätten dabei zweierlei zu bieten: ein nahezu unerschöpfliches Volumen an Rechen- und Speicherkapazität einerseits und fortgeschrittene, selbst der israelischen Armee angeblich überlegene KI-Anwendungen – die über Jahre mit Konsument*innen-Daten trainiert wurden.

Dass die Fusion von Tech-Industrie und westlichen Militärs kein neuer oder auf Israel beschränkter Prozess ist, stellten auch auf der Veranstaltung zur „Kill Cloud“ in Berlin verschiedene Referent*innen dar, darunter der Mathematiker Jack Poulson, der 2012 aus der KI-Forschung bei Google ausgestiegen war und seither für die Ngo Tech Inquiry akribisch Dokumente auswertet, die entsprechende Verwicklungen dokumentieren. In seinem Paper, das ebenfalls im Rahmen der Berliner Konferenz zur Kill Cloud veröffentlicht wurde, zeichnet er die umfassende Kooperation zwischen Tech-Branche und Militär insbesondere in den Usa anhand vieler verlinkter Quellen nach.

Nun ist die Verquickung von Militär, Rüstung und IT-Industrie keineswegs etwas Neues. Der 2011 verstorbene Medientheoretiker Friedrich Kittler etwa hatte über Jahre geradezu Spaß daran, die Unterhaltungsindustrie auf Forschung in Militärlaboren und Anwendungen im Zweiten Weltkrieg zurückzuführen und spitzte dies in der Formulierung von der „Rockmusik als Missbrauch von Heeresgerät“ zu. Auch das Internet begleiten seit seinen Anfängen zwei sehr unterschiedliche Narrative: Eine gut informierte, vielleicht auch etwas paranoide Minderheit sah darin von Anfang an ein Projekt zur Datensammlung und Auswertung durch US-Militär- und -Geheimdienstkreise auf dem Weg dahin, was seit Jahren unter dem Begriff Netzwerkzentrierte Kriegführung verhandelt wird. Diese Geschichte wird u.a. von Yasha Levine in seinem 2018 erschienenen Buch „Surveillance Valley“ nachgezeichnet. An der Oberfläche hielt sich demgegenüber ein Narrativ des durch Hippies und Tüftler geschaffenen globalen Netzwerks, das Freiräume schafft und die Welt enger zusammenrücken lässt. Sehr lange hat man Google als bis dahin wirklich beispiellose Ansammlung privater Daten sein vermeintliches Motto „Do no harm“ (Tue nichts Böses) durchaus abgenommen. Verbindungen mit Militär und Geheimdiensten gab es immer, wurden aber sehr zurückhaltend kommuniziert.

Das ändert sich seit gut zehn Jahren. Tech-Unternehmen würden im 21sten Jahrhundert eine vergleichbare Rolle spielen, wie Lockheed Martin im 20sten, prognostizierte Google CEO Eric Schmidt 2013. Im selben Jahr hat Amazon Web Services einen Auftrag im Umfang von 600 Mio. Dollar erhalten, um der CIA Cloud-Dienstleistungen bereitzustellen. 2020 wurde dieser Vertrag abgelöst durch das Projekt Commercial Cloud Enterprise, an dem neben Amazon auch die anderen großen Player beteiligt wurden: Google, Microsoft, Oracle und IBM. Neben den bekannten großen Playern drängen jedoch zunehmend Startups auf den Markt und wurden z.B. in das

„Project Maven“ einbezogen, in dem das Pentagon Technologien entwickeln ließ, mit denen Drohnenaufnahmen großflächig KI-basiert ausgewertet werden können. Vergleichbare Projekte gab es auch für die Stimmerkennung, Gesichts- und Gestenerkennung aus Überwachungskameras und die KI-gestützte Zusammenführung verschiedener Datenquellen zum Profiling und Tracking von Einzelpersonen oder Netzwerken. Vieles davon ließ sich zunächst nur anhand geleakter Dokumente nachvollziehen oder wurde durch Proteste von Angestellten bekannt. Mittlerweile jedoch prahlen Unternehmen wie Palantir und Unternehmer wie Elon Musk mit ihrer (vermeintlich) zentralen Rolle im Ukraine-Krieg, Eric Schmidt philosophiert Seite an Seite mit Top-Militärs über die KI-gestützte Kriegführung im 21sten Jahrhundert. 2021 schloss Israel mit Google und Amazon einen Vertrag über 1,2 Mrd. Dollar, die daraufhin in Windeseile Rechenzentren in Israel errichteten, auf denen seither wohl ein Großteil der Daten über die palästinensische Bevölkerung gespeichert sind.

Wie die Künstliche Intelligenz z.B. durch – ausschließlich auf die palästinensische Bevölkerung angewandte – Gesichtserkennung bereits seit Jahren in den durch Israel besetzten Gebieten dazu beiträgt, Räume zu kontrollieren und Bevölkerungsgruppen auszuschließen, beschrieb im Kunstquartier Bethanien eindrücklich Matt Mahmoudi von Amnesty Tech. Den kolonialen Kontext des „Data Extractivism“ thematisierte ebenso eindrücklich auch Shona Illingworth, die an verschiedenen Orten „Airspace Tribunals“ veranstaltet, auf denen Betroffene über die vielfältigen Belastungen berichten, die aus der alltäglichen Präsenz (unbemannter) militärischer Luftfahrzeuge über ihren Köpfen resultieren. Selbst wenn diese nicht aus buchstäblich heiterem Himmel Menschen angreifen und töten, so sammeln sie doch für die Tech-Netzwerke in den ehemaligen Kolonialmächten die Daten, aus denen auf undurchdringliche Weise jene Algorithmen trainiert werden, mit denen anderswo – oft wiederum in ehemaligen Kolonien – Menschen exekutiert werden.



„Europa“ am „Katzentisch“

– und mit Truppen in der Ukraine?

von Bernhard Klaus

Viel ist dieser Tage von „Europa“ die Rede. Insbesondere das außenpolitische Establishment Deutschlands und die politische Führung der baltischen Staaten scheinen angesichts der anlaufenden Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine geradezu in Panik zu verfallen. Vertreter*innen von Regierung und Opposition sowie zahlreiche Kommentator*innen der Leitmedien verwenden einhellig die Vokabel des „Katzentischen“, um die sich abzeichnende Rolle „Europas“ in den anstehenden Verhandlungen zu charakterisieren. Die deutsche EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen verweist in diesem Zusammenhang auf die 135 Mrd. Euro, welche die EU der Ukraine an zivilen und militärischen Hilfen bereitgestellt habe. Ziel sei ein „gerechter und nachhaltiger Frieden“ und jede Lösung müsse „die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine respektieren und durch starke Sicherheitsgarantien abgesichert werden“, so eine Mitteilung der EU-Kommission zum Treffen der EU-Kommissionspräsidentin mit dem US-Sondergesandten für die Ukraine am 18. Februar 2025. Dabei habe Von der Leyen auch angekündigt, dass die EU bereit sei, künftig noch mehr militärische Hilfe anzubieten sowie die Rüstungsproduktion und „Verteidigungsausgaben“ weiter zu erhöhen. Ganz ähnlich drückte sich am selben Tag die noch amtierende deutsche Außenministerin Baerbock aus: „Unser wichtigstes Interesse“ sei „ein dauerhafter Frieden und kein Scheinfrieden“. Deshalb solle man das erste Treffen zwischen Vertreter*innen der USA und Russlands in Riad „nicht überbewerten“. Auch Scholz sprach sich angesichts der anlaufenden Verhandlungen gegen einen „Diktatfrieden“ aus – ein Begriff, der z.B. im Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg oder dem Libanon von deutschen Regierungsvertreter*innen nicht zu hören war. Auch das IFSH (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg) greift den Begriff des „Diktatfriedens“ in einer eiligen „Kurzanalyse“ auf und behauptet: „Die Forschung über Motive russischer Sicherheitspolitik deutet darauf hin, dass ein Interessenausgleich, der Russlands territorialen Revisionismus beendet, mit diesem Kreml nicht möglich ist“. Sie fordert völlig offen: „Die

deutsche Unterstützung der Ukraine sollte Teil einer Strategie gegen Russland sein [...]“.

Diskreditierung der Verhandlungen

Es ist völlig offensichtlich: Deutsche und Europäische Eliten fürchten einen Waffenstillstand oder gar Friedensschluss in der Ukraine, zu dem selbst die ukrainische Führung mittlerweile – angesichts der Entwicklungen an der Front und der Position der neuen Regierung in den USA – offensichtlich unter großen Zugeständnissen bereit ist. Sie fordern von der Ukraine – und konkret geht es da um ukrainische Wehrpflichtige – weiterzukämpfen und stellen dafür mehr und weitere Hilfen in Aussicht. Diese werden jedoch nicht ausreichen, um die angestrebten – und völkerrechtlich durchaus legitimen – Maximalziele (territoriale Integrität, also z.B. die Rückeroberung der Krim) zu erreichen. Selbst zusammen mit den umfangreichen US-Militärhilfen, die Biden gegen Ende seiner Amtszeit noch auf den Weg gebracht hat, war es in den letzten Monaten ganz offensichtlich nicht möglich, das Blatt in der Ukraine zu wenden. Den ukrainischen Streitkräften gehen schlicht die Rekruten aus, an der Front wie im Hinterland macht sich Kriegsmüdigkeit breit, auch weil man dort weiß, dass der Krieg verloren ist. Selbst die ukrainische Führung scheint dies mittlerweile so zu sehen und ihr scheint auch bewusst zu sein, dass „Europa“ hieran nichts wird ändern können. Entsprechend sind auch aus Kiew wenige Bemühungen erkennbar, „Europa“ oder der EU mehr als einen „Katzentisch“ bei den Verhandlungen einzuräumen – wenn überhaupt. Beim „Treffen in Paris“, zu dem der französische Präsident Macron am Tag vor dem Treffen in Riad eingeladen hatte, war Selenskyj nicht – wie sonst so oft bei vergleichbaren Terminen in den letzten drei Jahren – persönlich anwesend oder per Video zugeschaltet. Es hatte lediglich vorab ein Telefonat zwischen ihm und Macron gegeben, in dem es wohl vorrangig um „Sicherheitsgarantien“ gegangen wäre – was zumindest im hiesigen Diskurs mit der Stationierung „europäischer“ Truppen nach einem wie auch immer gearteten Waffenstillstand oder Friedensschluss gleichgesetzt wird.



Verhandlungen in Riad am 18. Februar 2025 ohne die EU und die Ukraine. Foto: State Department / Freddie Everett.

„Gemeinsam gegen den Alleingang“ titelte Tageschau.de seinen Beitrag über das Treffen in Paris und fuhr fort: „Quasi im Alleingang bereiten die USA Ukraine-Verhandlungen vor. Europäer sehen sie dabei nicht am Tisch - außer der Ukraine selbst.“ Verhandlungen werden als „Alleingang“ negativ konnotiert, ein Waffenstillstand im Vornherein diskreditiert, weil Europa nicht an seiner Aushandlung beteiligt ist.

Europäische „Friedenstruppen“?

Während also deutsche Spitzenpolitiker*innen einen „Scheinfrieden“ oder „Diktatfrieden“ ablehnen und „die Ukraine“ ungehört zum weiterkämpfen animieren wollen, ist ihnen längst klar, dass es zu etwas in dieser Art kommen wird. Und während sie sich an den „Katzentisch“ verbannt sehen, diskutieren sie bereits, wie sie das Ergebnis „absichern“ können – und meinen damit Truppen in der Ukraine.

Die schwedische und die britische Regierung haben bereits mit markigen Worten angekündigt, sich an einer solchen „Friedenstruppe“ zu beteiligen, auch das deutsche Verteidigungsministerium ließ (obwohl es die Debatte darüber führt, indem es sie als „verfrüht“ zurückweist) durchsickern, mit entsprechenden Planungen begonnen zu haben. Der Umfang einer solchen Truppe wird spätestens seit 21. Januar 2025 heiß diskutiert, nachdem der ukrainische Präsident auf in Davos meinte, die „Europäer“ sollten für eine solche mindesten 200.000 Kräfte bereitstellen. Verschiedene deutsche Medien zitieren „Militärexperten“, wonach etwa 150.000 nötig seien, „um einen Waffenstillstand entlang der rund 900 Kilometer langen Frontlinie effektiv absichern zu können“ (z.B. Der Tagesspiegel vom 18.2.2025). Darin stecken bereits verschiedene Annahmen und Suggestionen. Neben der

häufig bemühten Vokabel „Friedenstruppen“ u.a. diejenige, dass es sich um Kräfte handeln werde, die eine „Frontlinie ... absichern“ sollen. Eine andere Suggestion, die zumindest viele Leitmedien verbreiten, besteht darin, dass diese Truppe vollständig oder zu großen Teilen aus „Europa“ stammen sollten.

Jene Akteure, die einen solchen Waffenstillstand (oder gar Friedensschluss) explizit ablehnen („Scheinfrieden“), bereiten sich demnach darauf vor, Truppen an die „Frontlinie“ zu entsenden, um diese „abzusichern“. Das ist kein nachhaltiges Konzept, sondern genau das, was man Russland gerne als wahre Absicht hinter einem „Einfrieren der Front“ unterstellt: Zeit zu gewinnen, um seine Truppen zu verstärken und bei nächster Gelegenheit die Front weiter zu verschieben. Das wäre außerdem ein Rezept für ein massives und anhaltendes Wettrüsten beider (und weiterer) Parteien. Entsprechend wird in seriöseren Beiträgen durchaus angemerkt und spekuliert, dass auch Truppen aus weiteren Staaten – hier werden u.a. China, Indien und der „globale Süden“ insgesamt genannt – beteiligt sein müssten.

Wünschenswert wäre natürlich ein Waffenstillstand oder Frieden, der für beide Seiten so viele Vorteile bietet, dass er nicht einmal überwacht werden müsste. Undenkbar sollte auch das nicht sein! Für eine „Absicherung“ eines Waffenstillstandes sollten Truppen aus der NATO und anderen Ländern, welche die Ukraine über Jahre zum Weiterführen eines verlorenen Krieges angehalten haben, tabu sein. Ganz sicher nicht hilfreich wären Truppen aus einem Deutschland, dessen Außenministerin Europa „im Krieg“ mit Russland sah und Russland erklärtermaßen „ruinieren“ wollte – und vermutlich weiter will. Allenfalls für eine Überwachung eines Waffenstillstandes wären Truppen der Verbündeten beider Parteien unter Umständen sinnvoll – allerdings nur in kleinen Kontingenten

mit reinen Überwachungsaufgaben. Darüber redet aktuell allerdings kaum jemand.

„Europas“ Arroganz und Strategielosigkeit

Die weit fortgeschrittenen Diskussionen über einen Beitrag „Europas“ zu einer Friedenstruppe in der Ukraine sind primär ein Versuch, doch noch eine Rolle in den anstehenden Verhandlungen einzunehmen – und sei es nur am Katzentisch. Dass dieser Beitrag mehr noch von den Leitmedien als der Politik selbst suggestiv aufgebauscht wird, mag Ausdruck eines verletzten Stolzes („Katzentisch“) und eine Art nachträgliche Rechtfertigung dafür sein, dass man Milliarden in einen Krieg gesteckt und diesen mit Propaganda befeuert hat, der neben hunderttausenden Toten und viel Leid nicht das erwünschte Ergebnis gebracht hat. Bedauernswerter Weise ist es nicht unrealistisch, dass gerade auch Trump dazu beitragen könnte, dass ein solcher schlechter Deal mit größeren europäischen Kontingenten zustande kommt: Ein dauerhafter und ruinöser Rüstungswettlauf einer überforderten EU an deren östlicher Grenze käme ihm vielleicht durchaus zupass – ebenso wie die damit verbundenen, weiteren Verwerfungen in einem zunehmend autoritär regierten Europa in latentem Kriegszustand.

Seinen Platz am „Katzentisch“ der Verhandlungen hat sich „Europa“ wahrlich verdient bzw. nicht einmal diesen. Über drei Jahre hat es im transatlantischen Verbund mit Maximalzielen einen Krieg befeuert und Verhandlungen eine Absage erteilt. Eine Rückeroberung der Krim z.B. beziehungsweise ein vollständiger Sieg gegen das flächengrößte Land der Erde im direkten Nachbarstaat war nie besonders realistisch. Ein Kurswechsel der USA war früher oder später absehbar (geradezu terminiert) und hätte zumindest einkalkuliert werden müssen. Und dennoch gab es keine Strategie jenseits der Proklamation von Maximalzielen im Schatten des mächtigen „Verbündeten“ USA – die primär ihre eigenen Ziele verfolgte. Man hätte aus Afghanistan lernen können, wo man ebenso mit völlig überzogenen Zielen in einen aussichtslosen Krieg

zog und gedemütigt abziehen musste, als die USA irgendwann ihre Niederlage einsahen. Es waren die selben Expert*innen, die damals von Demokratie, Frauenrechten, „Verantwortung“ und der Rolle Europas fabulierten und später vom Völkerrecht und der „Solidarität mit der Ukraine“.

Die „Verantwortung“ Deutschlands gegenüber Afghanistan drückt sich heute in einem Überbietungswettbewerb darin aus, mit Abschiebungen ins Talibanregime Symbolpolitik zu betreiben. Die „Solidarität mit der Ukraine“ besteht aktuell darin, mit Begriffen wie „Diktatfrieden“ ein geschundenes Land und eine kriegsmüde Bevölkerung zum Weiterkämpfen zu animieren und einen möglichen Waffenstillstand von vornherein zu diskreditieren – weil man nicht mitreden darf und keinen Plan B hat.

PS: Beispiel Tübingen

Wissenschaft und Zivilgesellschaft spielen auch dieses Mal wieder mit – z.B. auch in Tübingen. Heute (18.2.2025) wurde über den Email-Verteiler des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Tübingen der Aufruf zu einer Kundgebung am Jahrestag des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russland auf die Ukraine verschickt, unterstützt von den Jugendorganisationen der Grünen, der FDP, der CDU und der SPD:

„Kundgebung: Solidarität mit der Ukraine. Zum dritten Mal jährt sich der Kriegsbeginn in der Ukraine und ein baldiges Ende scheint noch immer nicht in Sicht. Seit drei Jahren leben Ukrainer:innen einen Alltag im Krieges. Gleichzeitig steht die Ukraine-Unterstützung der USA und der europäischen Staaten auf wackeligen Beinen.“

Wie gesagt: „Die deutsche Unterstützung der Ukraine sollte Teil einer Strategie gegen Russland sein“ (IFSH): „Allerdings wird Aufrüstung sehr teuer.“ Angesichts „einer existentiellen Notlage“ sei es jedoch „gerechtfertigt [...], auch die nächste Generation finanziell zu belasten.“



Kursverschärfung: Militarisierung nach der Wahl

von Andreas Seifert und Jürgen Wagner

Es ist terminlich einigermaßen ungeschickt, wenn der Redaktionsschluss eines Magazins wie in diesem Fall kurz vor den Bundestagswahlen liegt. Da allerdings davon auszugehen ist, dass die nächste Bundesregierung unter einem CDU-Kanzler Friedrich Merz agieren wird, „lohnt“ sich ein kurzer Blick darauf, welche militärpolitischen Vorstellungen in der Union kursieren. Im Wesentlichen deutet dabei alles auf eine Art verschärfte Kontinuität hin: Die zentralen Projekte der Ampel-Regierung dürften in noch militarisierter Form fortgesetzt werden.

CDU-Enquete: Langfristige Konfrontation

Ende Januar 2025 wurde der Bericht der von CDU/CSU ins Leben gerufenen Enquetekommission „Frieden und Sicherheit in Europa“ veröffentlicht. Russland wolle „die Geschichte zurückdrehen“, heißt es darin: „Putins Vorbild ist offenkundig die Sowjetunion, für die er 14 Jahre lang, von 1975 bis 1989, als KGB-Offizier arbeitete, die vier letzten Jahre in der DDR, in Dresden.“ Doch auch China und der Iran werden mit in eine „Achse der Autokratien“ verortet – bei den zunehmenden Konflikten mit diesen Ländern handele es sich „nicht um eine vorübergehende Krise [...], sondern um eine neue, langfristige Konfrontation, die unser außen- und sicherheitspolitisches Handeln prägen wird.“

Vorbereitet 2012 und 2013 im Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ und dann vor allem beim Auftritt des damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014, wird seit Jahren gefordert, Deutschland müsse die vermeintliche Kultur der militärischen Zurückhaltung abstreifen und mehr (militärische) Führungsverantwortung übernehmen (siehe IMI-Studie 2015/2). Die diesbezüglichen Passagen aus dem Bericht der Enquetekommission waren fast identisch schon im Bericht Neue Macht – Neue Verantwortung zu finden. Im Enquetebericht liest sich das folgendermaßen: „Aufgrund seiner Wirtschaftskraft, seiner zentralen geographischen Lage [...] hat Deutschland ein Potenzial wie kein anderes europäisches Land, eine Führungsrolle zu übernehmen. Daraus entsteht auch eine

Verpflichtung zur Verantwortung“. Hierfür bedürfe es deutlich mehr Personals: „Das bedeutet nicht nur eine enorme materielle Kraftanstrengung, die keiner Bundesregierung leichtfallen wird, sondern auch die Ausweitung der Personalstärke der Bundeswehr auf bis zu 270.000 Männer und Frauen [von derzeit rund 180.000]. Beides ist im Sinne unserer Bündnisfähigkeit und damit unserer Sicherheit in Europa unausweichlich.“

Und natürlich brauche es für all die Ansprüche mehr Geld: Zwar „befürwortet die Hälfte der Bevölkerung Verteidigungsausgaben in Höhe von 3-3,5% des Bruttonationalprodukts“, also Steigerungen von aktuell rund 52 Mrd. Euro (Einzelplan 14) auf rund 120 Mrd. bis 150 Mrd. Euro, „allerdings nicht, wenn dies auf Kosten der Sozial-, Umwelt- oder Entwicklungsbudgets geht.“ Aufgrund solcher „ambivalenter Einstellungen ist eine ständige politische Kommunikation vonnöten“, um derlei Erhöhungen durchdrücken zu können.

CDU-Wahlprogramm

Etwas vorsichtiger wurde die Frage nach der Höhe der Militärausgaben im CDU-Wahlprogramm „Politikwechsel für Deutschland“ formuliert: „Wir verstehen das aktuelle Zwei-Prozent-Ziel der NATO als Untergrenze unserer Verteidigungsausgaben.“ Da aber dort gleichzeitig gefordert wird, die Bundeswehr müsse eine – kostspielige – „Vollausstattung und materielle Reserven für die Truppe bilden“, ist – in Kombination mit anderen Aussagen führender CDU-Politiker*innen, darunter Merz selbst – mit weiteren deutlichen Ausgabensteigerungen zu rechnen (siehe auch den Beitrag Rüstung statt Rente in dieser Ausgabe).

Personell setzt die CDU in ihrem Wahlprogramm auf einen Aufwuchs der Bundeswehr von aktuell rund 180.000 auf mindestens 203.000 Soldat*innen. Um dies zu erreichen, wird eine „aufwachsende Wehrpflicht“ gefordert: „Wir setzen perspektivisch auf ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das wir mit der aufwachsenden Wehrpflicht zusammendenken. So werden wir dem Personalbedarf zur Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit ge-

recht. Aus dem Kreis der Gemusterten sollen diejenigen benötigten Tauglichen kontingentiert und zum Grundwehrdienst einberufen werden, die ihre Bereitschaft zum Wehrdienst signalisiert haben.“

CSU: Masterplan Bundeswehr

Konkreter wurde die CSU, die im wahrscheinlichen Falle eines Wahlsieges der Union auf das Verteidigungsministerium zu schielen scheint. Was die Partei dann so im Auge haben dürfte, lässt sich in einem „Masterplan Bundeswehr“ nachlesen, der Mitte Februar 2025 veröffentlicht wurde.

Hier wird noch klarer der Anspruch formuliert, an der Zeitenwende anzusetzen, dann aber deutlich darüber hinausgehen zu wollen: „Die ‚Zeitenwende‘ wurde bisher nur unzureichend umgesetzt. Es braucht neuen Schwung und neuen Schub. Der notwendige Dreiklang: mehr Geld, mehr Technologie und mehr Effizienz.“

Dies beinhaltet für die CSU u.a.: „Vollausstattung aller Kampfverbände und Aufbau schlagkräftiger Reserve; dafür zusätzlich 300 Kampfpanzer, 500 Schützenpanzer, 2.500 Fahrzeuge.“ Ferner will die CSU eine „Drohnen-Armee mit 100.000 Drohnen“ sowie die „Entwicklung neuer Marschflugkörper mit 2.500km Reichweite (Deep Precision Strike)“, die mit kurzen Vorwarnzeiten bis tief nach Russland reichen würden. Was die „Finanzierung“ angeht, enthält es die Forderung nach einem „Zehn-Jahres-Plan für Aufwuchs auf 3 Prozent des BIP.“ Angepeilt werden „500.000 einsatzbereite Soldaten und Reservisten“ und hierfür auch eine „Wiedereinführung der Wehrpflicht“ – aktuell steht die Bundeswehr bei 230.000 Soldat*innen (180.000 Aktive und 50.000 Reserve).

In der Summe sind die Pläne der CSU ein unverhohlenes Programm zur ungehemmten Aufrüstung, ein Wunschzettel des Militarismus. Wie nebenbei werden Grundrechte zur Disposition gestellt und auch offensive militärische Aktionen ins Feld geführt, geht es um „deutsche Interessen“ und „Wertepartnerschaften“. Wie auch schon im bayerischen Bundeswehrstützungsgesetz (siehe IMI-Analyse 07/2024) wird ein militärbezogener Bürokratieabbau gefordert, der unter dem Deckmantel der Effizienzsteigerung vor allem die etablierten Kontrollmechanismen bei Rüstungsprojekten und in der Beschaffung abschafft – dass Bayern als größter Rüstungsstandort massiv profitiert, bleibt unerwähnt: Selbstlos.

Vorgeschmack

Einen Vorgeschmack auf das, was CDU und CSU sich in Punkto Sicherheitspolitik vorstellen, mag auch der im Februar 2024 erneut gescheiterte Antrag im Bundestag illustrieren. In den Medien vor allem auf die Frage der Taurus-Waffenlieferung an die Ukraine reduziert, ist der Antrag, der „Für eine echte [!] Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“ wirbt, ein nahezu ent-



grenzter Katalog von 28 Punkten, lediglich einer davon bezieht sich auf die Ukraine und die zu liefernden Waffen. Der erste Punkt schreibt das Feindbild fest und fordert, dass dieses auch in den Köpfen der Deutschen fest verankert wird: Russland – und vielleicht jeder andere (diffuse) „systemische Rivale“, der unseren Wohlstand herausfordert. Das implizite Feindbild China und der Anspruch zur Gestaltung Afrikas und natürlich des Balkanraumes sind hier ergänzt und nach dem Willen der Fraktionen auch militärisch zu denken. Zur Absicherung der militärischen Kapazitäten sind nicht nur alle Mittel der Industrieförderung aktiv zu benutzen, sondern auch mögliche Störfaktoren zu eliminieren (z.B. Zivilklauseln, die angeblich eine militärische Forschung an den Hochschulen unterbinden). Entscheidend an dem Antrag sind neben den Aufrüstungsfantasien vor allem auch – wie der Verweis auf die Zivilklauseln auch deutlich macht – die Eingriffe in die Gesellschaft selbst, die zu ihrem eigenen Schutz mit Überwachung überzogen wird und aufgefordert wird, sich aktiv auf einen kommenden Krieg einzustellen. Darüber wird auch die Stärkung der nachrichtendienstlichen Kapazitäten und Befugnissen gerechtfertigt. Fast jeder der hier nur beispielhaft angerissenen Punkte verdient mehr Aufmerksamkeit und in der Summe zeigen sie: Hier werden die europäischen oder deutschen „Werte“ nicht verteidigt, sie werden ad absurdum „geschützt“.

Trübe Aussichten

Ob sich die CSU nach der Wahl tatsächlich des Verteidigungsministeriums bemächtigen können, ist zwar fraglich, die recht konkreten Vorschläge ihres Masterplans dürften aber einen Einblick geben, was insgesamt in den Köpfen der Unions-Verteidigungspolitiker*innen herumgeistert – und das verheißt leider nichts Gutes!

Schutz der Zivilbevölkerung

Mit Spezialkräften und Übungen in irregulärer Kriegführung unvereinbar!

von Bernhard Klaus

Die Stuttgarter Zeitung gab am 19.2.2025 Entwarnung: „Jetzt gibt es Klarheit: Die Bevölkerung ist natürlich nicht gefährdet.“ Zuvor habe eine Mitteilung der Stadtverwaltung Renningen (zwischen Stuttgart und Calw) „bei einigen Bürgerinnen und Bürgern wohl Verwunderung und Sorge aus[gelöst]“. Die entsprechende Meldung findet sich bislang weiterhin unter Renningen.de und lautet: „In der Zeit vom 17.2. – 7.3.2025 findet eine Übung der Bundeswehr unter anderem auch auf der Gemarkung Renningen / Malsheim statt. Die Übung wird von ca. 40 Soldaten und Soldatinnen ausgeführt, die hauptsächlich in ziviler Kleidung und mit zivilen Fahrzeugen (ohne Y-Kennzeichen) unterwegs sein werden. Es kann zu Schießübungen und kleineren Sprengungen kommen. Die Bevölkerung wird um Verständnis gebeten.“

Die Stuttgarter Zeitung zitiert einen Sprecher des baden-württembergischen Landeskommandos der Bundeswehr mit den Worten: „Es ist in diesem speziellen Aufklärungsszenario durchaus üblich, dass Soldatinnen und Soldaten hierbei zeitweise auch in ziviler Kleidung und in Fahrzeugen ohne Bundeswehrkennung agieren, um verdeckt Aufklärungsergebnisse erzielen zu können.“ Weiter geht es in indirektem Zitat: „Ziel der Übung sei also unter anderem, dass sich die Soldaten in einem Verteidigungsfall auch im zivilen Umfeld unerkannt bewegen können.“

Dass die Bundeswehr so offen entsprechende Übungen als „durchaus üblich“ bezeichnet und die regionale Zeitung deren Beschwichtigungen unhinterfragt übernimmt, mag durchaus Ausdruck der „Zeitenwende“ sein. Schließlich verstößt das, was hier geübt wird, ziemlich wahrscheinlich gegen das Humanitäre Völkerrecht, umgangssprachlich gerne auch als „Kriegsrecht“ bezeichnet.

Dort wird eigentlich klipp und klar unter Artikel 37 des sehr relevanten Ersten Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 „das Vortäuschen eines zivilen oder Nichtkombattantenstatus“ als verbotene Heimtücke aufgeführt.

Natürlich bemühen sich seit dem (Militär-)Jurist*innen aller Länder, Ausnahmen zu formulieren und die gibt es nach herrschender Rechtsauffassung durchaus, wenn

es z.B. um „Aufklärungsmissionen“ geht, weshalb vermutlich von der Bundeswehr explizit auf ein solches Szenario hingewiesen wird. Inwiefern Sprengungen und Schießübungen in einem solchen Szenario Platz haben sollten, erscheint dann wiederum fraglich, wenn auch winkeladvokatisch argumentierbar.

Relevanter noch dürfte Artikel 44 Absatz 3 desselben Protokolls sein: „Um den Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen von Feindseligkeiten zu verstärken, sind die Kombattanten verpflichtet, sich von der Zivilbevölkerung zu unterscheiden, solange sie an einem Angriff oder an einer Kriegshandlung zur Vorbereitung eines Angriffs beteiligt sind.“

Wer offen zugibt oder suggeriert, dass entsprechende Übungen zur „regelmäßige[n] Ausbildung der Bundeswehr“ gehören, der signalisiert auch potentiellen Gegnern, dass sich hinter jedem Menschen in Zivilkleidung auch ein Soldat mit Waffe und Sprengstoff verbergen könnte – mit den absehbaren Konsequenzen im Verteidigungsfall.

Mit ziemlicher Sicherheit handelt es sich hier um eine Übung des Kommandos Spezialkräfte (KSK), das im nahegelegenen Calw stationiert ist und sich Teile des ehemaligen Flughafens Renningen-Malsheim – wo nun Bosch ein „Entwicklungszentrum“ betreibt – ohnehin für gelegentliche Übungen reserviert hat. Zu dessen besonderen Fähigkeiten gehören das Operieren hinter feindlichen Linien und Einsätze jenseits einer offiziellen Kriegsbeteiligung Deutschlands.

Auch jenseits des (erklärten) Kriegsfall es haben solche Übungen natürlich Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, wenn Soldaten in zivil in nicht gekennzeichneten Fahrzeugen mit Waffen und Sprengstoff unterwegs sind. Sicherlich wird es Mechanismen geben, falls solche Fahrzeuge z.B. in eine Routinekontrolle der Polizei geraten. Einen latenten Ausnahmezustand stellen solche Mechanismen allemal dar. Auch unabhängig davon gilt festzustellen: Der Schutz der Zivilbevölkerung ist mit Übungen in irregulärer Kriegführung – und mit der Existenz von Spezialkräften wie dem KSK im Allgemeinen – nicht vereinbar.

Nicht verwirren lassen!

Der Überbietungswettbewerb bei den Militärausgaben verschleiert ihren tatsächlichen Schaden

von Andreas Seifert

Donald Trump fordert als US-Präsident, dass Europa, insbesondere die Deutschen, endlich die notwendigen Budgets aufbringen, ihre Verteidigung selbst zahlen zu können. Die Prämisse: Die USA zahlen für die komplette NATO den Hauptteil der notwendigen Kosten. Das „Notwendige“ bemisst sich dabei an dem, was die USA ausgeben – unhinterfragt und ohne „unseren“ Einfluss. Europäische Politiker*innen sind dem nicht neuen Druck aus der USA schon vor einigen Jahren mit dem nebulösen Versprechen ausgewichen, langfristig die eigenen Budgets auf 2% ihrer Wirtschaftsleistung aufzustocken – und sie haben das nicht umgesetzt. Angesichts des Ukrainekrieges verfällt man in der Zeitenwende wieder darauf, dieses (selbst gesteckte und demokratisch nicht wirklich beschlossene) Ziel der 2% leisten zu wollen. Der Krieg bietet die Folie, auf der sich diese Forderung scheinbar auch bei der Bevölkerung umsetzen lässt. Das Märchen einer „kaputt-gesparten“ oder „verzweigten“ Bundeswehr wird bemüht, letzte Zweifel an dieser enormen Geldausgabe auszuräumen. Das ignoriert die Budgetsteigerungen, die die Bundeswehr seit diesem Versprechen bereits durchlaufen hat – das ignoriert die (ehemals) anderen Prioritätensetzungen in der Beschaffung – das ignoriert die tatsächliche Leistungsfähigkeit und die unverblühte Profitgier der Rüstungsindustrie, die für immer weniger immer mehr Geld haben will.

Die neue Amtszeit des US-Präsidenten beginnt mit der Erneuerung genau dieser Forderung nach mehr Geld in Europa für Rüstung. Er bringt dafür 5% ins Spiel – der „Abwehrkampf“ deutscher Politiker*innen gegen diese unverblühte Einmischung in Budgetfragen besteht darin, weniger anzubieten, aber doch so viel mehr, dass es nach was aussieht. Pistorius' Budgetforderungen laufen auf eine Verstetigung der durch das Sondervermögen (Schulden) auf 2% angeschwollenen Militärausgaben hinaus und er beansprucht mit seinen Beschaffungsentscheidungen schon jetzt so viel, dass Verpflichtungen entstehen, die dies sprengen werden: Mit ihm lebt die Bundeswehr mal wieder über ihre Verhältnisse. Ein Wirtschaftsminister findet, dass auch 3,5% drin sein sollten...

Ein, zwei oder drei Prozent vom BIP hört sich doch erst einmal nach nicht viel an? Das ist gewollt. Hier sollte nun daran erinnert werden, dass der Bund seine Ausgaben nicht als Anteil vom BIP erhält, sondern von den Steuerzahlern. Der Gesamthaushalt der Bundesrepublik umfasste 2024 477 Mrd. €. 11 % (51 Mrd. € ohne Sondervermögen und andere versteckte Budgets) davon werden für Verteidigung ausgegeben. Ein Prozentpunkt vom BIP sind derzeit rund 43 Mrd. € ! Steigern wir die Verteidigungsausgaben auf 2%, so sind dies bereits 86 Mrd. € oder 18% des Bundeshaushalts – satte 3,5% wären sogar 150,7 Mrd. € und damit über 31,5% des Haushaltes – eine Verdreifachung des aktuellen Haushaltsanteils.

Wird dieses Geld zusätzlich zur Verfügung stehen? Eher nicht – es wird bei anderen Ressorts gekürzt werden. Viele Ministerien werden damit den Gestaltungsspielraum verlieren, den sie bräuchten, um auf die vielfältigen Herausforderungen der Zeit einzugehen. Der Bund wird sich absehbar einen höheren Anteil am Gesamtsteueraufkommen (2023 rund 916 Mrd. €) nehmen und weniger in die Länder und Gemeinden weiterreichen – auch diese Umverteilung wird bis in die Dörfer spürbar sein und die bereits aktuell katastrophale Lage vieler Kommunen weiter verschärfen.

Es ist an der Zeit, nicht nur die Zahl an sich zu kritisieren, sondern zu hinterfragen, was denn genau damit passieren soll, mit den Unsummen, die man in Bundeswehr und Rüstung steckt.

Ganz abgesehen davon, dass die NATO schon heute Russland sowohl finanziell als auch materiell haushoch überlegen ist und mehr Rüstung keineswegs zu mehr Sicherheit führt, eher zum Gegenteil: Ist es akzeptabel, dass die deutsche Rüstungsindustrie Gewinnmargen von bis zu 20% einfährt? Ist es akzeptabel, dass ein Rüstungspolitiker das Geld mit vollen Händen ausschüttet, während eine Reform des Krankenhaussystems vor allem mit dem Geld von Krankenversicherten finanziert wird? Bildung, Pflege, Gesundheit ... alles mit weniger Geld, damit Milliarden an Aktionäre verfüttert werden und ein US-Präsident lächelt? Eine Grafik dazu auf IMI-Online.

Rüstung statt Rente

Ein Kommentar zur aktuellen Debatte um höhere Militärausgaben und Kürzungen der Sozialerstattungen

von Jürgen Wagner

US-Präsident Donald Trump ist ein Glücksfall für die (deutsche) Rüstungsindustrie: Schon während seiner ersten Amtszeit 2016 bis 2021 konnte sich auf seine nassforschenden Forderungen nach höheren Rüstungsausgaben mit dem Argument bezogen werden, nur so könne verhindert werden, dass die USA nicht von der NATO-Stange ginge (siehe IMI-Analyse 2017/28). Damals ging es „nur“ um Militärausgaben im Umfang von 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP), die inzwischen durch massive Ausgabensteigerungen von fast allen NATO-Staaten auch erreicht werden. Für Deutschland bedeutete das nach NATO-Kriterien einen Anstieg der Militärausgaben von 34,7 Mrd. Euro oder 1,19% des BIP (2014) auf 90,6 Mrd. Euro oder 2,12% des BIP (2024). Was hier hinter vergleichsweise gering anmutenden BIP-Prozentzahlen bemäntelt wird, bedeutet de facto, dass die Militärausgaben schon im vergangenen Jahr – das Sondervermögen mit hineingerechnet – rund 18,5 Prozent des gesamten Bundeshaushaltes betragen haben!

Kurz vor seinem Amtsantritt am 20. Januar 2025 haute Trump nun mit seiner Forderung nach Militärausgaben von 5% des BIP noch einmal so richtig auf den Putz. Die Reaktionen hierzulande ähnelten sich: An und für sich sei das alles ja recht unverschämt, aber im Kern werde man eben nicht um drastische Erhöhungen herkommen, nur eben nicht in dem – ohnehin völlig unrealistischen – von Trump geforderten Ausmaß. Und auch wie das Geld aufgebracht werden soll, wissen einige – wie im Übrigen schon seit Jahren – wieder ganz genau: durch Sozialkürzungen. Typisch war etwa der Kommentar des ohnehin stets rüstungsfreundlichen Deutschlandfunk-Kommentators Marcus Pindur: „Allen Experten, einschließlich Verteidigungsminister Pistorius ist klar, dass wir schnell auf 3 oder 3,5% kommen müssen, um Putin und dessen neokoloniale Aggressionspolitik abzuschrecken. Das muss die erste politische Priorität der nächsten Bundesregierung sein. Doch solange dieses Land mit Verve darüber streitet, ob ein Karenztag bei der Krankmeldung zumutbar ist oder nicht, hat es die Prioritäten nicht richtig sortiert. In den kommenden Jahren kann es nicht mehr um

neue soziale Wohltaten gehen, es geht um unsere Sicherheit, das sollte uns der Auftritt Trumps lehren.“

Tatsächlich ist es keineswegs so, dass sich in diesen Fragen „alle“ Experten einig wären: Im Wesentlichen basieren die Forderungen nach höheren Rüstungsausgaben auf drei weitgehend unhinterfragten, aber dennoch mehr als fragwürdigen Annahmen: Da wäre einmal die vielfach widerlegte These von der kaputtgesparten Bundeswehr, die schon allein angesichts der massiven Budgetsteigerungen der letzten Jahre jeder Grundlage entbehrt (siehe IMI-Studie 2023/2). Auch die Aussagen, die Bundeswehr stehe mal wahlweise „blank“ (Alfons Mais, Heeresinspekteur) oder gar „blanker als blank“ (André Wüstner, Chef des Bundeswehrverbandes) da, ist zweifelhaft, wie ein Vergleich mit den militärischen Fähigkeiten Frankreichs und Großbritanniens ergab. Doch selbst wenn dies der Fall wäre, wäre dies angesichts der massiven Ausgabensteigerungen der letzten Jahre wohl kaum ein Argument, noch mehr Geld in ein komplett dysfunktionales Beschaffungswesen zu kippen. Auf diesen Umstand zumindest wies der ein oder andere Kommentar, etwa in der in der Wirtschaftswoche oder in der Südwestpresse hin, in der es dazu hieß: „Was oben an Euros reingeschüttet wird, kommt unten noch lange nicht als schlagkräftige Armee heraus. Wer nicht gleichzeitig sagt, wie die Truppe und ihr Beschaffungswesen effizienter werden sollen, kann sich den Überbietungswettbewerb sparen.“ Und da wäre schließlich noch die nie irgendwelchen nachprüfbareren Quellen zugeordnete Behauptung, Russland habe in wenigen Jahren wahlweise die Fähigkeit oder gar die Absicht (noch einmal ein großer Unterschied), NATO-Gebiet anzugreifen. Wie dies angesichts der Tatsache plausibel sein soll, dass Russland den NATO-Staaten aktuell militärisch drastisch unterlegen ist, vermochte bislang ebenfalls noch niemand auch nur halbwegs schlüssig zu erklären. Dementsprechend hieß es in einer Greenpeace-Studie im November 2024: „Die Analyse der militärischen Kapazitäten der NATO und Russlands lässt keinen Zweifel an der allgemeinen militärischen Überlegenheit der NATO. [...] Die Notwendigkeit, in Deutschland die Militäraus-

gaben weiter und dauerhaft zu erhöhen und dabei – in logischer Konsequenz – andere essenzielle Bereiche wie Soziales, Bildung oder ökologische Transformation nicht ausreichend zu finanzieren, lässt sich daraus nicht ableiten.“

Das alles ist allein schon deshalb von entscheidender Bedeutung, weil es hier eben um immense Summen geht – bei [stern.de](https://www.stern.de) hieß es: „Der kommende US-Präsident verlangt von den NATO-Partnern gar fünf Prozent des BIP für die Verteidigung – für Deutschland wären das in etwa schwindelerregende 200 Milliarden Euro pro Jahr. In den fünf Jahren bis 2030 wären hier also eine Billion Euro für Verteidigung fällig. Das ist in dieser Höhe unrealistisch, klar – aber die Verteidigungsausgaben werden wohl stark steigen.“ Im anschließenden Überbietungswettbewerb setzte sich Grünen-Chef Robert Habeck inzwischen fast schon gewohnheitsmäßig mit seiner Forderung nach Militärausgaben von 3,5% des BIP an die Spitze – dies würde Ausgaben im Umfang von rund 150 Mrd. Euro bedeuten. Aber zum Beispiel auch CSU-Chef Markus Söder gab zum Besten, die Verteidigungsausgaben müssten künftig „deutlich über drei Prozent“ des BIP liegen. Und auch Falko Droßmann, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, erklärte im Deutschlandfunk-Interview: „Es ist klar, dass wir mehr für Verteidigung ausgeben müssen. [...] Das muss weitergehen. [...] Natürlich muss der Verteidigungsetat strukturell erhöht werden, das ist ja überhaupt keine Frage. [...] Ich glaube, dass es so ist, dass Donald Trump, wie er auch in der letzten Wahlperiode gezeigt hat, also er ist Kaufmann, er ist Händlermentalität, er fängt sehr hoch an und ich bin auch sehr sicher, dass wir auf dem nächsten NATO-Gipfel da was fin-

den werden. Also ich finde durchaus, ja, dass die 2% erhöht werden müssen.“

Bei so viel Einigkeit bleibt nur noch die Frage der Refinanzierung: Die wollen SPD und Grüne mehrheitlich über eine erneute (und gegebenenfalls generelle) Aussetzung der Schuldenbremse zugunsten höherer Militärausgaben erreichen. Das lehnen FDP und – deutlich entscheidender – die Union bislang strikt ab, sie wollen dies über den Haushalt stemmen – also durch drastische Kürzungsmaßnahmen bei anderen Budgets. Schützenhilfe erhalten sie seit einiger Zeit von arbeitgebernahen Wirtschaftsforschungsinstituten, insbesondere dem Institut für Weltwirtschaft Kiel und dem Ifo Institut für Wirtschaftsforschung München. Deren Chefs, Clemens Fuest (IfW) und Moritz Schularick (IfO), fordern recht ungeniert wortwörtlich „Kanonen statt Butter“ (siehe IMI-Standpunkt 2024/14). Aktuell ist es Niklas Potrafke vom IfO Institut, der sich mit Forderungen nach Sozialkürzungen in der aktuellen Debatte bemerkbar macht: „Kernaufgabe der Politik ist es, Prioritäten zu setzen. Deutschland wird nicht nach Belieben konsumtive und investive Ausgaben erhöhen können. [...] Verteidigung ist eine Kernaufgabe des Staates und gehört deshalb in den Kernhaushalt. [...] Der größte Posten im Bundeshaushalt sind Zuschüsse in die Rentenversicherung – alsbald 130 Milliarden Euro im Jahr. Das ist eine klassische konsumtive Ausgabe. Wir haben es über Jahre verschlafen, wesentliche Strukturformen anzugehen. Ein prominentes Beispiel ist der Umgang mit dem demographischen Wandel. Wir sollten nun dringend zusehen, durch entschlossenes Anpassen des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung die Zuschüsse in die Rentenversicherung zu reduzieren.“



Foto von Nic Y-C auf Unsplash.

Friedensfähig statt erstschlagfähig!

Kampagne gegen die geplante Stationierung von Angriffswaffen in Deutschland formiert sich

von Jürgen Wagner

Immer wenn im Westen von Fähigkeits- oder Raketenlücken gesprochen wird, ist allergrößte Vorsicht geboten. Nur allzu oft stellten sich Behauptungen über die Hochrüstung erklärter Gegner als glatte Lüge oder zumindest als grobe Übertreibungen heraus, um die eigenen Rüstungsbestrebungen zusätzlich zu befeuern. So auch im jüngsten Fall, der geplanten Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland, deren katastrophalen Folgen sich schon jetzt immer deutlicher abzeichnen. Umso wichtiger ist es, dass sich allmählich unter anderem mit der Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“ auch Widerstand dagegen formiert.

Fähigkeitslücke...

Auffällig ist zunächst, wie dünn die gerade einmal vier läppischen Sätze daherkommen, mit denen eine deutsch-amerikanische Erklärung vom 10. Juli 2024 das Vorhaben ankündigte, ab 2026 diverse US-Mittelstreckensysteme hierzulande für die „Abschreckung“ zu stationieren. Eine nicht viel ausführlichere Begründung lieferte Verteidigungsminister Boris Pistorius nahezu parallel dazu mit folgenden Worten ab: „Wir reden hier über eine durchaus ernst zu nehmende Fähigkeitslücke in Europa.“ (Spiegel Online, 11.07.2024)

Fast zehn Tage später schoben dann die Parlamentarischen Staatssekretäre Siemtje Möller (Verteidigung) und Tobias Lindner (Auswärtiges Amt) in einem Schreiben an den Außen- und Verteidigungsausschuss des Bundestages eine etwas ausführlichere Begründung nach: „Russland hat in den vergangenen Jahren massiv im Bereich weitreichender Raketen und Marschflugkörper aufgerüstet. [...] Wir beobachten, dass Art und Umfang der massiven russischen Aufrüstung auch über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hinaus zur Aufstellung und Stärkung von gegen den Westen gerichteten Fähigkeiten und Kapazitäten genutzt werden.“ (Siemtje Möller/Tobias Lindner, Spiegel Online, 19.7.2024)

Viel kam danach nicht mehr, im Wesentlichen ist es bei dieser knappen Argumentation geblieben, die viele Expert*innen aus guten Gründen für wenig überzeugend

halten. Die wohl lauteste kritische Stimme ist Oberst a.D. Wolfgang Richter, der als früherer Abteilungsleiter beim Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr wissen dürfte, von was er da spricht: „Generell sind die Luft- und Seestreitkräfte der NATO denen Russlands qualitativ und quantitativ deutlich überlegen. [...] Die Behauptung einer so genannten Fähigkeitslücke als Begründung für eine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen ist nicht nachvollziehbar.“ (Richter, Wolfgang: Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland. Konzeptioneller Hintergrund und Folgen für die europäische Sicherheit, FES-Studie, Juli 2024)

Stationierungsbefürworter wie der Wissenschaftler Jonas Schneider und Bundeswehr-Oberst Torben Arnold begründen in einem Papier für die regierungsberatende „Stiftung Wissenschaft und Politik“ ihre Position folgendermaßen: „Moskau verfügt über den Marschflugkörper SSC-8 (Zahl im hohen zweistelligen Bereich), der den INF-Vertrag 2019 zu Fall brachte, seit 2023 über die Raketen Zolfaghar aus Iran (rund 400 Stück) und KN-23 aus Nordkorea (etwa 50 Stück). Die seegestützten Hyperschall-Marschflugkörper Zirkon (Zahl im hohen zweistelligen Bereich) verschießt Russland seit 2024 auch von Land aus. Von seiner ballistischen Iskander-Version SS-26 müsste Moskau trotz ihres Einsatzes gegen die Ukraine noch deutlich über 100 Stück haben (Fachleute betrachten die SS-26 als Mittelstreckenwaffe.) Die Bilanz: Russland besitzt weit über 500 bodengestützte Mittelstreckenflugkörper, die NATO in Europa bislang keinen einzigen.“ (Jonas Schneider/Torben Arnold, SWP-Aktuell, Nr. 36/2024)

Selbst wenn man diese – womöglich deutlich zu hoch gegriffene – Zahl für bare Münze nehmen sollte, wird allerdings noch lange kein Rüstungsschuh daraus. Wolfgang Richter und andere weisen darauf hin, dass Russland zwar tatsächlich über deutlich mehr landgestützte Kurz- und womöglich auch Mittelstreckenwaffen verfügt als die NATO, dies aber durch deren Überlegenheit bei see- und luftgestützten Waffensystemen mehr als wettgemacht werde. So etwa auch Ulrich Kühn vom Forschungsbereich „Rüstungskontrolle und Neue Technolo-

gien“ am „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ Hamburg: „Es stimmt, dass Europa bisher nicht über bodengestützte Abstandswaffen in diesem Spektrum verfügt. Allerdings verfügen Nato-Staaten über luft- und seegestützte Mittelstreckenraketen, weshalb keine generelle Fähigkeitslücke besteht.“ (Ulrich Kühn, ISFH, Neues Deutschland, 30.8.2024)

In der Berliner Zeitung (25.12.2024) unterlegte Wolfgang Richter sein Argument, es existiere keine Fähigkeitslücke, mit konkreten Zahlen: „Insgesamt sind die in Europa stationierten See- und Luftstreitkräfte der Nato mit 2200 Kampfflugzeugen und mehr als 3000 weitreichenden Marschflugkörpern den russischen (etwa 1200 Kampfflugzeuge) weit überlegen, sowohl qualitativ als auch quantitativ. Auch wird das Moskauer Raketenpotenzial, das Kiew jüngst mit 1800 bezifferte, trotz der hohen Produktionsraten durch den Ukrainekrieg stetig dezimiert.“

... oder Angriffswaffen

Von einer russischen Überlegenheit kann also keine Rede sein, eine Fähigkeitslücke existiert nicht, es sei denn, man will unbedingt die speziellen Eigenschaften landgestützter Waffensysteme nutzen. See- und luftgestützte Waffen brauchen länger, um ihr Ziel zu erreichen, es bleibt Zeit für die Lagefeststellung und für einen etwaigen Gegenschlag, sie sind damit per se nur bedingt offensiv für Überraschungsangriffe auf strategische Ziele (Radaranlagen, Raketensilos, Kommandozentralen...) geeignet – ganz im Gegenteil zu den ultraschnellen und hochmobilen landgestützten Systemen, die nun in Deutschland stationiert werden sollen. Wie Wolfgang Richter in einem WIFIS-Buchbeitrag kritisiert, lassen die Pläne kaum einen anderen Schluss zu: „Dafür gibt es jedoch nur ein operativ logisches Szenario: Die NATO schießt zuerst.“

Und genau in dieser Kritik erblicken Stationierungsbefürworter wie die bereits zitierten Jonas Schneider und Torben Arnold den „Wert“ dieser Waffen: „Marschflugkörper, die von Flugzeugen abgefeuert werden, müssen zuerst in die Luft gebracht werden, wodurch wertvolle Zeit verlorengeht. [...] Verfügbare seegestützte Marschflugkörper haben entweder zu kurze Reichweiten oder sind wegen ihrer eher geringen Geschwindigkeit zu lange unterwegs für zeitkritische Ziele im russischen Kernland. [...] Nicht nur die LRHW, auch die SM 6-Version der Army fliegen mit über fünffacher Schallgeschwindigkeit und sind im Zielanflug manövrierbar. Daher sind sie hocheffektiv gegen mobile Ziele und sehr schwer abzufangen, selbst für moderne Raketenabwehr. Die Dark Eagle ist mit bis zu 17-facher Schallgeschwindigkeit kaum zu stoppen. Mit dieser hohen Eindringfähigkeit sind beide Waffen ideal, um auch solche russischen Hochwertziele auszuschalten, die gezielt geschützt werden.“ (Jonas Schneider/Torben Arnold, SWP-Aktuell, Nr. 36/2024)

Risiken und Nebenwirkungen

Die katastrophalen Folgen der Stationierungspläne sind schon heute offensichtlich. All das wäre unmöglich gewesen, hätten die USA nicht im Februar 2019 unter zumindest zweifelhaften Anschuldigungen den INF-Vertrag gekündigt, der u.a. Produktion, Besitz und Stationierung landgestützter Kurz- und Mittelstreckenwaffen mit Reichweiten zwischen 500km und 5.500km verbot. Auch der anschließende russische Vorschlag für ein beiderseitiges Moratorium wurde abgelehnt und umgehend schon lange ausgearbeitete US-Pläne zur Entwicklung neuer Waffensysteme aus der Schublade geholt.

Dennoch hielt sich Russland aus seiner Sicht lange an das Moratorium: Im Prinzip hatte sich dieses Moratorium aber mit dem mit einer russischen Mittelstreckenrakete („Oreshnik“) am 21. November 2024 erfolgten Angriff auf Ziele in der Ukraine erledigt – auch wenn Russland die Angriffe zynisch noch als „Live-Test“ bezeichnete. Gleichzeitig wurde die umfassende Produktion und gegebenenfalls Stationierung dieser und anderer Mittelstreckenwaffen angekündigt, sollte der Westen nicht von seinen Plänen abrücken. „Wir entwickeln Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen als Antwort auf die Pläne der Vereinigten Staaten, Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen in Europa und im asiatisch-pazifischen Raum zu produzieren und zu stationieren. [...] Ich möchte Sie daran erinnern, dass Russland sich freiwillig und einseitig verpflichtet hat, keine Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen zu stationieren, solange amerikanische Waffen dieser Art in keiner Region der Welt auftauchen. [...] Die Frage der weiteren Stationierung von Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite wird von uns in Abhängigkeit von den Aktionen der Vereinigten Staaten und ihrer Satelliten entschieden werden.“ (Wladimir Putin, Rede, 21.11.2024)

Einige Zeit darauf wurde das Moratorium dann durch den russischen Außenminister Sergej Lawrow auch offiziell faktisch aufgekündigt: „Heute ist klar, dass zum Beispiel unser Moratorium für die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen praktisch nicht mehr umsetzbar ist und aufgegeben werden muss. Die USA haben die Warnungen Russlands und Chinas arrogant ignoriert und sind in der Praxis dazu übergegangen, Waffen dieser Klasse in verschiedenen Regionen der Welt zu stationieren.“ (Sergej Lawrow, Die Welt, 30.12.2024)

So gefährlich diese Entwicklung ist, überraschen kann sie nicht, sie wurde von verschiedenen Seiten exakt so vorhergesagt (siehe IMI-Studie 2024/07). Deshalb ist es auch plausibel, dass ein weiterer prognostizierter Kollateralschaden der Stationierungspläne eintreten wird: Im Februar 2026 läuft der letzte große russisch-amerikanische Rüstungskontrollvertrag („New START“) aus. Er verpflichtet beide Seiten, Obergrenzen der strategischen Waffen mit interkontinentaler Reichweite einzuhalten, sowohl was die nuklearen Sprengköpfe (1.550) als auch



die Trägersysteme (800) anbelangt. Bleibt es bei der Stationierungsentscheidung, dürften die ohnehin geringen Aussichten auf eine Verlängerung gegen Null sinken. Die Kontrahenten haben aktuell zusätzlich noch tausende Sprengköpfe eingelagert, die binnen Monaten montiert werden könnten. Auch mit der Produktion neuer Sprengköpfe wäre zu rechnen – und ebenso damit, dass dann andere Atomwaffenstaaten ihre Arsenale ebenfalls noch weiter ausbauen würden.

Kampagne formiert sich

Allein diese unvollständige Aufzählung einiger der katastrophalen Auswirkungen der Stationierungspläne sollte als Motivation ausreichen, sich gegen diese Waffensysteme zu engagieren.

Am 3. Oktober 2024 wurde hierfür der Berliner Appell „Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt“ bei der Friedensdemonstration in Berlin gestartet. Er wurde bislang von über 33.352 Menschen unterzeichnet (Stand: 31.1.2025). Im November 2024 wurde darüber hinaus die Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“ ins Leben gerufen, der sich mittlerweile über 50 zivilgesellschaftliche Gruppen angeschlossen haben. Auf friedensfaehig.de, der Internetseite der Kampagne, heißt es: „Ziel der Kampagne ‚Friedensfähig statt erstschlagfähig: Für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!‘ ist es, möglichst breite und bundesweite Proteste gegen die geplante Stationierung landgestützter US-Marschflugkörper, Hyperschallwaffen und Raketen in Deutschland zu bündeln. Wir wollen über die Risiken und Gefahren der Stationierung aufklären und so die dringend nötige Debatte lostreten, vor der sich der Bundeskanzler seit der Ankündigung der Stationierung im Juli 2024 drückt.“

Damit dies gelingt und die Kampagne Fahrt aufnimmt, werden auch weitere Gruppen gesucht, die sich ihr anschließen. Eine Mehrheit der Bevölkerung spricht sich jetzt schon gegen die Stationierungspläne aus, es besteht also durchaus die Aussicht, zahlreiche Menschen hinter den Forderungen zu versammeln, die sich auf der Internetseite der Kampagne „Friedensfähig statt erstschlagfähig!“ finden lassen:

- Stopp der geplanten Stationierung neuer US-Mittelstreckensysteme in Deutschland
- Abbruch der Projekte zur Entwicklung eigener europäischer Hyperschallwaffen und Marschflugkörper, an denen Deutschland sich beteiligen will
- Neue Initiativen für gemeinsame Sicherheit und Zusammenarbeit und die langfristige Vision einer neuen Friedensordnung in Europa
- Dialog statt Aufrüstung: Wiederaufnahme von Verhandlungen über Rüstungskontrolle und (nukleare) Abrüstung (z.B. für ein multilaterales Folgeabkommen zum INF-Vertrag)

IMI-Factsheet US-Mittelstreckensysteme

IMI fact sheet
US-Mittelstreckensysteme
Keine Angriffswaffen in Deutschland!

Wie richtig oder falsch, mehr heißt eine deutsch-amerikanische Freilassung von 12. Juli 2024 nicht für sich, um über diese zu informieren, bis 2024 dieser US-Mittelstreckensysteme heranzukommen zu wollen. Ohne jede vorherige parlamentarische oder gar öffentliche Debatte sollen vollwertige Raketen mit zehntausend gefährlichen Auswirkungen produziert werden: bis heute bis zur 100. Kündigung des INF-Vertrags im Februar 2023 noch verbotenen Systemen handelt es sich um Angriffswaffen, die nur in einem bilateralen Zusammenhange „sinnvoll“ sind: Für einen Einbruch in die Sicherheit des russischen Führungssystems, die Stationierung einer der stärksten (zukünftigen) Mittelstreckensystemen werden, die auch eine (zukünftige) Waffensysteme neu verstarben, die die Fähigkeiten eines (zukünftigen) Abkommens zwischen Russland und Deutschland heranzukommen können.

Kommunale Erklärung der Mitglieder des Vereinigten Staates von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland zur Stationierung von US-Mittelstreckensystemen in Deutschland
Das Vereinigte Staaten von Amerika werden, beginnend 2025, als Teil der Planung zu einem künftigen dauerhaften Stationierung, zehntausend weitreichende Waffensysteme einer Mittelstreckensystemen in Deutschland stationieren.

Diese konventionellen Einheiten werden bei voller Entwicklung der USA, Sowjetische und damit in Entwicklung befindliche nukleare Waffensysteme umfassen. Diese werden über deutlich größere Reichweiten als die derzeitigen landgestützten Systemen in Europa verfügen.

Die Wirkung dieser fortgeschrittenen Fähigkeiten verdeutlichen die Verstärkung der Vereinigten Staaten von Amerika zur NATO sowie ihren Beitrag zur integrierter europäischen Abwehr.

„Der Sowjetische Luftflotte bis zu 2.500 Kilometer weit fliegen können, können aber Ziele in Russland treffen. Und ja, genau darum geht es.“ (17.10.2024) im Gespräch mit dem NATO-Generalsekretär, der im Zusammenhang die großen Abwehrgewinne einbringt. Diese mit diesen Raketen erreichen sich die USA die Fähigkeit, in eine Phase und einen strategische Abwehrdebatte in Russland und viele andere Flugkörper von ähnlichem Status aus vorzugeben, in Russland und dies einzig zur Abwehrzwecke. Dies bedeutet, die die Stationierung dieser Mittelstreckensystemen auf Fakten basieren.“ (17.10.2024) im Gespräch mit dem NATO-Generalsekretär, der im Zusammenhang die großen Abwehrgewinne einbringt. Diese mit diesen Raketen erreichen sich die USA die Fähigkeit, in eine Phase und einen strategische Abwehrdebatte in Russland und viele andere Flugkörper von ähnlichem Status aus vorzugeben, in Russland und dies einzig zur Abwehrzwecke. Dies bedeutet, die die Stationierung dieser Mittelstreckensystemen auf Fakten basieren.“ (17.10.2024)

Informationenstelle
Militarisierung e.V.

Bertha
von Suttner
Stiftung
im DFG-VK

DFG-VK

shop.dfg-vk.de

Trump und die Mittelstreckenwaffen in Deutschland

von Christoph Marischka

Mit seinem Amtsantritt als US-Präsident hat Donald Trump auch die Funktion als Oberkommandierender der US-Streitkräfte übernommen. Falls wie geplant US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationiert werden, wäre er es, der über ihren Einsatz entscheiden würde. Ein solcher Einsatz könnte sehr schnell in einen atomar ausgetragenen Dritten Weltkrieg münden. Irgendwie passt es nicht so recht zusammen, dass Trump hierzulande als Gefahr nicht nur für die Demokratie, sondern auch für die internationale Stabilität gehandelt und zugleich an der Entscheidung festgehalten wird, die USA Angriffswaffen in Deutschland stationieren zu lassen.

Vor der US-Wahl

Nehmen wir als Beispiel den gerne als „Militärexperten“ interviewten Frank Sauer von der Universität der Bundeswehr in München. Dessen Meinung zu Trump gab er erst kürzlich u.a. gegenüber der Heilbronner Stimme zum Besten: „Wahrscheinlich kann er Grönland nicht mal auf einer Weltkarte zeigen, geschweige denn geopolitische Zusammenhänge verstehen“. (Heilbronner Stimme vom 11.1.2025, Seite 3) Trotzdem befürwortet Sauer die Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Vor der Wahl versuchte er gar (wie mehrfach auch z.B. CDU-Verteidigungsexperte Roderich Kiesewetter), die Stationierungsentscheidung mit dessen bevorstehender Wahl zu rechtfertigen: „[D]ie Stationierung dieser Raketen ist erstmal ein notwendiges Signal an den Kreml, weil es angesichts des russischen Angriffskriegs Entschlossenheit und transatlantische Geschlossenheit signalisiert – bevor Donald Trump demnächst zum US-Präsidenten gewählt wird.“ (Darmstädter Echo vom 19.7.2024, Seite 3) Sehr ähnlich äußerte er sich gegenüber *chrismon.de*: „Die Ankündigung jetzt soll im Lichte des Krieges gegen die Ukraine aber natürlich auch ein Signal der Entschlossenheit an den Kreml senden. Und auf beiden Seiten des Atlantiks Fakten schaffen, bevor möglicherweise Donald Trump Präsident ist“. Die IMI wies damals bereits darauf hin, dieses „häufig genannte Argument“ sei „seltsam angesichts der Tatsache, dass nach einer möglichen Wahl

Trumps eben dieser über die US-Waffensysteme auf deutschem Boden verfügen würde“.

U.a. die Stuttgarter Zeitung machte sich das fragwürdige Argument trotzdem zu eigen und begründete damit den Zeitpunkt der Entscheidung: „Ein weiterer Grund dürfte sein, dass der scheidende Präsident Joe Biden ein Zeichen der Unterstützung an die europäischen Verbündeten senden will. Denn im Falle eines Wahlsiegs des Republikaners Donald Trump im November wird damit gerechnet, dass dieser weniger in den Schutz der Nato-Partner investieren wird.“ Sie fügte allerdings hinzu „Allerdings ist die Stationierung der US-Raketen in Deutschland erst für 2026 geplant. Trump hätte also die Möglichkeit, die Entscheidung zu revidieren.“ (Stuttgarter Nachrichten Stadtausgabe, 1.8.2024, S. 2) Laut *taz* werde gar „damit gerechnet, dass Donald Trump, falls er die Präsidentschaftswahl Anfang November gewinnt, die Zusage der USA zur Stationierung widerrufen und damit den Schutz Europas reduzieren würde.“ (*taz.de*, 6.8.2024)

ZDF Heute hatte unmittelbar nach der Bekanntgabe der Stationierung in Aussicht gestellt, „[d]ie Entscheidung könnte [...] rückgängig gemacht werden, falls der Republikaner Donald Trump die US-Wahl gewinnt.“ Auch in diesem Falle war damit gemeint, dass die Entscheidung durch die US-amerikanische Seite revidiert werden könnte. Dass die Stationierung im Falle eines Wahlsiegs Trumps hingegen von deutscher Seite aufgehoben werden könnte, wurde so gut wie nicht diskutiert und eine entsprechende Debatte fand trotz des erheblichen Misstrauens gegenüber Trump in der hiesigen Politik- und Medienlandschaft nicht statt. Warum eigentlich nicht?

Implizites Framing als „Schutz“ und „Sicherheit“

Von Regierungsseite und jener Opposition, die bald die Regierung übernehmen will, wird jedenfalls erwartet und gehofft, dass Trump an der Stationierung festhält: *Welt.de* schrieb bereits am Tag nach der Bekanntgabe: „Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) rechnet damit, dass die USA auch unter einem möglichen US-Präsidenten Donald Trump an der Stationierung der Waffen



festhalten.“ Der bayrische Rundfunk meldete am selben Tag: „Von hochrangigen Regierungsvertretern ist zu hören, dass die Entscheidung Bestand haben werde – unabhängig davon, wie die Präsidentschaftswahl in den USA ausgeht.“ Zeit online titelte im November 2024: „Scholz erwartet auch nach Trumps Wahlsieg Raketenstationierung“.

Fraglich ist, warum Trump die grundsätzliche Entscheidung überhaupt rückgängig machen sollte. Sie eröffnet ihm Spielräume – ob, wann und wie die Stationierung tatsächlich erfolgt, kann er dann immer noch entscheiden. Die vermutlich realistischste Einschätzung hierzu lieferte der Politologe Ulrich Menzel in der FR: „Entweder [Trump] kündigt das Abkommen oder er sagt, o.k., wir Amerikaner liefern die Waffensysteme und verteidigen euch weiter, aber ihr müsst das bezahlen [...] Die Amerikaner behalten zwar die Befehlsgewalt über die gelieferten Raketen, aber wir müssen sie bezahlen, weil es ja um unsere Sicherheit geht.“ (Frankfurter Rundschau vom 12.8.2024, S. 2) Insofern hätte die Entscheidung von Scholz der kommenden Regierung ein kostspieliges Erbe hinterlassen – zumindest so lange, wie die Stationierung US-amerikanischer Angriffswaffen in Deutschland als wünschenswert oder gar notwendig diskutiert wird.

Dieser Rückblick auf die Berichterstattung offenbart einerseits, dass die zukünftige Verfügungsgewalt Trumps über die in Deutschland stationierten Mittelstreckenwaffen zwar durchaus ein Thema war, aber nur dahingehend problematisiert wurde, dass dieser den Stationierungsbeschluss rückgängig machen könnte, teilweise wurde das gar als wahrscheinlich dargestellt. Obwohl es sich vermeintlich um eine gemeinsame Entscheidung der deutschen und US-amerikanischen Exekutiven handelt, wurde andersherum nicht diskutiert, sie von deutscher Seite aus rückgängig zu machen. Warum eigentlich nicht? Es zeigt sich hier eher subtil das grundsätzliche Framing der Leitmedien um die Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen – gegen Russland gerichtete Angriffswaffen – wonach diese wünschenswert wäre. Sie bedeutet demnach „Schutz“, „Sicherheit“, eine „Rückversicherung“, die uns der „gute“ Biden garantieren und der „böse“ Trump ggf.

verweigern will. Etwa die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland scheint das anders zu sehen als die Leitmedien.

„Mehr Sicherheit“, aber keine Konsequenzen?

Um dieses Framing und die darin mitschwingende Verharmlosung zu veranschaulichen, sei noch einmal Frank Sauer zitiert. Angesprochen auf die mögliche Gefährdung der Zivilbevölkerung in Deutschland hat er sich zu der Aussage hinreißen lassen: „Da ist also ein Sattelschlepper mit einem Container drauf, und in dem Container ist das Startsystem für den Marschflugkörper und für die Raketen. Das heißt im Grunde, sie haben halt ein paar mehr Lkw herumstehen. Die Amerikaner werden [die Raketenwerfer] Typhon sicher nicht in der Wiesbadener Innenstadt parken. Und andere unmittelbare Konsequenzen sehe ich auch nicht.“ (Darmstädter Echo, a.a.o.) Das ist schon eine ziemlich derbe Verharmlosung!

Zwar ist tatsächlich unwahrscheinlich, dass die mobilen Abschussrampen in der Wiesbadener Innenstadt geparkt werden, ihre Mobilität wird jedoch von Sauer an anderer Stelle explizit als militärischer Vorteil gelobt: Demnach seien diese „überall dorthin verlegbar [...], wo man mit vier bis fünf Sattelschleppern und einigen Jeeps als Begleitfahrzeugen hinfahren kann“. Somit kämen natürlich auch andere US-Stützpunkte in Deutschland und Europa infrage als Wiesbaden, Ramstein oder Spangdahlem. Die Waffensysteme könnten auch ‚irgendwo auf freier Fläche operieren‘, sagte Sauer im Gespräch mit dem ‚Trierischen Volksfreund‘. ‚Dass es nicht ortsgebunden und somit für Gegner schwerer aufzuklären und zu bekämpfen ist, darin liegt militärisch gesehen einer der Vorteile des Systems‘. (Rhein-Zeitung vom 9.9.2024, S. 3)

Unmittelbare Konsequenzen der Mittelstreckenwaffen in Deutschland sieht Sauer nicht, behauptet aber an anderer Stelle entschieden: „Sie sorgen für mehr Sicherheit“ (DIE ZEIT vom 10.10.2024, Nr. 43, S. 11). Im gleichen Beitrag deutet er letztlich – hier allerdings als „Abschreckung“ eingeordnet – durchaus den offensiven Charakter

der betreffenden Waffen an: „Der Einsatz von Kampf-
flugzeugen ist immer mit Risiken verbunden, vor allem
wenn der Gegner wie im Falle Russlands über Flugab-
wehrfähigkeiten verfügt. Durch die Mittelstreckenrake-
ten würde man den Luftstreitkräften den Weg freischie-
ßen, wenn ich das einmal so salopp formulieren darf.“

Angriffsziele in Deutschland und internationale Dynamik

Als Gegenposition zur vorherrschenden Verharmlosung
der Stationierungsentscheidung – gerade auch vor dem
Hintergrund der Amtsübernahme von Donald Trump –
sei hier nicht auf Positionen der Friedensbewegung oder
auch nur der SPD-Linken verwiesen, sondern auf einen
Beitrag zweier Autoren des IFSH (Institut für Friedensfor-
schung und Sicherheitspolitik) in der durchaus renom-
mierten Zeitschrift Internationale Politik (IP) unter dem
Titel „Deutschland im dritten Nuklearzeitalter“. Darin
werden einleitend „drei Merkmale“ angesprochen, auf-
grund derer sich die aktuelle Situation „von der Ära nach
dem Ende des Kalten Krieges abhebt“ – und offensicht-
lich noch (deutlich) gefährlicher ist (so zumindest die In-
terpretation des Autors, CM). Klipp und klar wird darin
festgestellt:

„Für Deutschland sind Raketen im Mittelstreckenbe-
reich von besonderer Bedeutung, da Russland als poten-
zieller militärischer Gegner in ihrer Reichweite liegt. Fer-
ner befinden sich in Deutschland wichtige logistische
Zentren und Kommandostrukturen der NATO, die im Falle
eines Krieges mit Russland Angriffsziele wären [...] Konventionelle Mittelstreckenraketen in Deutschland

und Kurzstreckenraketen in ost- und nordeuropäischen
Staaten sind nicht nur für konventionelle Zwecke rele-
vant. Sie sind auch in der Lage, große Teile der russischen
strategischen Nuklearwaffen, Frühwarnsysteme, Kon-
trollstrukturen und die politische Führung zu erreichen,
auch wenn dies nicht ihr vordergründiges Ziel ist. Damit
können sie zur Kriseninstabilität beitragen und nuklearen
Aufrüstungsdruck erzeugen.“

Diese Waffen, die zukünftig in Deutschland stationiert
werden sollen, unterstehen dann der Befehlsgewalt von
Donald Trump. Dies ist nicht Thema des Beitrages in der
IP, der im Kern die Gefahr einer globalen Dynamik und
Aufrüstungsspirale, auch durch veränderte Nukleardok-
trinen und eine Delegation der „[atomaren] Befehlskette
an niedrigere Kommandoebenen“ anspricht und in die-
sem Kontext durchaus eine „Verschärfung“ im Zuge ei-
ner zweiten Trump-Administration befürchtet. Gegen
Ende schreiben die Autoren: „Auch haben deutsche Ent-
scheidungen – sei es im Hinblick auf die USA, China oder
Russland – Folgen für Europa und darüber hinaus. Umso
mehr muss sich die deutsche außenpolitische Debatte an
einigen Grundsätzen orientieren“.

Welche Grundsätze sollten das sein, wenn nicht die
Übernahme der Befehlsgewalt durch einen US-Präsi-
denten, der am ersten Tag seiner Amtszeit den Austritt aus
dem Pariser Klimaschutzabkommen und der WHO be-
schlossen und in seiner Antrittsrede die Aneignung Grön-
lands und des Panamakanals ankündigt hat, dazu führt,
die Entscheidung zur Stationierung von Angriffswaffen
unter seiner Kontrolle in Deutschland zu revidieren, zu-
mindest [auch im Wahlkampf] zu diskutieren?

ANTIMILITARISTISCHE T-SHIRTS UND PULLIS MIT IMI-LOGO !



Spendenempfehlung:
T-Shirts 10 €, Pullover 20 €
Verfügbare Größen: S - XL
Jeweils mit den Schriftzügen
„Bundeswehr abschaffen!“ und
„Militarisierung Stoppen!“.
Pullover fallen etwas kleiner aus .

Anfragen an:
imi@imi-online.de

NATO: Nukleare Zeitenwende?

Rezepte aus der DGAP-Giftküche für ein verschärftes atomares Wettrüsten

von Jürgen Wagner

Die deutsch-amerikanische Ankündigung, ab 2026 verschiedene US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland stationieren zu wollen, wirkt sich jetzt schon verheerend auf sensible nuklearrelevante Bereiche aus (siehe IMI-Standpunkt 2025/001). In dieser ohnehin schon überaus brisanten westlich-russischen Gemengelage prischt nun mit Karl-Heinz Kamp ein sicherheitspolitisches Schwergewicht mit Forderungen vor, die es in sich haben. Für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) legte der ehemalige Leiter der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) nun Überlegungen für eine „nukleare Zeitenwende der NATO“ vor, so der Titel seines Papiers. Angesichts neuer Bedrohungen, insbesondere – aber nicht nur – durch Russland, bedürfe es einer Anpassung der NATO-Nukleardoktrin. Die von Kamp präsentierten Optionen dafür laufen allesamt im Kern auf eine nukleare Aufrüstung des Bündnisses hinaus – und sie würden weiter Öl ins Feuer des ohnehin stattfindenden (atomaren) Wettrüstens gießen.

Nuklearer Anpassungsbedarf

Das aktuelle nuklearstrategische Grundlagendokument der NATO, die „Deterrence and Defence Posture Review“, stamme noch aus dem Jahr 2012 und müsse dringend überarbeitet werden, so Kamp. Vor allem der russische Angriff auf die Ukraine habe „ein grundlegendes Umdenken der NATO nötig gemacht“ – auch und gerade „für den Bereich der nuklearen Abschreckung.“

Doch auch darüber hinaus sehe sich der Westen einer „Achse der Autokratien“ gegenüber, so Kamp unter Verwendung einer Phrase, die kürzlich prominent auch im Bericht der CDU/CSU-Enquetekommission „Frieden und Sicherheit in Europa“ verwendet wurde (siehe IMI-Aktuell 2025/055). In diesen Club verortet Kamp neben Russland Länder wie Nordkorea, Iran, Syrien, Venezuela und Nicaragua – mit Blick auf die Nuklearpolitik der NATO sei aber insbesondere China von Belang. Deshalb müssten künftig „auch die nuklear-relevanten Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum“ eine größere Rolle spielen.

All dem trage die NATO-Nukleardoktrin nicht oder zumindest nicht genügend Rechnung. Beim NATO-Gipfeltreffen im Juli 2024 sei zwar erstmals seit 35 Jahren

explizit erklärt worden, „dass eine Modernisierung des Nuklearpotenzials vorstellbar sei“, es bleibe „jedoch offen, wie eine solche Modernisierung konkret aussehen solle.“ Und genau hier setzt Kamp an, indem er mögliche Optionen für eine Anpassung – sprich: Verschärfung – der NATO-Nuklearpolitik diskutiert, die aus seiner Sicht bald angegangen werden soll: „Ein entsprechender Beschluss zum Beginn der Debatte könnte auf dem kommenden NATO-Gipfeltreffen im Juni 2025 in Den Haag gefasst werden.“

Bedingt nuklear angriffsfähig

Das aktuelle Nukleardispositiv von insgesamt etwa 100 taktischen US-Atombomben, die in mehreren europäischen Ländern lagern (Deutschland, Belgien, Niederlande, Italien und wohl in der Türkei) und im Einsatzfall mit Flugzeugen ins Ziel gebracht werden müssten, sei unzureichend. „Die strategische Logik der Bomben entstammt der Zeit des Kalten Krieges, als sie als Teil eines breit gefächerten Waffenpotenzials vor allem für Ziele in den Staaten des Warschauer Paktes vorgesehen waren. Russisches Staatsgebiet stand aufgrund der begrenzten Reichweite der Trägerflugzeuge nicht auf der Zielliste der B61“, so Kamp.

Da sie nie primär dafür konzipiert waren, Ziele in Russland anzugreifen, seien sie dafür auch nur bedingt geeignet – und das sei exakt das Problem: „Würde die NATO heute ihr Nuklearpotenzial grundlegend neu und ohne Vorbedingungen gestalten können, dann würde sie sich kaum für Atombomben entscheiden, die mit Trägerflugzeugen bis nach Russland gebracht werden müssten. Diese wären im Einsatzfall der gegnerischen Luftabwehr ausgesetzt und damit, anders als Raketen oder Marschflugkörper, überaus verwundbar.“

Es brauche also Atomwaffen, mit denen russische Ziele ‚effektiv‘ getroffen werden könnten, wofür er drei Optionen in den Raum stellt: „Will die NATO über ihre allgemeinen Absichtserklärungen hinaus zu einem zukunftsfähigen Abschreckungskonsens gelangen, so muss sie sich einer Reihe von politisch heiklen und umstrittenen Fragen stellen. Hierzu gehört erstens die Debatte darüber, ob ihr derzeitiges Nuklearpotenzial – sprich auch die in Eu-

ropa stationierten Atombomben – ausreicht, um eine glaubwürdige Abschreckung zu gewährleisten. Diskutiert werden muss zweitens, ob weiterhin auf ein nukleares Arsenal Verlass ist, das nur aus einem einzigen Waffentyp besteht. Und drittens sollte hinterfragt werden, ob die Lagerung der US-Atomwaffen in den derzeitigen Stationierungsländern heute noch strategisch schlüssig ist, oder ob diese nicht näher an den Grenzen zu Russland stationiert werden müssten. Diese Frage stellt sich erst recht mit Blick auf einen zukünftigen NATO-Beitritt der Ukraine.“

Nukleare Aufrüstungsoptionen

Obwohl ihnen lange ein begrenzter Nutzen attestiert wurde, wollten Kamp und auch der Großteil der NATO von einem Abzug dieser Waffen nie etwas wissen. Als alle damals im Bundestag vertretenen Parteien im Jahr 2010 dennoch den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland forderten, sei es „nur mit Mühe“ gelungen, „die sich daraus ergebende nukleare Abzugsdebatte einzuhegen“. Um ihren ‚Nutzen‘ zu ‚verbessern‘ wurde stattdessen seit Oktober 2022 damit begonnen, die US-Atomwaffen auf den Typ B61-12 zu ‚modernisieren‘, um die Waffen dadurch zielgenauer und durchschlagskräftiger zu machen (siehe IMI-Analyse 2024/48).

Angesichts der neuen Entwicklungen hält Kamp außerdem eine „Umkehr des Abrüstungsprozesses“ für „unvermeidlich“. Als ERSTE OPTION hierfür sieht er die Möglichkeit, die Zahl dieses Bombentyps zu erhöhen: „Um das Nuklearpotenzial der NATO zu verstärken, könnten die USA Teile ihres Bestands an B61-Bomben wieder nach Europa zurückverlegen. Da insgesamt etwa 480 modernisierte Bomben des Typs B61-12 geplant sind, gibt es ein ausreichend großes Arsenal für die Verlegung.“ Schon länger gäbe es Überlegungen, US-Atomwaffen wieder nach Großbritannien (Stützpunkt Lakenheath) zu verlegen, auch in Deutschland (Ramstein) seien die Voraussetzungen dafür weiterhin gegeben, da die „Vaults ebenfalls wieder aktiviert werden können.“

Als ZWEITE OPTION diskutiert Kamp die Möglichkeit, mit einem „breiteren Spektrum nicht-strategischer Kernwaffen“ auf Russland zu reagieren. Am ‚besten‘ hält Kamp hierfür landgestützte Tomahawk-Marschflugkörper für geeignet, deren Stationierung in Deutschland vergangenen Sommer – angeblich ausschließlich in einer konventionellen Variante – für 2026 angekündigt worden war (siehe IMI-Studie 2024/07). „Am ehesten verfügbar wären landgestützte Marschflugkörper vom Typ Tomahawk mit einer Reichweite von 1.600 Kilometern. Deutschland und die USA hatten im Juli 2024 auf dem NATO-Gipfel in Washington die Stationierung der konventionellen Version dieser Waffen in Deutschland beschlossen, um im Konfliktfall russische Knotenpunkte, Munitionslager oder Militärstützpunkte konventionell angreifen zu können.“

Auf diese Passage folgt eine regelrecht spektakuläre



Quelle: Digital Commonwealth, gemeinfrei.

Forderung: Obwohl Experten wie Hans Kristensen dies für kaum praktikabel halten*, fordert Kamp die nukleare Bestückung der Tomahawks, die er scheinbar – den politischen Willen vorausgesetzt – auch für problemlos machbar hält: „Perspektivisch kann der Tomahawk auch mit einem W80 Nuklearsprengkopf ausgestattet werden. Einen entsprechenden Beschluss in der NATO vorausgesetzt, könnten diese Waffen vergleichsweise rasch in den europäischen Mitgliedsländern stationiert werden, die sich zu einem solchen Schritt bereiterklären. Die Vorteile eines solchen Schrittes lägen darin, dass die Tomahawks über mobile Startrampen verfügen und keine festen Ziele bieten. Auch ist die Eindringfähigkeit von Marschflugkörpern deutlich höher als die von Flugzeugen.“

Als DRITTE OPTION bringt Kamp Stationierungsorte ins Spiel, die näher an den potenziellen Zielen in Russland liegen – vor allem Polen sieht Kamp als ‚geeigneten‘ Kandidaten. Die NATO-Russland-Akte, die bis heute nicht formal gekündigt wurde und dies eigentlich verbieten würde, sieht er hier nicht als Hindernis: „Auch wenn das Abkommen weiterhin formal existiert, fühlen sich die meisten NATO-Mitglieder nicht mehr daran gebunden. Damit wäre auch eine Stationierung von Kernwaffen in Osteuropa grundsätzlich möglich.“

Rezepte fürs Desaster

Kamp ist zuversichtlich, dass seine Überlegungen in der neuen US-Regierung durchaus positiv aufgenommen werden könnten. Dies ist nachvollziehbar, schließlich finden sich einige der Vorschläge auch im Project 2025, das Trumps zweite Amtszeit vorbereitet hat (siehe IMI-Analyse 2024/51). Das macht es natürlich keinen Deut besser – im Gegenteil. Zumal Kamp zwar diverse mögliche Einwände zwar kurz andiskutiert, aber dennoch durchscheinen lässt, dass er sich mit jeder der beschriebenen Optionen gut anfreunden könnte.

Vor allem spart Kamp aber das Hauptproblem aus: Russland. Richtig ist, dass Russland über weitaus mehr taktische Atomwaffen (Reichweite unter 5.500km) verfügt als die USA (das Nuclear Notebook geht von rund 1.500 aus). Allerdings wird von Kamp (und anderen) mit keiner Silbe erwähnt, dass taktische russische Waffen eben keine US-Anlagen treffen und damit eine Gefahr für deren Zweitschlagfähigkeit darstellen können – umgekehrt gilt das allerdings sehr wohl. Schon die hochgelobte „hohe Eindringfähigkeit“ der aktuell geplanten konventionellen Tomahawk-Marschflugkörper lässt in Moskau augenscheinlich sämtliche Alarmlocken angehen – dies dürfte umso mehr noch bei einer nuklearen Bewaffnung gelten. Bei einem deutlichen Ausbau des taktischen US-Arsenals in Europa würde Russland damit in der nuklearen ‚Logik‘ wenig anderes übrig bleiben, als mit einem Ausbau des eigenen strategischen Arsenal zu reagieren

– zumal die jüngste US-Ankündigung für den Aufbau eines umfassenden Raketenschildes hierfür eine zusätzliche ‚Motivation‘ darstellen dürfte (siehe Kasten). Die ohnehin schon unwahrscheinliche Verlängerung des im Februar 2026 auslaufenden New-Start-Vertrags zur Begrenzung strategischer Waffensysteme (1.550 Sprengköpfe und 800 Träger) würde in noch weitere Ferne rücken und das bereits laufende nukleare Wettrüsten noch waghalsiger und gefährlicher werden.

Anmerkung

* „Die Version, die früher nuklearfähig war (Block II, TLAM-N), wurde außer Dienst gestellt und ist nicht mehr im Arsenal“, erklärt er. Die nuklearen Gefechtsköpfe vom Typ W80-0 seien 2010 außer Dienst gestellt und 2012 zerstört worden. Kristensen betont auch, dass es keine Pläne gibt, nukleare Gefechtsköpfe für die Waffen zu entwickeln, die jetzt nach Deutschland sollen.“ (mdr.de, 1.8.2024)

SDI 2.0: Die Raketenabwehrpläne des Donald Trump

Die *Financial Times* berichtete am 29. Januar 2025, US-Präsident Donald Trump habe das Pentagon angewiesen, innerhalb von 60 Tagen einen Plan für die Aufstellung eines umfassenden Raketenabwehrschildes vorzulegen. Ziel sei eine Art „Iron Dome für die USA“ habe Trump verlautbaren lassen. Beim israelischen Iron-Dome handle es sich allerdings um ein System zur Abwehr von Kurz- und Mittelstreckenraketen in einem vergleichsweise kleinen Land. Trumps in der Anordnung scheinbar schon relativ konkreten Vorstellungen zielten dagegen auf Interkontinentalraketen (und damit im Wesentlichen auf China und Russland) und seien – insbesondere auch, weil Abfangraketen im Weltraum stationiert werden sollen – viel näher an dem Star-Wars-Programm seines Vorgängers Ronald Reagan (offiziell: Strategic Defense Initiative, SDI). Aufhorchen lässt der Satz, die Abfangraketen sollten auch zur Zerstörung gegnerischer Abschussanlagen in der Lage sein, faktisch also die Stationierung offensiver Fähigkeiten im Weltraum, der dadurch eine weitere dramatische Militarisierung erfahren würde: „Zudem verlangt sie [Trump's Anordnung] ‚Fähigkeiten, um Raketenangriffe vor dem Start zu besiegen‘- mit anderen Worten, ein System, das den Schützen, nicht nur den Pfeil zerstört“, schreibt die *Financial Times*.

Die Kosten können nur vage geschätzt werden. Die *Financial Times* verweist auf eine Untersuchung der National Academy of Science aus dem Jahr 2012, derzufolge selbst System mit eingeschränkten Fähigkeiten mit 650 Satelliten rund 300 Mrd. Dollar kosten würde. Aktuelle bei Defence and Peace Economics (Nr. 2/2025) erschienene Berechnungen gehen von Kosten zwischen 430 Mrd. Dollar und 5.300 Mrd. Dollar aus. Fabian Hoffmann rechnet bei hartpunkt.de (2.2.2025) mit Kosten von 126 Milliarden US-Dollar, wenn es „nur“ darum ginge, Chinas Atomwaffenarsenal zu neutralisieren; im Falle des

russischen Arsenalen wären es 336 Milliarden US-Dollar; und beide zusammen werden auf 462 Milliarden US-Dollar geschätzt – mit dem Zusatz: „Und dies ist eine äußerst konservative Schätzung.“

Grundsätzlich haben Raketenabwehrsysteme nicht nur defensive, sondern – zumindest auch – offensive Eigenschaften. Sie eröffnen die Möglichkeit mit einem Erstschlag das feindliche Potenzial auszuschalten und etwaig übrigbleibende Raketen mit dem Schild zu neutralisieren. In dieses Bild würde auch die angestrebte Fähigkeit passen, mit den „Abwehrsystemen“ vom Weltraum aus gegnerische Startanlagen zerstören zu können. Die *Financial Times* zitiert dazu den MIT-Experten Eric Heginbotham: „Es handelt sich um eine offensive Bedrohung, die keine Großmacht ignorieren wird. [...] Unsere Absichten mögen defensiv sein ... aber was auch immer die Absichten sind, wenn es sich um reale Fähigkeiten handelt, wird dies als eine relevante offensive Bedrohung betrachtet.“

China, Russland und ggf. auch andere Staaten werden sicher alles daran setzen, um ihre Zweitschlagfähigkeit aufrecht zu erhalten – und das bedeutet aller Wahrscheinlichkeit, quantitativ und qualitativ atomar aufzurüsten. Und es ist auch davon auszugehen, dass ihnen dies gelingen dürfte, da der Ausbau des Waffenarsenals weitaus „kostengünstiger“ ist als der Aufbau eines Abwehrschildes, der zudem vor immensen technischen Schwierigkeiten steht. Das SDI-Programm wurde jedenfalls, nachdem es zweistellige Milliardenbeträge verschlungen hatte, aufgrund technischer Schwierigkeiten stillschweigend beerdigt. Zumindest einer aber dürfte sich in jedem Fall über die präsidiale Anordnung freuen, mutmaßt die *Financial Times*: „Die weltraumbasierten Teile des Programms würden den Start von hunderten von Trägersatelliten erfordern – ein Markt, der gegenwärtig von Elon Musks SpaceX dominiert wird.“

Rüstungskontrolle

Zurück zur Kooperation auch unter Gegnern

von Marius Pletsch

Der derzeitige Zustand der bilateralen, multilateralen und universellen Rüstungskontrolle ist prekär: Instrumente, die in Zeiten von internationalen Krisen, systemischen Rivalitäten und der ständigen Gefahr der nuklearen Eskalation geschmiedet wurden, existieren heute nicht mehr und solche, die in Friedenszeiten geschlossen wurden, stehen unter enormem Druck. Im nuklearen Bereich ist der letzte bilaterale Rüstungskontrollvertrag New START durch die festgefahrenen Positionen, seit 2020 nicht mehr stattgefunden gegenseitige Inspektionen und die einseitige Aussetzung seitens Russlands 2023 in ernster Gefahr – denn dieser läuft zum 5. Februar 2026 aus. Und auch der Blick auf multilaterale Instrumente wie den Umfassenden Teststoppvertrag (CTBT) bereitet Sorge.¹

Im konventionellen Bereich denken momentan vor allem europäische Staaten wieder über Waffen nach, die sich für Zivilist*innen als besonders verheerend erwiesen haben: Anti-Personenminen und Streumunition. Litauen hat im Juli 2024 den Ausstieg aus der Konvention zu Streumunition erklärt.² Ebenfalls in Litauen wie auch in Finnland – dort unterstützt von 51.000 Unterzeichnenden einer entsprechenden Petition – wird im Lichte des russischen Kriegs in der Ukraine der Ausstieg aus dem Ottawa-Abkommen zu Anti-Personenminen erwogen.³ Und Deutschland kommt offensichtlich seinen Verpflichtungen zumindest aus dem Streumunitionsabkommen nicht nach und lässt Lieferungen der Waffen durch die USA an die Ukraine über Deutschland zu.⁴

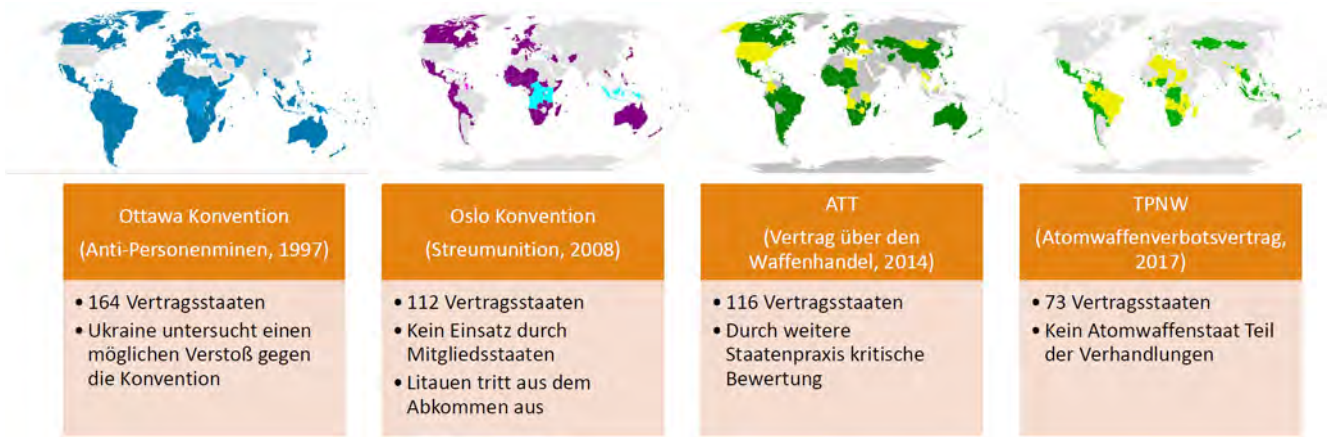
Dabei sind bzw. wären Initiativen, um die Rüstung zu begrenzen, dringlich. 2,443 Billionen US-Dollar wurden 2023 weltweit für die Unterhaltung der Militärs ausgegeben, ein Rekordwert und 6,8 % mehr als noch im Jahr davor.⁵ Durch die Kriege, Krisen und Spannungen investieren die Staaten große Summen und da die Produktion in den Unternehmen nur verzögert anläuft, ist für die kommenden Jahre eher davon auszugehen, dass sich dieser Trend fortsetzen wird.

Doch wie war es in der Vergangenheit möglich, sich auf eine Beschränkung, Reduktion und sogar Vernichtung von militärischen Kapazitäten einzulassen und wie könnte es heute wieder möglich werden?

Wie waren vergangene Erfolge der Rüstungskontrolle möglich?

Ist es angesichts der Aufrüstungstendenzen und der Konfrontationen aussichtslos, sich für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung einzusetzen? Hedley Bull, ein Vordenker der klassischen Rüstungskontrolle, war der Überzeugung: „[N]ur wenn es politische Streitigkeiten und Spannungen gibt, die schwerwiegend genug sind, um einen Rüstungswettbewerb auszulösen, hat Rüstungskontrolle überhaupt eine Bedeutung“.⁶ Das schrieb er in 1961, als der nukleare Wettlauf zwischen den USA und der Sowjetunion sowohl qualitativ – in der Sprengkraft der Nuklearwaffen – als auch quantitativ – zu der Zeit gab es mehr als 30.000 Nuklearsprengköpfe weltweit – in vollem Gange war und sich im Oktober 1962 in der Kuba-Krise zuspitzen sollte.⁷ Doch es konnte bereits auf erste Rüstungskontrollgespräche zurückgeblickt werden: 1955 hatten sich die USA, das Vereinigte Königreich, Kanada, Frankreich und die Sowjetunion das erste Mal im Rahmen der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen getroffen, um über die Einstellung von Atomwaffentests zu sprechen. Die USA und die Sowjetunion einigten sich auf ein Moratorium, welches von November 1958 bis September 1961 währte. Die Kuba-Krise verdeutlichte, welche Gefahr die Arsenale für die Welt barg. Sowohl Kennedy als auch Chruschtschow waren sich der Situation bewusst, Kennedy sagte: „Es ist wahnsinnig, dass zwei Männer, die auf entgegengesetzten Seiten der Welt sitzen, beschließen können, der Zivilisation ein Ende zu setzen“.⁸ In privatem Briefaustausch kamen die beiden überein, die Gespräche über den Stopp von Nukleartests wiederaufzunehmen. Der partielle Teststoppvertrag (PTBT) wurde am 5. August 1963 von den USA, dem Vereinigten Königreich und der Sowjetunion unterzeichnet. Damit wurden Tests in der Atmosphäre, im Weltall und Unterwasser ausgeschlossen. Der Vertrag hat mittlerweile 126 Mitgliedsstaaten und zehn weitere haben ihn unterzeichnet.

Auch während des Vietnamkriegs, in dem die USA mehrfach einen Einsatz von Nuklearwaffen erwogen,



wurde verhandelt. Auf multilateraler Ebene wurde 1968 der Nichtverbreitungsvertrag (NPT) unterzeichnet, der zwei Jahre später in Kraft trat. Der NPT sollte eine weitere Verbreitung von Nuklearwaffen verhindern, Kooperation bei der zivilen Nutzung der Kernkraft fördern und auf eine nukleare Abrüstung hinwirken. Seitdem sind jedoch Nuklearwaffenstaaten hinzugekommen und die nukleare Abrüstung ist so sehr eingeschlafen, dass auf Druck insbesondere der Länder des globalen Südens und zivilgesellschaftlicher Akteure weltweit der Atomwaffenverbotsvertrag 2017 unterzeichnet wurde.

Auf bilateraler Ebene zwischen der Sowjetunion und den USA gab es 1972 Ergebnisse im Rahmen der SALT-Abkommen. Hier wurden für eine begrenzte Zeit Grenzen für strategische Trägersysteme gefunden (Silos für Interkontinentalraketen, Startvorrichtungen in U-Booten sowie U-Boote selbst), nicht jedoch für die Anzahl von Sprengköpfen, die auch weiter stiegen. Ein weiterer Erfolg war der in dem Rahmen ausgehandelte und ohne Frist versehene Vertrag über die Begrenzung von antibalistischen Raketenabwehrsystemen (ABM-Vertrag).

SALT II, das Nachfolgeabkommen zu SALT I, wurde zwar unterzeichnet, jedoch verweigerte der US-Senat seine Zustimmung, nachdem die Sowjetunion die Invasion in Afghanistan startete. Trotzdem hielten sich beide Staaten an die darin festgehaltenen Begrenzungen, die jedoch immer noch nicht die Anzahl der Sprengköpfe erfasste. Hier trat der Zenit erst 1986 mit etwa 70.300 Sprengköpfen ein.⁹ Ein Jahr später wurde der INF-Vertrag unterzeichnet, der bereits seit 1981 verhandelt wurde, nachdem ein kompletter Waffentyp samt Startvorrichtungen bis 1991 aus den Arsenalen der Sowjetunion und den USA vernichtet werden musste. Zudem wurde für weitere zehn Jahre ein Vor-Ort-Verifikationsregime etabliert.

Es folgten u. a. mit den SALT-Folgeabkommen START (1991) sowie deren Nachfolgern und mit dem umfassenden Teststoppvertrag CTBT (1996) sowohl bi- wie multilaterale Abkommen und Verträge nach der Konfrontation des Kalten Krieges. In den 1980er und -90er Jahren kam zudem mit der humanitären Rüstungskontrolle ein neuer Modus hinzu, in der zivilgesellschaftliche Akteure und

von bestimmten Waffen besonders betroffene Länder Regulierungs- und Verbotsprozesse anstießen und zum Erfolg brachten. Dazu wagte man auch den Weg aus konsensbasierten Entscheidungsforen wie der Konvention über bestimmte konventionelle Waffen (CCW) heraus, um Normen auch ohne einzelne Staaten zu setzen und mit einer öffentlichen Stigmatisierung des Waffeneinsatzes, des Besitzes, der Herstellung wie dem Transfer zu arbeiten. Beispiele sind hier die Ottawa- (Anti-Personenminen, 1997) und Oslo- (Streumunition, 2008) Konvention (die beide in der CCW gescheitert waren) sowie der Vertrag gegen den Waffenhandel (2014) und der Atomwaffenverbotsvertrag (2017), die beide in der Generalversammlung der Vereinten Nationen verhandelt wurden.

Die Erosion der Rüstungskontrolllandschaft

Seit dem CTBT 1996 ist jedoch das einzige ständig tagende multilaterale Abrüstungsforum, die Genfer Abrüstungskonferenz, durch das als Veto-für-alle praktizierte Konsensprinzip und Verfolgen nationaler Interessen gelähmt.¹⁰ Ein Problem, weshalb auch die Gespräche zu Autonomie in Waffensystemen in der CCW sich seit 2014 im Limbo befinden.

Derweil wurden seit Beginn des 21. Jahrhunderts viele vergangene Erfolge rückabgewickelt. Dies betrifft im Besonderen die Rüstungskontrollverträge zwischen den USA, bzw. den NATO-Staaten und Russland. Nur um einige Beispiele zu nennen: Der ABM-Vertrag wurde 2001 einseitig von den USA gekündigt, weshalb Russland am Tag darauf START II fallen ließ. SORT wurde notdürftig als Ersatz verhandelt, blieb aber weit hinter den zuvor anvisierten Reduktionen zurück und verzichtete auf ein Verifikationsregime.¹¹ Nach langer Vorgeschichte und gegenseitigen Vorwürfen wegen Vertragsbrüchen, bei gleichzeitigem beiderseitigem Unwillen diese jeweils vor Ort überprüfen zu wollen, zogen sich die USA 2019 aus dem INF-Vertrag über landgestützte Mittelstreckenwaffen zurück.¹² 2020 folgte der US-Ausstieg aus dem Vertrag über den Offenen Himmel, der als vertrauensbildende Maßnahme Überflüge zuließ. Der Vertrag über Konventionel-

le Streitkräfte in Europa – der Obergrenzen für zwischen dem Atlantik und dem Ural stationierte schwere Waffensysteme festlegte – wurde nach der bereits 2007 erfolgten Aussetzung und der 2011 angekündigten partiellen Nichtbeachtung der Russland betreffenden Vertragsverpflichtungen seitens der USA 2023 von der russischen Seite endgültig aufgekündigt und anschließend von den restlichen NATO-Staaten ausgesetzt. Vor dem Hintergrund der NATO-Osterweiterung vollzog sich die Erosion amerikanisch-russischer Rüstungskontrolle zunächst schleichend, beschleunigte sich jedoch mit der Annexion der Krim 2014 und dem großflächigen Einmarsch in die Ukraine 2022. Ein Grund dafür könnte in einem Versagen der konventionellen Rüstungskontrolle begründet sein, da sie es nicht vermochte, ein militärisches Ungleichgewicht zwischen der NATO und Russland zu verhindern bzw. die Bedrohungswahrnehmung dadurch nicht aufzulösen vermochte¹³ – was die Angriffe in keiner Weise legitimiert. UNIDIR, das UN-Institut für Abrüstungsforschung, stellt ganz allgemein mit Blick auf die konventionelle Rüstungskontrolle fest, dass sie „bei der Verhütung, Bewältigung und Lösung von Konflikten in der heutigen Zeit nach wie vor nicht ausreichend genutzt [werden] und [...] nur unzureichend in bestimmte friedensschaffende und -fördernde Prozesse integriert [sind].“¹⁴

Insbesondere bei der nuklearen Rüstungskontrollarchitektur gelang es nicht andere Kernwaffenstaaten einzubinden, was jedoch zunehmend im jeweiligen Interesse Russlands (im Hinblick auf Frankreich und das Vereinigte Königreich) sowie den USA (im Hinblick auf China) war. Auch daran krankten und scheiterten schließlich die

Instrumente, bzw. drohen im Falle von New START, der im Februar 2026 auslaufende Vertrag zur Festlegung von Obergrenzen für nukleare Sprengköpfe und Trägersysteme, noch zu scheitern.

Als weitere Problemstellungen für einen (Wieder-)Einstieg in Rüstungskontrollgespräche können das Stellen von Vorbedingungen, mangelnder politischer Wille, das evaporierende Vertrauen in die Einhaltung von Zusagen und das derzeitige Erstarren des autoritären Nationalismus gelten.

Chancen für Rüstungskontrolle und Abrüstung suchen und nutzen

Die Betrachtung der vergangenen Erfolge der Rüstungskontrolle zeigt, dass auch in Zeiten enormer geopolitischer Spannungen, (Stellvertreter-)Kriegen und beinahe-Eskalationen Gespräche, Verhandlungen und Ergebnisse möglich waren. Doch es wird nicht genügen, alte Verträge neu aufzugießen. Es braucht dringend neue Ansätze und dafür auch die entsprechende Rüstungskontroll- und Abrüstungsforschung an den Universitäten. Ein Türöffner könnte die sogenannte Track II-Diplomatie sein, die auf Austausch z.B. zwischen Wissenschaftler*innen setzt. Eine starke Zivilgesellschaft kann ein zentraler Motor sein, wenn diese ohne staatliche Repression und Betätigungsverbote agieren kann. International schränkt vor allem Russland die Möglichkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Partizipation in Rüstungskontrollforen seit mehreren Jahren immer weiter ein.¹⁵ Diese Versuche sollten nicht toleriert, sondern zurückgewiesen werden, denn sie schaden der Inklusivität, Glaubwürdig-

Rüstungskontrolle ≠ Abrüstung

Der Begriff der Rüstungskontrolle wird oft synonym mit Abrüstung und Nichtverbreitung verwendet. Obwohl sie nicht trennscharf sind, unterscheiden sich die Konzepte hinter den Begriffen deutlich. Das primäre Ziel der Rüstungskontrolle ist die Herstellung oder Bewahrung einer militärischen Stabilität zwischen Staaten bzw. im internationalen System. Weitere Ziele sind eine Reduktion der monetären, ökologischen, gesundheitlichen und sozialen Kosten von Rüstung, eine Vermeidung von erwartbaren Schäden im Kriegsfall und die Schaffung von Transparenz, Berechenbarkeit und der Aufbau von Vertrauen zwischen den Konfliktparteien. Maßnahmen im Rahmen von Rüstungskontrolle umfassen etwa Inspektionen und Verifikationsmaßnahmen, den Austausch von Informationen über Waffensysteme, Stationierungsorte, Tests und Manöver, sowie Vereinbarungen über die Qualität oder Quantität von Waffensystemen. Der Physiker und Friedensforscher Götz Neuneck beschrieb die Rüstungskontrolle als „das kooperative Einwirken auf wechselseitiges Rüstungsverhalten“.

Rüstungskontrolle kann, muss aber nicht eine Reduktion von Waffen bedeuten. Es kann sogar in den Grenzen der Vereinbarungen auf- oder umgerüstet werden.

Das Konzept der Abrüstung sieht die Kriegsverhütung durch die Reduzierung oder die Abschaffung bzw. den Verzicht (bestimmter) Gewaltmittel vor. Im Fokus von Abrüstungsinitiativen stehen besonders stabilitätsgefährdende Waffen (bspw. Mittelstreckenwaffen) oder solche, die als unmenschlich angesehen werden oder gegen Prinzipien des Völkerrechts verstoßen (bspw. Antipersonenminen). Neben der Reduktion oder Abschaffung von Waffensystemen kann auch eine Konversion ein Mittel der Abrüstung sein. Die Nichtverbreitung strebt dagegen an, die Verbreitung von bestimmten Waffen sowie den Zugang zu sensiblen Technologien oder Materialien zu unterbinden. Das wird durch Exportkontrollen versucht (z.B. Wassenaar Arrangement) sowie dadurch, den Kreis der „Haben“-Staaten zu begrenzen (z.B. NPT). Ein Mittel ist z.B. in einem bestimmten Gebiet oder einer Region auf bestimmte Waffen zu verzichten (z.B. verschiedene kernwaffenfreie Zonen).

keit der Institutionen und letztlich auch der Wirkung von möglichen Ergebnissen.

Zwischen China und den USA gab es eine Annäherung in den letzten Jahren, wenn auch eine noch vorsichtige: So waren sich Joseph Biden und Xi Jinping einig, dass Menschen die Kontrolle über Nuklearwaffen obliegen solle – und keiner Künstlichen Intelligenz.¹⁶ Neben einer schrittweisen Annäherung, z. B. zunächst über die (Wiederaufnahme) von Benachrichtigungen bei Waffentests, wären auch (koordinierte) unilaterale Zusagen eine Option, um Spannungen zu reduzieren. Das könnte z.B. eine Zusage sein, sich nach dem Auslaufen von New START trotzdem an die Beschränkungen zu halten. Kommt es zu Abkommen und Verträgen über die Anzahl oder Qualität von Waffensystemen, sind Vor-Ort Verifikationen für einen langfristigen Erfolg entscheidend – auch weil dadurch interkulturelle Austausch- und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Aufkommende Technologien, die auf funktioneller Ebene ansetzen, wie Autonomie in Waffensystemen, bergen dabei gänzlich neue Problemstellungen für die Umsetzung. Auch sollte an Strukturen gedacht werden, in denen Unstimmigkeiten und Vorwürfe geklärt werden können. Der INF-Vertrag hatte zwar ein Komitee für diesen Zweck vorgesehen – doch wurde es zu spät und unzureichend genutzt.¹⁷

Es mangelt dabei nicht an Vorschlägen, wieder ins Handeln zu kommen: So haben die USA Vorschläge für die Fortführung bzw. Nachfolge zu New START unterbreitet, Russland ein Moratorium der Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenwaffen, die unter den INF-Vertrag gefallen wären und China hat den Nuklearwaffenstaaten unter dem NPT den Vorschlag unterbreitet, es China gleichzutun und einen Verzicht auf den Ersteinsatz von nuklearen Waffen (sog. „No-First-Use Policy“) zu erklären.¹⁸ Woran es derzeit am ehesten zu mangeln scheint, sind politischer Wille und Mut.

Den kann eine starke Zivilgesellschaft einfordern. Dazu können Kampagnen, Demos die deutlich machen, dass Krieg hier beginnt – auch wenn sich die Massendemos zu Zeiten des Doppelbeschlusses womöglich mit friedenspolitischen Themen nicht so bald werden wiederholen lassen werden – oder auch Aktionen des zivilen Widerstands beitragen. Das Thema Rüstungskontrolle und Abrüstung geht alle an, denn jede*r ist durch die ständige Androhung des Einsatzes gefährdet und kann durch den tatsächlichen Einsatz von Waffen betroffen sein. Das gilt umso mehr im Falle von Massenvernichtungswaffen. Humanitäre Rüstungskontrolle und Abrüstung ist eine Möglichkeit, dem Primat der Staatlichen Sicherheit das der Menschlichen Sicherheit entgegenzuhalten.

Anmerkungen

¹ Im Project 2025 der Heritage Foundation, das als eine Art Blaupause für die zweite Amtszeit der Trump-Regierung gilt, wird die Rückkehr zu Tests erwähnt. Russ-

land hat die Ratifikation des CTBT zurückgezogen, nicht jedoch die Unterschrift und hat damit den gleichen Status wie die USA, China und weitere Atomkräfte. Russland meldete, man sei jederzeit bereit Tests wieder aufzunehmen und auf dem Testgebiet in China wurden Arbeiten ausgeführt, die auf Vorbereitungen hindeuten könnten: Dans, Paul; Groves, Steven (Eds.) (2023): Mandate for Leadership. The Conservative Promise (Washington: Heritage), S. 399; Osborn, Andrew (2024): Russian nuclear test chief says Moscow is ready to resume testing 'at any moment', in: Reuters.com, 17.9.2024; Broad, William J. et al. (2024): China Quietly Rebuilds Secretive Base for Nuclear Tests, in: NewYorkTimes.com, 9.1.2024.

² Handicap International (2024): Litauen tritt aus dem Übereinkommen über Streumunition aus.

³ Kauranen, Anne (2024): Finland considering exiting anti-personnel landmine treaty, minister says, in: Reuters, 18.12.2024; Perminas, Paulius (2025): Lithuanian PM backs mine ban convention exit, defence minister wants regional solution, in: LRT.lt, 6.1.2025.

⁴ Hagen, Lisa Marie; Noori, Mariam; Goetz, John (2024): US-Streumunition aus Deutschland geliefert?, in: Tagesschau.de, 25.7.2024.

⁵ SIPRI (2024): SIPRI YEARBOOK 2024. Armaments, Disarmament and International Security. Summary, S. 8.

⁶ Bull, Hedley (1961): The control of the arms race: Disarmament and arms control in the missile age. (London: Institute for Strategic Studies), S. 9f [DeepL Übersetzung].

⁷ Kristensen, Hans et al. (2024): Status of World Nuclear Forces, in: FAS.org, 29.3.2024.

⁸ JFK Library (o.D.): Nuclear Test Ban Treaty [DeepL Übersetzung].

⁹ Kristensen, Hans et al. (2024): Status of World Nuclear Forces, in: FAS.org, 29.3.2024.

¹⁰ Meyer, Paul (2021): Does the Conference on Disarmament Have a Future?, in: Journal for Peace and Nuclear Disarmament 4 (2), S. 288.

¹¹ Kimball, Daryl G. (2022): The Strategic Offensive Reductions Treaty (SORT) At a Glance, in: ArmsControl.com, Oktober 2022.

¹² Dazu und zu der deutsch-amerikanischen Entscheidung, neue US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren, siehe: Demirel, Özlem; Wagner, Jürgen (2024): Frieden schaffen mit Angriffswaffen?; Richter, Wolfgang (2024): Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland. FES Regionalbüro für Zusammenarbeit und Frieden in Europa.

¹³ Lippert, William (2024): How conventional arms control failures caused the Russo-Ukraine War, in: Defense & Security Analysis 40 (1), S. 152.

¹⁴ Boutellis, J. Arthur (2018): The changing role of conventional arms control in preventing and managing violent conflicts. UNIDIR, S. 5 [DeepL Übersetzung].

¹⁵ Ein letztes Beispiel dafür: Varella, Laura (2024): Ccw Meeting Made Informal Due to Russia's Objections to Civil Society. Ccw Report, Vol. 12, No. 4, in: ReachingCriticalWill.org, 21.11.2024.

¹⁶ Khalid, Asma (2024): Biden and Xi take a first step to limit AI and nuclear decisions at their last meeting, in: npr.org, 16.11.2024.

¹⁷ Dolzikova, Darya (2019): The Role of Verification in the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty Dispute, in: Rusi.org, 15.1.2019.

¹⁸ Woolf, Amy F. et al (2024): Evaluating Current Arms-control Proposals: Perspectives from the US, Russia and China. Iss, October 2024.

Solidarität stärken, Militarisierung und Repression überwinden!

von Claudia Haydt

Der Diskursraum wird enger, der Gegenwind für abweichende Meinungen stärker – das erleben zurzeit viele Menschen, die friedenspolitische Positionen vertreten. Ein Blick in die Geschichte scheint zu bestätigen: Je militaristischer die Zeiten, desto schmaler wird der Meinungskorridor. Trotz aller Repression – vom Schulausschluss über Entzug von Räumlichkeiten und Auflösung von Veranstaltungen bis zu Polizeigewalt auf Demonstrationen – wir agieren hierzulande dennoch in einem eher privilegierten Rahmen. Wer sich in Russland, China, der Türkei oder Israel für Frieden und Versöhnung einsetzt, riskiert deutlich stärkere Repressionen. Dennoch wäre es falsch die aktuelle Situation in Deutschland herunterzuspielen. Wir erleben den größten Aufrüstungsschub seit 1945 und eine politische Debatte, die dominiert ist von der Frage, wie die Militärausgaben noch stärker wachsen können – auf 2 Prozent, 3 Prozent, 3,5 Prozent oder gar 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wie sollen und können wir mit dieser Situation umgehen und wie sind die Rahmenbedingungen für Opposition dagegen? Welche Mechanismen können wir feststellen und vor allem, wie können wir Friedensstimmen stärken?

Schweigespирale und Kommunikation in Blasen

Wer einem hegemonialen Diskurs gegenübersteht, schweigt über seine abweichenden Positionen oft auch ohne Verbote – aus Unsicherheit oder Angst. Doch genau das Schweigen ist der größte Fehler, denn wie sollen Menschen erfahren, ob sie mit ihren Fragen, ihren Unsicherheiten oder auch ihren Positionen alleine sind, wenn keine abweichende Stimme hörbar ist?

Dieser Mechanismus ist als Schweigespирale bekannt und funktioniert folgendermaßen: Wenn klassische oder soziale Medien durch eine bestimmte Art der Berichterstattung das Gefühl entstehen lassen, dass ein bestimmter Standpunkt in der Gesellschaft vorherrscht, dann werden diejenigen, die ähnlich denken, ihre Meinung selbstbewusster vertreten. Diejenigen dagegen, die sich im veröffentlichten Diskurs nicht wiederfinden, werden ihre Meinung häufiger für sich behalten, um sich nicht gesell-

schaftlich zu isolieren. Über diesen Mechanismus entsteht ein Prozess, in dem diejenige Position gestärkt wird, die als Meinung der Mehrheit dargestellt wird.

Individuelle Auswege aus einer solchen Lage zu finden, das mag nicht einfach sein. Als niedrigschwellige Alternative zum Schweigen gibt es aber auf jeden Fall die Möglichkeit, Unsicherheiten und Fragen zu kommunizieren und auf diesem Weg aus der Isolation zu kommen.

Die Theorie der Schweigespирale wurde in Zeiten vor der Etablierung der sozialen Medien entwickelt. So wichtig es sein kann, sich in Gruppen von Gleichgesinnten zu vergewissern, dass man nicht völlig allein mit seinen Positionen steht, so verführerisch ist es dann auch, sich nur in Filterblasen von Gleichgesinnten zu bewegen. Denn sobald man seine Blase verlässt und in anderen Kontexten – bei der Arbeit, im Verein oder auch in der Gewerkschaft – Argumente austauscht, dann kann es auf einmal sehr viel schwieriger werden. Argumente, die bei Gleichgesinnten gut ankommen, werden dann möglicherweise anders konnotiert und treffen auf andere Argumentationsmuster und andere Reaktionen.

Gewalt und Repression

Wer den Schutz seiner Filterblase verlässt, kann unterschiedliche Intensitäten von Gegenwind erleben, vom leichten Raunen zum ausgewachsenen Shitstorm. Immer stärker wird auch die öffentliche Repräsentanz von abweichenden Positionen über rechtliche Mechanismen reguliert. Die Verschärfung der Polizeigesetze in den letzten Jahren haben hierfür weitreichende Möglichkeiten geschaffen, wie etwa sogenannter präventiver Unterbindungsgewahrsam vor politischen Protesten. Entzug von Räumlichkeiten für Veranstaltungen, Entlassungen oder politisch begründete Exmatrikulationen verschärfen – selbst wenn im Nachhinein gerichtlich deren Unrechtmäßigkeit festgestellt wird – zusätzlich das Klima der Angst. Noch existentieller wird es, wenn der Aufenthaltsstatus von Menschen in unserem Land durch politische Betätigung gefährdet wird, was zum Beispiel politisch aktive Kurdinnen und Kurden schon seit längerer Zeit erleben.



Quelle: Rob Bogaerts / Anefo, CC0, via Wikimedia.

Durch von der CDU propagierte, zusätzliche Regelungen im Staatsbürgerschaftsrecht (Fünf-Punkte-Plan) könnten Menschen für politische Betätigung mit Entzug der Staatsbürgerschaft bestraft werden.

Das Ergebnis dieser Einzelmaßnahmen, gekoppelt mit Willkür und teils auch Machtmissbrauch, ist ein so genannter „Chilling Effekt“ – in anderen Worten ein Abkühlen des gesellschaftlichen Klimas. Ein besonders augenfälliges Beispiel für diesen Chilling-Effekt ist der Umgang von Polizei und Öffentlichkeit mit denjenigen, die im Nahostkonflikt für Frieden eintreten, die die Opfer auf beiden Seiten betrauern, die die deutsche Verantwortung für die Massaker in Gaza benennen und deswegen pauschal als Pro-Palästina- und Pro-Hamas-Aktivist*innen gebrandmarkt werden.

Das „Archive of Silence“⁴¹, ein digitales Archiv, dient als Plattform für Stimmen, die den starren politischen Mainstream der Bundesregierung in Bezug auf die Israel-Palästina-Frage nicht teilen und deshalb an den Rand gedrängt oder zum Schweigen gebracht wurden. Das Archive of Silence sammelt Fälle von Unterdrückung und sorgt dafür, dass diese Ungerechtigkeiten dokumentiert werden.

Diffamierung, Verbot von Symbolen, absurde Auflage für Demonstrationen, Polizeigewalt, Entzug von Räumen und Fördergelder, Auszeichnungen, die zurückgenommen werden, das sind nur einige Mechanismen, die abweichende Stimmen zum Schweigen bringen sollen. Das Archive of Silence dokumentiert, dass besonders häufig People of Colour (PoC), Menschen die als muslimisch beziehungsweise arabisch gelesen werden und ein auffällig großer Anteil an jüdischen Menschen Opfer solcher Formen von Repression werden. So stehen etwa die „Jüdische Stimme für einen Gerechten Frieden“ aber auch viele andere linke Menschen, die sich als jüdisch identifizieren, im Fokus. Auf Berliner Demonstrationen sind regelmäßig Slogans auf Arabisch, Gälisch und Hebräisch untersagt. Absurde Auflagen, die nach Einschätzung des Reporters Efthymis Angeloudis in einem Tagesschau-

Kommentar nur einen Schritt entfernt seien von „hier wird gefälligst Deutsch gesprochen“.²

Linke jüdische Menschen haben in Deutschland zunehmend weniger Möglichkeiten, ihre Unzufriedenheit mit den Handlungen des Staates Israel repressionsfrei zu artikulieren. Die Verzweiflung, Trauer und Wut von palästinensischen Menschen steht ohnehin schon seit Jahrzehnten unter Generalverdacht. Das Ergebnis ist, dass für Rufe nach Frieden, nach Waffenstillstand, nach Stopp von Rüstungsexporten die symbolische Repräsentanz zunehmend eingeschränkt wird.

Versammlungsfreiheit unter Druck

Repression gegen Demonstrationen und Protest ist nicht neu, die Intensität und Systematik hat aber in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Seit 2023 beklagt Amnesty International³ exzessiven Gewalteinsatz, zunehmende Überwachung und gesetzliche Regelungen, die sowohl weitreichende Einschränkungen ermöglichen als auch willkürlich angewandt werden. Besonders Klimaproteste und Demonstrationen gegen die Kriegspolitik der israelischen Regierung sind nach Einschätzung von Amnesty im Fokus der Behörden. Auch die Vereinten Nationen rügen das harte Vorgehen und die Kriminalisierung von Klimaprotesten in Deutschland. In einem Bericht⁴, der auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgestellt wurde, wird bereits 2021 bemängelt, „dass es beim Einsatz für mehr Klimaschutz weltweit zu vielfältigen Einschränkungen hinsichtlich der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit gekommen ist.“ Der Bericht ruft Staaten auf, „zivilen Ungehorsam und gewaltfreie Aktionen im Kontext des Klimaschutzes zu ermöglichen – gerade in Anbetracht des großen öffentlichen Interesses an der Förderung von Klimagerechtigkeit.“ Der Bericht bezeichnet Straßenblockaden als „ein zentrales und legitimes Mittel des Protests sozialer Bewegungen auf der ganzen Welt.“⁵

Klimaprotestierende werden zwischenzeitlich als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung verfolgt und angeklagt. Klimaaktivismus bringt die Gefahr mit sich, wie in früheren Berufsverbotszeiten, nicht zum Lehramt⁶ zugelassen zu werden. Bei Gruppen, die als kriminelle Vereinigung gelten, könnte selbst ein geteilter Beitrag auf Social Media rechtliche Folgen haben. Doch es geht noch schlimmer: Mit dem Unwort des Jahres 2022 „Klimaterroristen“ werden Aktivistinnen und Aktivisten, die sich für ein Überleben auf unserem Planeten einsetzen, in die Nähe von menschenverachtendem Terrorismus gerückt.

Auch der Bereich der Kunst, Kultur und Wissenschaft ist zunehmend von Repression betroffen. Befristete Verträge von Wissenschaftler*innen werden nicht verlängert und Versuche, Forschungsgelder an politisches Stillhalten zu knüpfen, nehmen zu. Künstler*innen und Wissenschaftler*innen, die sich kritisch zur Militärpolitik Israels geäußert haben, werden in so großer Regelmäßigkeit in

Deutschland gecancelt, dass sich zunehmend internationale Künstler*innen weigern, überhaupt Preise aus Deutschland anzunehmen. Überhaupt wird international die Einengung des Meinungskorridors in Deutschland wesentlich stärker thematisiert als in Deutschland selbst. Jüngst hat der US-amerikanische Künstler und Kurator Fareed Armaly⁷ sich wegen dem von ihm konstatierten „beunruhigenden Trend der Zensur in Deutschland“ geweigert, den Käthe-Kollwitz-Preis der Berliner Akademie der Künste anzunehmen. Armaly beklagt „strukturellen Rassismus“ und einen „reaktionären Wandel“ in der offiziellen Kulturpolitik.

Unabhängig davon, ob man die Schärfe von Armalys Vorwürfen teilt oder nicht, das Klima der Angst wächst. Der Umgang deutscher Institutionen mit Veranstaltungen wie dem im April 2024 geplanten Palästinakongress in Berlin lässt tief blicken. Damals wurde der Kongress mit 250 Teilnehmer*innen von 2.500 Polizist*innen gestürmt und aufgelöst, ohne dass – auch nach Angaben der Senatsverwaltung Berlin – auch nur eine Straftat begangen wurde. Renommierete Menschenrechtsaktivist*innen wurden an der Einreise gehindert, darunter auch der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis. In Wien konnte im Herbst 2024 ein ähnlicher Kongress trotz medialer Hetze und Entzug der Räumlichkeit schlussendlich an einem alternativen Ort stattfinden – und wurde nicht gestürmt. Ein Jahr zuvor wurden übrigens einem internationalen Friedenskongress zur Ukraine nach medialer Hetze die Räume entzogen und auch dieser fand schließlich mit Teilnehmer*innen aus Russland und der Ukraine an einem alternativen Ort in Wien statt. Entzug von Räumlichkeiten ist generell ein weit verbreitetes Mittel, das den Aufwand für Veranstaltungen zu Friedens- und Menschenrechtsthemen deutlich vergrößert.

Instrumentalisierung der deutschen Vergangenheit

Zunehmend wird die deutsche Vergangenheit dazu genutzt, um Tabus zu brechen. 1999 begründeten Joschka Fischer und Rudolf Scharping den Jugoslawienkrieg mit „Nie wieder Ausschwitz“. In Folge dessen bombardierte die deutsche Luftwaffe erstmals wieder Regionen, in denen vor 1945 Hitlers Militärs wüteten und das Tabu deutscher militärischer Kampfeinsätze im Ausland wurde somit erfolgreich gebrochen. Damit war die Tür offen für die Bundeswehr als globale Einsatzarmee und für die dafür nötige Umstrukturierung und Aufrüstung.

So werden die Lehren aus der deutschen Vergangenheit pervertiert und das Leid der Opfer für Machtpolitik instrumentalisiert. Die notwendigen und wichtigen Schlüsse aus den faschistischen Verbrechen hat die internationale Gemeinschaft nach dem Ende des Nationalsozialismus in Deutschland gesucht und ganz zentral mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gefunden und artikuliert. Darin wird klar festgehalten: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten gebo-

ren.“ Leider stehen zurzeit nahezu alle Artikel dieser Charta unter Beschuss, vom Asylrecht, dem Folterverbot, Schutz vor Diskriminierung bis zur Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

Umso mehr müssen wir, als Teil der Friedensbewegung, die Rechte aller Menschen unterschiedslos verteidigen. Deswegen ist es richtig den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zu verurteilen, die Angriffe des russischen Militärs auf zivile Infrastruktur wie die Energieinfrastruktur klar als Verbrechen benennen. Zivilist*innen sind für uns niemals legitime Ziele für militärische Angriffe. Das Völkerrecht verurteilt unterschiedslose Angriffe gegen Zivilist*innen, deswegen sind alle Waffen, die unterschiedslos töten, zu ächten wie Atombomben, Minen oder Streumunition.

Es ist deswegen ein Angriff auf Zivilist*innen, egal ob es um Schlachtfelder in der Ukraine, in Russland oder in anderen Regionen der Welt geht, wenn von Militärs Streumunition und Minen eingesetzt werden. Diese Waffensysteme töten nicht nur in der Gegenwart, sondern sind auch noch in Jahren und Jahrzehnten eine Gefahr für das Leben und die körperliche Unversehrtheit von Zivilist*innen.

Als Großbritannien Streumunition an die Ukraine lieferte, erinnerte Medico International daran, dass Menschenrechte universell sind und nicht als selektives Argument herangezogen werden dürfen: „Das Völkerrecht darf aber nicht nur dann in Anspruch genommen werden, wenn es der eigenen Position dient, sondern ist als Schutz verallgemeinerbarer Menschenrechte unabdingbar, auch und gerade in Kriegszeiten. Das ist die Grundlage, auf der jedweder Einsatz von Streumunition zu verurteilen ist. Denn am Ende bleibt ein Völkerrechtsbruch ein Völkerrechtsbruch.“⁸

Hierzulande erleben wir, dass universelle Menschenrechte und Völkerrecht durch den Verweis auf die deutsche Staatsräson relativiert werden. Doch das ist pervers und schwächt das Völkerrecht.

Kontext ist keine Rechtfertigung

Friedensaktivist*innen und Friedenswissenschaftler*innen sind zunehmend mit dem Vorwurf konfrontiert, dass der Verweis auf den Kontext von Verbrechen eine Rechtfertigung darstelle. Der Kontext von Konflikten (Kriegen, Bürgerkriegen, Massakern usw.) ist jedoch notwendig zur Analyse von Konfliktdynamiken und notwendig, um Konflikte bearbeiten zu können. Diese deskriptive Herangehensweise ist nicht gleichzusetzen mit einer normativen Bewertung. Auf der normativen Ebene bleibt ein Angriff ein Angriff und ein Verbrechen ein Verbrechen, auch wenn ich mich darum bemühe zu verstehen, welche Vorgeschichte und welche strukturellen Rahmenbedingungen es gibt. Wer aber diese Verbrechen als Rechtfertigung für weitere Verbrechen heranzieht, wird die Spirale von Gewalt und Gegenwelt nie durchbrechen.

Die Unterdrückung, Abriegelung, Ermordung, Entrechtung der Menschen in Gaza und der Westbank rechtfertigt nicht den wahllosen Angriff und das Massaker an Zivilist*innen am 7. Oktober 2023. Die Gräueltaten und die Entführungen am 7. Oktober rechtfertigen nicht den wahllosen Angriff auf und die flächendeckende Zerstörung von Menschenleben und ziviler Infrastruktur in Gaza. Die völkerrechtswidrige Kriegführung der israelischen Armee wiederum rechtfertigt keine Angriffe auf jüdische Einrichtungen weltweit. Diese Angriffe rechtfertigen nicht das Verbot von und die massiven Angriffe auf Protestveranstaltungen gegen den Krieg in Gaza und der Westbank. Ich wiederhole: Kontext ist nicht gleichzusetzen mit Rechtfertigung!

Gefährliche Zeiten für Journalist*innen

Guter Journalismus kann dazu beitragen, die Hintergründe von Kriegen zu verstehen und diese nicht nur aus der Perspektive der Feldherren zu sehen, sondern die betroffenen Menschen sichtbar zu machen. Doch genau dieser Journalismus wird zunehmend zum Hochrisikoberuf. Wenn Journalist*innen zu Terrorist*innen erklärt werden, dann werden sie de facto zum Abschuss freigegeben. Wenn deutsche Medien solche Zuschreibungen unhinterfragt übernehmen, dann sind sie in der Konsequenz mitverantwortlich für die Risiken, denen ihre Kolleg*innen ausgesetzt sind.

Der Journalist Fabian Goldmann kommentiert diesen Mechanismus auf seinem Instagram-Account: „Wenn die israelische Armee Jagd auf die letzten Journalisten in Gaza macht, kann man sich entweder - wie viele Medien und Menschenrechtler weltweit - mit den Betroffenen solidarisieren. Oder man macht es wie die Süddeutsche Zeitung @sz und die @abendzeitung und nutzt die Propaganda, um Palästina-Aktivist*innen in Deutschland zum Abschuss freizugeben - und die eigenen Kollegen in Gaza gleich mit.“

Es gibt allerdings auch positive Beispiele, bei denen Journalist*innen das politische Framing nicht unhinterfragt übernehmen. Nach einem Angriff auf das internationale Begegnungszentrum Dar-Assalam im Libanon im Oktober 2024 durch die israelische Luftwaffe akzeptierten Journalist*innen⁹ die Verlautbarungen der israelischen Armee nicht. Sie recherchierten selbst und fanden heraus, dass sich bei den zahlreichen Toten und Verletzten und auch bei allen weiteren Anwesenden im „Haus des Friedens“ um schutzsuchende Zivilist*innen handelte.

Das Auswärtige Amt kommentiert auf X: „Das von deutschen Organisationen unterstützte Begegnungszentrum Dar al-Salam im Libanon wurde von einem Luftangriff getroffen. Dabei wurden 6 Menschen getötet. Wir stehen dazu mit der israelischen Regierung in Kontakt und erwarten vollständige Aufklärung.“ In dem Post wird Israel als Akteur nicht benannt und keine unabhängige

Aufklärung des Verbrechens gefordert. Bis heute gibt es keine zufriedenstellende Erklärung der israelischen Militärs und erst recht keine Entschuldigung.

Einen Tag nach dem israelischen Angriff auf das deutsch-libanesische Friedensprojekt kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz weitere Waffenlieferungen nach Israel an.

Schritte gegen Repression und für Frieden

Es liegt an uns, Menschenrechtsbrüche nicht zu akzeptieren und besonders dort, wo die Regierungen im eigenen Land direkt oder indirekt beteiligt sind, genau hinzusehen. Das Demonstrationsrecht und die Versammlungsfreiheit sind hohe Güter; wenn wir sie nicht verteidigen, verlieren wir sie.

Nötig ist zu allen Kriegen eine vollständige Berichterstattung, denn halbe Wahrheiten können ganze Lügen sein. Dabei sollten auch vom Mainstream abweichende Positionen sichtbar werden.

Friedenskämpfer*innen brauchen sowohl Mut zum Dissens als auch Respekt vor anderen Positionen. Grundsätzlich verdienen alle Opfer von Krieg und Gewalt Empathie, denn wir dürfen nie vergessen: Menschenrechte sind unteilbar. Wir sagen Nein zu einer Politik von Macht und Gewalt und Ja zu Dialog und Abrüstung.

Zu jedem Aktivismus gehört auch Solidarität mit Betroffenen von Repression. Systematische Angriffe auf Demonstrationsfreiheit und Versammlungsfreiheit sollten wir nie akzeptieren und uns auch nie in der Sicherheit wiegen, dass eventuell gerade andere Gruppen im Fokus stehen. Freiheitsrechte, die einzelnen Gruppen genommen werden, werden Allen genommen. Was an einer Gruppe erfolgreich durchgesetzt wurde, wird auch vor weiteren nicht Halt machen.

Anmerkungen

- ¹ <https://www.theleftberlin.com/archive-of-silence/>
- ² Kommentar zu Sprach-Auflagen bei Pro-Palästina-Demo: Kurz vor „hier wird gefälligst Deutsch gesprochen“, tagesschau.de, 9.2.2025; Flakin, Nathaniel: Gaeilge: Gefährliche Sprachverbote bei Pro-Palästina Camp, Neues Deutschland, 29.4.2024.
- ³ Deutschland: Protect the Protest: Gegen pauschale Verbote von Demonstrationen für die Rechte von Palästinenser*innen, www.amnesty.de, 12.9.2023.
- ⁴ Exercise of the rights to freedom of peaceful assembly and of association as essential to advancing climate justice, ohcr.org, A/76/222.
- ⁵ Klima der Kriminalisierung, Deutsche Gesellschaft für Vereinte Nationen, 28.8.2023.
- ⁶ Zweifel an Verfassungstreue: Bayern schließt Klimaaktivistin vom Lehramt aus, tagesspiegel.de, 11.2.2025.
- ⁷ 2025 Käthe Kollwitz Prize, fareedarmaly.net, 24.7.2024.
- ⁸ Völkerrechtsbruch ist Völkerrechtsbruch, medico.de, 13.07.2023.
- ⁹ Krieg im Libanon: Raketen auf Zivilisten, monitor.de, 24.10.2024.

Impressum

Der **Ausdruck** wird herausgegeben von und bezogen über:

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen

Telefon: 07071 – 49154

Fax: 07071 – 49159

imi@imi-online.de

www.imi-online.de



IMI.FB



I_M_I



@imi@mastodon.social

Redaktion:

Jacqueline Andres (Gotha), Yasmina Dahm (Tübingen), Pablo Flock (Tübingen), Thomas Gruber (Rosenheim), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen), Karina Wasitschek (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:

Reza Schwarz ist Mitarbeiterin im IMI Büro und hat als Heilerzieherin gearbeitet; Henri Seiler ist ein Schüler, der gegen Bundeswehrwerbung für Jugendliche eintritt; Udo Bongartz ist Germanist, Politikwissenschaftler und Journalist und lebt in Lettland; Mark Ellmann arbeitet in der GEW-Geschäftsstelle in München; Sophie Voigtmann ist Sprecherin des Tübinger Aktionsbündnis „Kein Knoten für Zetkin“, Matthias Rude ist Journalist und Autor, beide haben in Tübingen studiert; Jens Hälterlein ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Medienwissenschaften der Universität Paderborn und forscht im Rahmen des Projekts „Meaningful Human Control. Autonome Waffensysteme zwischen Regulation und Reflexion“ zu Schwarmtechnologien; Hannes Jung, Emeritus Physiker bei DESY, Sprecher des Science4Peace Forum; Barbara Stauber ist Professorin am Institut für Erziehungswissenschaft der Uni Tübingen; Sophie Linde ist Künstlerin und veröffentlicht ihre Bilder unter @keinezeitfuerkunst; Bernhard Klaus ist freischwebender Autor; Claudia Haydt ist IMI-Vorstandsmitglied.

Bildnachweise:

Wie angegeben, sowie: Titelbild, S. 47, 49: Arno Neuber; S. 5, 6, 10, 15, 18, 22, 27, 27, 42: Monika Natalia Mazur (monikanataliamazur.art); S. 16: DFG-VK; S. 20 Abbildung dem Flugblatt der Zivilklauselbewegung entnommen; S. 44 Disruptionlab; S. 55: Logo der Kampagne; S. 63: Grafik Marius Pletsch.

Bezugsbedingungen:

IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **Ausdruck** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 60 € bzw. Förderabo ab 70 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 70 € bzw. Förderabo ab 80 €.

Eigentumsvorbehalt:

Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

Alexander Kleiss • Merle Weber

WARUM DIE AfD KEINE FRIEDENSPARTEI IST



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

IMI Informationsstelle
Militarisierung e.V.

Bleibt Aktuell!

Wir freuen uns, dass die Broschüre „Warum die AfD keine Friedenspartei ist, wieder verfügbar ist und bei uns bestellt werden kann (gratis gegen Porto und gerne Spende).

imi@imi-online.de — www.imi-online.de